

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5,50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mt., für einen Monat 6.— Mt. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13603. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2,50 Mt., bei Platzvorschrift 3.— Mt.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mt. Reklame-Kolonelle 10.— Mt. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721. Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Vorwärts zum Sieg!

Morgen soll die Einwohnerschaft Leipzigs mit dem Stimmzettel entscheiden, welche Gemeindepolitik in Zukunft auf dem Leipziger Rathause getrieben werden soll. Eine folgenschwere Entscheidung wird gefällt. Ist sie getroffen, und fällt sie gegen die Hand- und Kopsarbeiterschaft aus, dann hilft hinterher keine Reue, kein Klagen, dann geht die kapitalistische Walze über sie und ihre Familien weiter hinweg und unterwirft sie neuer, unerhörter Ausbeutung und Unterdrückung. Zur Stunde hat sie es noch in der Hand, das Schicksal zu ihren Gunsten zu wenden, ist der Stimmzettel erst abgegeben, dann ist die Entscheidung getroffen.

Nicht um die Macht an sich, um zwei scharf getrennte Grundzüge, zwei scharf getrennte Wirtschaftssysteme wird gerungen: die Gemeinnützigkeit und Wohlfahrt für die werktätige Bevölkerung und damit für die Gesamtheit, dort Ausnutzung des Rathauses zu selbstsüchtigen Interessen einer Handvoll Kapitalisten. Alle Ausgaben der Stadt für Einkäufe und Unternehmungen sollen ein paar Kapitalisten zugeschickt werden, damit sie Riesengewinne einfassen. Das ist die Parole aller bürgerlichen Parteien. Verhindern die sozialdemokratischen Vertreter eine solche Ausplünderungspolitik, dann schreit die Kapitalistenpresse wie jetzt zur Wahl wieder auf Befehl: die Stadt muß vom sozialdemokratischen Parteiregiment befreit werden! Eine verlogenerer Wahlparole als die der bürgerlichen Parteien, die, wie die Deutschen und Deutschen Volksparteier nicht einmal unter ihrem eigenen Namen aufzutreten wagen, hat es noch nicht gegeben. Nicht sozialdemokratisches, sondern bürgerliches Parteiregiment herrscht in Leipzig. Der Rat hat, wie die bürgerliche Presse erst dieser Tage feststellte, bisher verhindert, daß die weitgehenden sozialdemokratischen Anträge durchgeführt wurden. Noch herrscht also in der Stadtverwaltung ein Klüngel kapitalistischer Vertreter, dem das Zuschlagen von gewinnabwerfenden städtischen Aufträgen an Privatunternehmer als vornehmste Aufgabe der Gemeindepolitik gilt. Dieser Auswucherung der Stadt durch Privatunternehmer hat die USP-Vertretung längst den Krieg erklärt und erreicht, daß der Stadt Millionen erhalten blieben. Die bürgerliche Presse hat die Frechheit, von sozialistischer Mißwirtschaft und Parteiherrschaft zu schreiben, wo doch unwiderleglich feststeht daß der bürgerliche Rat und die bürgerlichen Parteien des Stadtverordnetenkollegiums die schändlichste, eigenfuchsigste Mißwirtschaft seit je getrieben haben. Rat und bürgerliche Parteien haben die Finanzen der Stadt während des Krieges völlig zerrüttet, Schulden auf Schulden gehäuft und wissen jetzt nicht mehr ein noch aus. Statt vom Schauplatz ihrer Bankrottwirtschaft abzutreten, kleben sie an ihren Nestern und lassen der Bevölkerung täglich neue Lasten auf, ohne auch nur einen Pfennig Deckung dafür zu haben. Sie erhoffen Hilfe vom Reiche und glauben sich trotz ihrer korrupten Bankrottwirtschaft für die zur Führung der Gemeindepolitik und Gemeindeverwaltung als die allein Berufenen ausgeben zu dürfen. Hunderte von Millionen Schulden während des Krieges, über 100 Millionen Defizit allein in diesem Jahre, das ist das Ergebnis der Rats- und bürgerlichen Stadtverordnetenpolitik. Die sozialdemokratischen Warner aber wurden von diesen Bankrottpolitikern während des Krieges noch als Vaterlandsverräter beschimpft.

Zehntausend Familien sind heute in Leipzig ohne eigene Wohnung; vor zwei Jahren noch betrug die Zahl der fehlenden Wohnungen zweieinhalb Tausend. Man sieht, immer schneller geht es auch hier dem Abgrund zu. Der private Wohnungsbau hat schon vor dem Kriege völlig versagt, die Interessen des Baukapitals und der Hausagrarier standen denen der Wohnungsuchenden, notleidenden Bevölkerung voran; die Zahl der Wohnungen wurde niedrig gehalten, damit die die Stadt beherrschenden Hausagrarier und Spekulanten die Mieterschaft unter der Krute halten und ausplündern konnten. Jetzt bauen die Privatunternehmer nicht, weil sie die Mieten nicht um das Doppelte und Dreifache steigern und ihnen die vom Reiche und der Stadt zu bewilligenden Hunderte von Millionen Baukosten-

zuschüsse nicht in den Taschen geworfen werden, so daß sie sich auf Kosten der Allgemeinheit Zinshäuser und Spekulationsobjekte verschaffen können. Diese böswärtigen Schädlinge des Volkes bekämpfen aber auch den städtischen Wohnungsbau in der verlogenen und giftigsten Weise. Und doch kann der wohnungsnotleidenden Bevölkerung nur von einem großen städtischen Wohnungsbauunternehmen Linderung und Hilfe werden. Die Stadt hat den Kredit und bekommt den Zuschuß vom Reiche zum Wohnungsbau; die Stadt hat Grund und Boden, Ziegeleien, Stein- und Sandgruben, Holz; sie hat also alle die Mittel, die zum Wohnungsbau in großem Umfange nötig sind. Um ihn aber in großem Umfange zu betreiben, dazu gehört eine Stadtvertretung, die den guten Willen dazu hat und energisch genug ist. Eine solche Vertretung kann nur die USP stellen. Ihr, und nur ihr ist die Schaffung des städtischen Wohnungsbauamtes und die im Wohnungsbau erreichten Fortschritte zu danken. Wehe der armen Bevölkerung, wenn wieder unter Führung von Bauinteressenten und Hausbesitzern eine bürgerliche Mehrheit ins Stadtverordnetenparlament einzieht! Um das Zwei- und Dreifache werden die schon jetzt mehrfach erhöhten Mieten gesteigert werden. Es wird ein Wohnungswucher einziehen, sobald die lärglichen Reste des Mieterschutzes beseitigt sind, wie er noch nicht erlebt worden ist. Das elementarste Interesse eines jeden Mieters erfordert die Wahl konsequenter Wohnungspolitik im sozialistischen Sinne.

Alle Lasten und Kosten aus der verbrecherischen Kriegs- und Nachkriegspolitik, deren Träger und Schuldige gerade die konservativ-mittelständlerischen Gruppen sind, sind der arbeitenden Bevölkerung aufgeschuldet worden. Und jene Gruppen, jene Ausbeuter sind es, die wieder um die Stimme der Wähler werben. Gebt ihnen morgen die Antwort, indem ihr die USP-Vertreter wählt.

Wie auf dem Gebiete der Wohnungspolitik, so hat die Politik des Rates und der bürgerlichen Parteien mit der Ernährungspolitik Bankrott gemacht. Beide haben dafür gesorgt, daß der geringe Konsumentenschutz beseitigt und die Verbraucher der wahnsinnigsten Bewucherung ausgeliefert wurden. Noch immer schanzte der Rat und die bürgerlichen Stadtverordneten den Wucherern Gewinn über Gewinn zu, mit Zähigkeit ohnegleichen kämpften beide dafür, daß die von den Privatpächtern ausgebeuteten städtischen Güter nicht in den eigenen Betrieb der Stadt genommen werden und deren Erträgnisse der Stadt zugute kommen. Unsere Partei ist seit Jahrzehnten auf das eifrigste bestrebt, den umfangreichen Landgrundbesitz der Stadt und ihrer Bevölkerung dienlich zu machen, anstatt ihn durch Pächter zu Privatwucherern ausbeuten zu lassen. Bis jetzt ist ihr dies nur bei vier Gütern gelungen, aber der Erfolg bei diesen vier Gütern zeigt, welch ungeheurer Nutzen für die Stadtbevölkerung entsteht, wenn der gesamte Grundbesitz in eigene Bewirtschaftung genommen, rational betrieben würde und die Erträgnisse der Stadt voll zugute kämen. Wenn der Rat und die bürgerlichen Parteien das immer von ihnen im Munde geführte Wohl der Allgemeinheit wollten, dann müßten sie selbst die Güter in eigene Wirtschaft nehmen und der Privatausbeutung entziehen. Beinahe eine Million ist der Stadt durch die vier selbst bewirtschafteten Güter in zwei Jahren zugute gekommen, eine Summe, die sonst die Pächter geschluckt hätten. So hat gegen den zähen Widerstand des Rates und der bürgerlichen Parteien der Beweis erbracht werden können, welch großen Vorteil eine auf die Gemeinnützigkeit gerichtete sozialdemokratische Kommunalpolitik für die Bevölkerung hat. Angesichts dieser Tatsache wagen es die unter dem Deckmantel der wirtschaftspolitischen Gemeindefachliste segelnden Deutschen und deutsche Volksparteier von sozialdemokratischer Mißwirtschaft zu reden. Die Deutschen und Deutschen, die, wenn das Volk nicht so langmütig wäre, sich aus Furcht vor ihm in die äußersten Winkel vertrieben müßten, sind die intellektuellen Urheber der seit Jahren vorgekommenen politischen Morde, die Beführer der Mordbuben und die Organisatoren der Geheimbünde,

mit denen die Errungenschaften der Revolution beseitigt und das alte fluchbeladene System wieder ausgerichtet werden soll. Die deutschen Volksparteier sind die Helfer und Zutreiber bei der deutschnationalen Verbrecherpolitik. Warum treten diese Parteien nicht mit ihrem wahren Namen offen hervor? Warum verstecken sie sich hinter dem verschwommenen Wort: Wirtschaftspolitische Gemeindefachliste? Warum unterbreiten sie der Öffentlichkeit ihr wahres Programm nicht? Warum sagen sie nicht, daß sie die alte Ausbeutungs- und Unterdrückungsherrschaft wieder aufrichten wollen? Warum reden sie nur vom Herunterholen der roten Fahne vom Rathause und Beseitigen der sozialdemokratischen Stadtverordnetenmehrheit? Einfach weil es dann mit ihrem Wahlschwindel vorüber wäre, weil sie sonst die Indifferenten und die durch die bürgerliche Presse verblödeten Wähler nicht gewinnen können. Das Schwanken mit dem roten Lappen ist neben den böswärtigen Lügen über die Sozialdemokratie ihr einzig zugkräftiges Wahlmittel. Auch die sogenannten Demokraten entblöden sich nicht, von sozialdemokratischer Mißwirtschaft zu sprechen, obwohl sie genau wissen, daß das Gegenteil wahr ist, daß die Mißwirtschaft einzig und allein bürgerlich-kapitalistisch ist und von ihnen beschützt und aufrechterhalten wird. Wenn sie ehrlich wären, so müßten sie zugeben, daß nur von bürgerlicher Mißwirtschaft gesprochen werden kann, die beseitigt werden muß, und daß die sozialdemokratische Vertretung unter Aufsichtung all ihrer Kraft daran arbeitet, daß diese bürgerliche Miß- und Bankrottwirtschaft beseitigt wird. Wer hat die Mißwirtschaft im Zoologischen Garten verschuldet und die Stadt um Unsummen gebracht? Bürgerliche Stadträte und Stadtverordnete, die im Aufsichtsrat dieser Gesellschaft saßen, waren es! Wer hat im Palmengarten die Mißwirtschaft verschuldet, die die Stadt schon Unsummen gekostet hat und noch Unsummen kostet? Bürgerliche Stadträte und Stadtverordnete!

Wer vertritt dagegen die Interessen der Allgemeinheit? Die USP, mit ihrer auf die Gemeinnützigkeit gerichteten Politik!

Wer vertritt und führt die Forderungen uneingeschränkt durch, daß der Wille der Bevölkerung im Gemeindeleben unverfälscht zum Ausdruck kommt? Die USP!

Wer erstrebt die weitestgehende Gemeindeform an? Die USP!

Wer tritt für den Mieterschutz in der nachdrücklichsten Form und für den beschleunigten Wohnungsbau durch die Stadt ein? Die USP!

Wer bekämpft den schamlosen Lebensmittelwucher und erstrebt eine Regelung der Lebensmittelbeschaffung und -verteilung durch die Stadt? Die USP!

Wer kämpft aufs energischste für den Ausbau der sozialen Fürsorge und für die Verbesserung der jetzt so eingeschränkten öffentlichen Gesundheitspflege? Die USP!

Welches Programm haben die bürgerlichen Parteien diesem entgegenzustellen? Verleumdungen und Lügen über die Sozialdemokratie und Zetern über sozialdemokratischen Terror.

Gemeinnützige sozialdemokratische Gemeindepolitik oder privatkapitalistische Interessenvertretung steht morgen zur Entscheidung. Die bürgerliche Parteiherrschaft vor und während des Krieges hat Bankrott gemacht, die arbeitende Bevölkerung stöhnt unter den Lasten, die ihr durch diese verbrecherische Politik der bürgerlichen Parteien und Regierungen aufgeladen worden ist. Sie kann sie nur abschütteln, indem sie die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie wählt, die die Gewähr dafür bieten, daß mit der bürgerlichen Ausplünderungspolitik Schluß gemacht wird. Das Klassenregiment des Bürgertums, das von den böswärtigsten Reaktionen, den Deutschen und Deutschen und Volksparteiern, geführt wird, muß zerschmettert werden. Nicht der Profit des Kapitals, die Wohlfahrt der gesamten werktätigen Bevölkerung muß das Gebot der zukünftigen Gemeindepolitik sein.

Darum, auf zur Wahl, keiner bleibe zurück!

Vorwärts zum Sieg der Unabhängigen Sozialdemokratie!

Die Kreditaktion der Industriellen.

Besprechungen zwischen Reichskanzler und den Regierungsparteien.

Berlin, 12. November. (Eigene Drahtmeldung.) Am Freitag hat zwischen den Führern der Reichstagsfraktionen des Zentrums und der Sozialdemokratie und dem Reichskanzler eine Besprechung über die ultimativen Bedingungen der Industrie zur Kredithilfe stattgefunden. Die sozialdemokratischen Vertreter machten den Reichskanzler darauf aufmerksam, daß die Bedingungen der Industrie für sie unannehmbar seien. Sollte die Deutsche Volkspartei oder eine der Mittelparteien auf diese Bedingungen eingehen, so werde das die schwersten Kämpfe zur Folge haben. Das Zentrum war der Ansicht, daß man in eine Beratung des Angebots eintreten müsse. Die Demokraten versuchten, das Kreditangebot der Industrie doch noch als annehmbar hinzustellen. Das Berliner Tageblatt sagt zwar, daß es nicht nur bei den Linksparteien, sondern auch bei den Parteien der Mitte auf ungeheuren Widerstand stöße, aber es ist die Schuld hauptsächlich der unglücklichen Fassung in der die Vorschläge gemacht wurden. Die diktatorische Form, in die die Industrie die Vorschläge steckte, habe bei allen demokratisch Empfindenden einen höchst ungünstigen Eindruck hervorgerufen. Man sei sich indes in politischen und parlamentarischen Kreisen einig, daß aus subjektiven Gründen eine Ablehnung nicht erfolgen könne, vielmehr müsse man in eine sachliche Prüfung der Vorschläge eintreten. Die Reichsregierung sei bisher zu keiner endgültigen Stellungnahme gelangt, sie werde dies natürlich erst können, wenn die maßgebenden beteiligten politischen und wirtschaftlichen Kreise ihre Ansicht ausgesprochen haben und eine Klärung in dieser Richtung erfolgt sei.

Die Reparationskommission und die Bedingungen der Industriellen.

Am gestrigen Tage wurde aus verschiedenen Quellen gemeldet, daß man die Frage eines allgemeinen Moratoriums für Deutschland in den Wirtschaftskreisen der Entente in Erwägung gezogen habe. Die sämtlichen Zahlungen Deutschlands sollten, auf eine freilich nur kurze Zeit, gestundet werden, um dann die Reparationsforderung um so schärfer zum Ansprechen zu bringen. Daß durch das Moratorium nichts anderes erreicht werden sollte, zeigt der Name Polncaré, der mit der Meldung in Verbindung gebracht wurde. Inwiefern diese Mittelkungen Verwirklichung finden, läßt sich nur unsicher sagen. Die Reparationskommission befindet sich in Berlin, um die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu studieren und entsprechende Forderungen auszusprechen, die unter Umständen einige Erleichterungen bringen können.

In den Tagen, als die Reparationskommission in Berlin ankam, verhandelt die Sorge und Stinnes mit dem Reichskanzler über die Bedingungen für die Einleitung der Kreditaktion. Wie die Dena meldet, haben die Vertreter der Reparationskommission anlässlich ihres Empfanges bei dem Reichskanzler offiziell Kenntnis von den Bedingungen der Industriellen erhalten. Ueber den Eindruck derselben ist die Dena imstande, folgende Mitteilungen zu machen:

Obwohl der Reichskanzler nur in einer außerordentlich zurückhaltenden Form von den Bedingungen der Industrie sprach, war die Wirkung seiner Mitteilungen auf die Kommission außerordentlich stark. Die Mitteilungen, welche der Kommission später über die Haltung der Industrie zugegangen sind, haben diesen ungünstigen Eindruck nur noch verstärkt. Die Kommission befragte, wie die Dena erzählt, von den Bedingungen vor allem das Scheitern der ganzen Kreditaktion und damit auch die Ausschaltung der Möglichkeit eines Moratoriums oder anderweitiger Erleichterungen für Deutschland. In ihren Kreisen — und zwar nicht allein in den französischen — sieht man mit peinlicher Ueberwachung, daß die Industrie die Zwangslage des Reichs zu einem Kampfe um die politische Macht auszunutzen will. Man betrachtet den Beschluß des Reichsverbandes als eine Art Aufseherung der Vordemokratischen Politik in wirtschaftlichem Sinne, um so mehr, da man wissen will, daß der Reichsverband erst gar nicht auf die Kreditaktion eingehen wollte und Ueberredung bedurfte, um sich bei den bekannten Bedingungen für die Aktion zu entschließen. Die erste Nachricht, die sie in Berlin bekommt, ist die Entscheidung des Reichsverbandes, eine Entscheidung, welche mit dem Scheitern jener Aktion droht, die von der Reparationskommission als die ernsteste Grundlage zu eventuellen Verhandlungen betrachtet wird. Man scheint in Deutschland die Situation nicht klar erkannt zu haben. Die Besetzung des Ruhrgebietes war vielleicht noch niemals so klar in die Nähe gerückt, wie jetzt und dieser Beschluß der Industrie scheint den nationalpolitischen Berechnungen in Paris nur Vorwand leisten zu wollen.

Die Reparationskommission hat heute vormittag eine Sitzung abgehalten, in der sie sich mit der Entscheidung des Reichsverbandes befahte. Sie will vorläufig eine abwartende Haltung einnehmen und abwarten, welche Entscheidung die Reichsregierung trifft. Erst nach der erfolgten Entscheidung der Reichsregierung kann sich die Kommission mit der neu geschaffenen Lage beschäftigen. In ihren Kreisen verheißt man sich aber nicht, daß man die Lage infolge der Entscheidung des Reichsverbandes wesentlich veränderte beurteilt.

Die Folge der geradezu unverständlichen Bedingungen der Industriellen wird demzufolge sein, daß die Reparationskommission ihre Vorschläge gegenüber der Zahlungsfähigkeit Deutschlands nur verschärfen wird. Wie alle anderen Volksklassen hat auch sie erkannt, daß der ganze Zweck der Bedingungen nicht anders ist, als dadurch erhöhten Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Politik zu erlangen. Sie wird die Reparationsverpflichtungen sabotieren und das deutsche Volk in eine neue Ära der Katastrophopolitik verlegen.

Ueber die gegenwärtige bedrohliche Lage der deutschen Wänta hat sich der bekannte Volkswirtschaftler John Maynard Keynes in einer der letzten Nummern des Manchester Guardian geäußert. Er schreibt:

Bereits vor mehreren Monaten wurde die Summe deutschen Papiergeldes und deutscher Bankguthaben, die für mehr oder minder spekulative Zwecke außerhalb Deutschlands zurückgehalten wurden, auf mehr als 50 Milliarden Papiermark geschätzt. Zu dem damaligen Kurs von 250 Mk. für das Pfund machten diese Werte die ungeheure Summe von 200 Millionen Pfund aus. Jetzt machen sie nur ein wenig mehr als 40 Millionen Pfund aus. Wenn diese außerhalb Deutschlands liegenden Werte zu einem Kurs von 200 (und ein nicht geringer Teil davon ist sogar zu einem niedrigeren Kurs als 200 gekauft worden) gehandelt werden, dann haben die Spekulanten nach dem jetzigen Kurs insgesamt ungefähr 200 Millionen Pfund verloren. Danach haben bisher die fremden Spekulanten nicht allein die gesamte bisher fällige Reparationsföhd bezahlt, sondern sogar bedeutend mehr.

Nach diesen Berechnungen haben die Spekulanten der Kapitalmärkte Internationale an ihren Marktkäufen jetzt bereits mehr verloren, als sie selbst unter den günstigsten Verhältnissen jemals von Deutschland an Reparationssummen erhalten könnten. Der Zusammenbruch der deutschen Wänta wird daher auf die Gestaltung der Politik der Alliierten nicht ohne Einfluß bleiben. Jeder Umschwung aber in der Haltung unserer Gegner würde verhängend werden, wenn wir im Sinne der deutschen Industriellen bestrebt wären, durch die gemachten Bedingungen unsere Gegner lediglich zu provozieren.

Ein Nothschrei der Städte.

Die ungerechte Behandlung der unteren Beamten wird gebilligt.

Der Deutsche Städtetag und der Reichsstädtebund trafen am Freitagvormittag im Reichstag zu einer großen Kundgebung zusammen. Der Saal war von den in großer Zahl erschienenen Vertretern der Städte und Gemeinden überfüllt. Auf der Regierungsbank hatten Vertreter des Reichsrates, der Reichsregierung und des Reichstagspräsidiums, am Bundesratsstische die Vorstandsmitglieder des Städtetages Platz genommen.

Oberbürgermeister Boch-Berlin eröffnete die Tagung mit einleitenden Worten über ihre Bedeutung. Die versammelten Organisationen vertreten 27 Millionen Menschen in 1400 Städten. Es handle sich um eine einheitliche Kundgebung, die durch keinen Mißton gestört werden solle.

Das Referat hielt dann Oberbürgermeister Boch-Berlin selbst. Er schilderte die Finanznot der Gemeinden als eine Folge der Geldentwertung und der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege. Die so oft empfohlene Sparmaßnahme werde in den Gemeinden bereits betrieben, wenn aber Straßenbahnen stehen, die Kerntzen der Armen keinen Ausweg mehr wissen, dann hat die Not einen Grad erreicht, der durch Sparmaßnahme nicht mehr zu beseitigen ist. Viele Gemeinden haben schon zu Mitteln gezeihen, die nicht zu verantworten sind. Wenn Reich und Länder zugrunde gehen, so werden immer wieder die Gemeinden des Neuaufbaues bilden. Deshalb ist der Nothschrei der Gemeinden keine leere Demonstration. So geht es einfach nicht weiter! (Stürmische Zustimmung.)

Die Erklärung der Reichsregierung bei der ersten Lesung der neuen Besoldungsordnung bedeutet für die Städte eine schwere Enttäuschung.

Sie lautet: Da den Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden voraussichtlich die Mittel zur Deckung der höheren Beamtenbesoldung nicht zur Verfügung stehen werden, ist das Reich bereit, zunächst für die Jahre 1921/22 den einzelnen Ländern, soweit sie Besoldungsverbesserungen vornehmen, Zuschüsse in Höhe des Mehrbedarfs in Anrechnung auf die später erwarteten Mehreinnahmen durch Uebererwägungen zu geben. Sollte die Erwartung nicht in Erfüllung gehen, daß der Mehrbedarf der Länder durch Mehreinnahmen gedeckt wird, so wird zwischen dem Reich und den Ländern eine Vereinbarung über Zuschüsse statufinden. Den Gemeinden und Gemeindeverbänden sollen die Länder die erforderlichen Zuschüsse leisten. Soweit die Länder die Mittel dazu nicht zur Verfügung haben, wird das Reich auch hierzu die erforderlichen Zuschüsse in Erwartung späterer Mehreinnahmen gewähren!

Die Städte wollen nicht mehr auf die Gnade von Reich und Länder angewiesen sein. Die verkaufte Hilfe des Reiches sei in Wahrheit gar keine Hilfe, sondern nur die Gelegenheit zu neuen Schulden. Vor allem aber bedeutet die Kontrolle der Regierung den Tod der Selbstverwaltung. Den Gemeinden müsse endlich die Beteiligung an den Einnahmequellen des Reiches festgestellt werden, örtliche Einnahmequellen und Realsteuern müssen den Gemeinden überlassen bleiben. (Stürmischer Beifall.)

Der Referent legte dem Städtetag die folgende Entschöpfung vor:

„Die deutschen Städte sind völlig außerstande, mit ihren gegenwärtigen finanziellen Möglichkeiten die Mehrkosten auszubringen, die ihnen durch die Erhöhung der Beamten- und Angestelltenbesoldung und der Arbeiterlöhne auferlegt werden. Es fehlen ihnen sogar die Barmittel für die ersten unaufschiebbaren Auszahlungen. Zur Ermöglichung der erforderlichen Zahlungen fordern die Städte die sofortige allgemeine und laufende Ueberweisung von Zuschüssen zur Deckung der Mehrausgaben unter Ablehnung jeder Abstufung nach der Bedürftigkeit. Vor allem erwarten die Städte von der Reichsregierung, dem Reichsrat und dem Reichstag die vorbehaltslose Bewilligung der endgültigen Deckung für die neuen Ausgaben. Damit verbinden sie im Interesse der Stärkung und Erhaltung ihrer Selbstverwaltung das Verlangen, daß ihnen endlich die erforderlichen finanziellen Grundlagen zur Erfüllung ihrer dringenden Aufgaben geschaffen werden. Sie erstücken die einzigmögliche Lösung darin, daß ihnen ihre noch vorhandenen Einkünfte völlig gestichert und durch planvolle Aufstellung aller öffentlichen Einnahmequellen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ergänzt werden.“

An der Debatte beteiligten sich Oberbürgermeister Dr. Beilöon, Völkermmeister Dr. Schön-Gumbinnen, Bürgermeister

Zum Gedenken für die Mütter am Wahllag!



„Kartoffeln für 35 Mark? Ja, wenn ihre die Mitgabedarte der Deutschnationalen Partei vorgehen könnt!“

Böfßer-Jeh, Stadtverordneter Kohnhahn-Dresden, Oberbürgermeister Schmidt-München.

Die Auffassung der sozialistischen Kommunalpolitik vertrat Beigeordneter Wj Höbft (USP):

Er führte aus, daß bei der gegenwärtigen Kundgebung es eine Ausschaltung des Städtetages bedeute, wenn nicht ein deutsches Wort über die Besoldungsordnung selbst gesprochen werde. Es müsse unbedingt verlangt werden, daß bei einer solchen Besoldungsordnung nicht den Gemeinden große finanzielle Lasten auferlegt werden, die Gemeinden nicht Objekt, sondern Subjekt der Gesetzgebung sein müssen und an der Gestaltung solcher Gelege mitwirken. Die gegenwärtige Besoldungsordnung habe unter den Betroffenen einen Schrei der Enttäuschung ausgelöst. Die unteren und mittleren Beamten werden in einer Weise behandelt, die schärfsten Protest herausfordere. Während man die oberen Beamten durch die Teuerungszulagen wiederum erheblich aufbessert hat, haben die Gehälter der unteren und mittleren Beamten zum Teil gar keine, zum Teil eine unzureichende Aufbesserung erfahren. Insofern müssen also die Gemeinden, die mit der Beamtenschaft viel unmittelbarer arbeiten müssen als Reich und Länder, danach trachten, die Lebenshaltung und die Arbeitsfreudigkeit der Beamten zu erhalten und beschaff eine Mitwirkung bei der Besoldungsordnung fordern. Bester müsse gefordert werden, daß die Novelle zum Landessteuergesetz die steuerliche Autonomie der Gemeinden wiederherstelle, sofort verabschiedet werde. Im Sinne seiner Ausführungen brachte Genosse Wj folgende Resolution ein:

„Die deutschen Städte protestieren dagegen, daß die neue Besoldungsordnung ohne Mitwirkung der Gemeinden geschaffen worden ist, obwohl die Städte durch die notwendige Gleichstellung ihrer Beamten, Angestellten und Arbeiter mit denen des Reiches und der Länder im stärksten Maße interessiert sind. Die ungenügende Berücksichtigung der unteren und mittleren Beamten bei unvorstellbar reichlicher Aufbesserung der höheren Beamten bereitet dem schärfsten Widerspruch der Städte. Der Städtetag verlanut aus diesem Grunde, daß die neue Besoldungsordnung unter Wahrung der sozialen Gesichtspunkte umgearbeitet wird.“

Bruno Wj, Dr. Herz, Dr. Weyl, Stadtrat Weisse.“

Im weiteren Verlauf der Debatte wandte sich Oberbürgermeister Wagner-Breslau gegen diese Entschöpfung. Stadtverordneter Stoß-Berlin schloß sich dem Protest gegen den Angriff in die Selbstverwaltung an und erhob eine Reihe kommunistischer Forderungen. Belms-Magdeburg sagt dar, daß die Städte nicht die Lasten und Steuern ins maßlose steigern können, wenn das wirtschaftliche Leben nicht erliegen soll. In der Regierungserklärung würden die Provinzen nicht erwähnt. Was nützen den Städten Zuschüsse, die ihnen über die Not des Tages hinweghelfen sollen, wenn die Provinzen auf dem Wege des Umlagerfahrens gezwungen sind, den Städten diese Einnahmen wieder wegzunehmen.

Darauf wurde die Entschöpfung des Vorstandes einstimmig angenommen. Von der Entschöpfung Wj wurde der erste Satz gegen wenige Stimmen angenommen, der übrige Teil aber gegen eine kleine Minderheit abgelehnt.

Oberbürgermeister Boch schloß die Tagung, indem er ausführte, daß der Reichsregierung unabweislich vor Augen geführt worden sei, daß in den deutschen Städten die Not aufs höchste geklegen sei, und daß die Erklärung der Reichsregierung wegen ihrer Unzulänglichkeit aufs entsetzlichste abgelehnt werde. Er stellte fest, daß die Tagung einen Ausbruch der Kraft zutage gefördert hat, wie er bisher ohnegleichen gewesen ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Verhandlungen und die Beschlüsse der Städtevertreter sind in verschiedener Hinsicht interessant und beachtenswert. Sie bestätigen offiziell, daß die deutschen Städte am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind. Der Nothschrei der Städte ist eine ernste Warnung an die Regierung und an das Parlament. Durch die Politik des Reiches werden auch die Gemeinden in den allgemeinen Zusammenbruch mit hineingezogen. Es muß aber betont werden, daß der Zusammenbruch der Gemeindefinanzen nicht nur die Folge der Geldentwertung und der Wirtschaftsverhältnisse nach dem Kriege ist. Vielmehr hat das Reich schon während des Krieges einen großen Teil der Kriegskosten auf Städte und Gemeinden abgewälzt und diese damit in die schwerste finanzielle Bedrängnis gebracht. Die verantwortlichen Leiter und die bürgerlichen Mehrheiten in den Stadtparlamenten haben es nicht gewagt, gegen diese ungeheuerlichen Belastungen der Gemeinden Einspruch zu erheben. Um die Kriegsbegeisterung des Volkes nicht zu dämpfen, haben sie die Lasten bereitwilligst übernommen und haben stets die verhängnisvolle Kriegspolitik in jeder Weise unterstützt. Dadurch haben sie mitgeholfen, die letzte Katastrophe herbeizuführen. Die kriegsbegeisterten Bürgermeister, Stadträte und bürgerlichen Stadtverordneten tragen also einen großen Teil Schuld daran, daß Städte und Gemeinden jetzt in die schlimmste Lage gekommen sind.

Skandalös ist die Stellung, die die Städtevertreter gegenüber der Resolution der unabhängigen Delegierten zur Besoldungsordnung eingenommen haben. Durch die Ablehnung des zweiten Teiles der Entschöpfung Wj hat es die aus Bürgermeistern, bürgerlichen Stadträten und Stadtverordneten bestehende überlegene Mehrheit des Städtetages ausdrücklich abgelehnt, ein Wort für die durch die neue Besoldungsordnung wieder einmal so arg mißhandelten unteren Beamten einzulegen. Im Reichstag hat die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie noch geflöh alles versucht, eine Aenderung der Vorlage durchzusetzen, um die skandalöse Bevorzugung der hohen Beamten und die ungeheure Benachteiligung der unteren Beamten in der Besoldung zu beseitigen. Im Reichstag sind alle dahingehenden Anträge abgelehnt worden. Und auf dem Städtetag haben die bürgerlichen Vertreter der Städte durch die Ablehnung der Resolution der Unabhängigen ausdrücklich die ungerechte und empörende Behandlung der unteren Beamten durch die Besoldungsordnung gebilligt. So handeln die bürgerlichen Vertreter, die in ihren Reden und Wahlaufufen immer von Wohlwollen für die Beamten triefen. Auch während des jetzigen Wahlkampfes in Leipzig spielten sich die bürgerlichen wieder als die wahren Freunde und berufenen Vertreter der Beamten und Angestellten auf. Ihr Verhalten im Reichstage wie auf dem Städtetag beweist aufs neue, daß sie nur für die höheren Beamten ein warmes Herz haben, während sie den in so bedrängter Lage lebenden unteren Beamten und Angestellten die kalte Schulter zeigen.

Mögen die Beamten, Angestellten und Arbeiter aus dieser Haltung der bürgerlichen Vertreter die richtige Lehre ziehen. Morgen bei der Stadtverordnetenwahl haben sie Gelegenheit, den Herrschenden, die so wenig soziales Verständnis besitzen, die gebührende Antwort zu erteilen. Wer will, daß in die Rathäuser endlich ein anderer Geist einzieht, muß seine Stimme der Unabhängigen Sozialdemokratie geben.

Der Verkehrsausschuss des Reichswirtschaftsrates lehnt ab.

Berlin, 12. November. (Eigene Drahtmeldung.) Im Untersuchungsausschuss des Reichswirtschaftsrates des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, dessen Aufgabe die Prüfung der Organisation und der Wirtschaftlichkeit der Reichseisenbahnen ist, und dem Vertreter aller Abteilungen des Reichswirtschaftsrates angehören, fand gestern eine eingehende Aussprache über die Forderungen, die Reichseisenbahnen zu entlasten, statt. In dieser Aussprache wurde von allen einstimmig und mit großer Bestimmtheit der Standpunkt vertreten, daß eine Überführung der Reichseisenbahnen in den Besitz des Privatkapitals mit den Interessen der deutschen Volkswirtschaft und dem Bestande des deutschen Reiches für unvereinbar und damit für wirtschaftlich und politisch verhängnisvoll zu erachten sei.

Bewald kämpft um seinen Posten.

Berlin, 12. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der bisherige Staatssekretär im Reichsministerium des Innern, Dr. Lewald, protestierte gegen seine Verletzung in den einflussreichen Ausschüssen. Er erklärt, erst durch die P. P. R. von seiner Entlassung Kenntnis erhalten zu haben. Die Regierung stellt demgegenüber fest, daß diese Angaben unwahr sind. Der Reichsminister des Innern habe vor der Veröffentlichung eine Unterredung mit Lewald gehabt, in der er ihn nicht im Zweifel über seine weitere Unverweibarkeit gelassen habe. Diese Mitteilung sei im völligen Einvernehmen mit dem Reichsminister erfolgt.

Die Freiheit sagt dazu: „Die ganze Angelegenheit wäre seiner Erwähnung wert, wenn Herr Lewald nicht zum Delegierten in die oberste Kommission ernannt wäre von derselben Regierung, die ihn nunmehr als unwahrscheinlich bezeichnet. Man wird hoffentlich jetzt Anlaß nehmen, diesen gefährlichen Vertreter überlebensfähiger Anschauungen endgültig aus dem Staatsdienst zu entlassen.“

Bewalds Einreise nach Oberschlesien verboten.

Berlin, 12. November. Halbamtlich wird mitgeteilt: Die Interalliierte Kommission in Doppel hat die Einreisegenehmigung des Reichsvertretenden deutschen Bevollmächtigten für die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien, Staatssekretär Dr. Lewald und des Unterstaatssekretärs Dr. Goppert, die sich am Sonnabend abend zu Vorbereitungen mit Vertretern der ober-schlesischen Bevölkerung nach Oberschlesien begeben wollten, verweigert.

Zu der Verweigerung der Einreise nach Oberschlesien für den deutschen Reichsvertretenden Bevollmächtigten für Oberschlesien Staatssekretär Dr. Lewald und den preussischen Vertreter Unterstaatssekretär Dr. Goppert erfährt das Berliner Tageblatt, daß die englische Botschaft in Berlin gestern dem Auswärtigen Amt eine Mitteilung der Interalliierten Kommission in Doppel in Aussicht gestellt habe, in der es heißt, daß im Interesse der Ordnung in dem von den Alliierten besetzten Oberschlesien den polnischen und deutschen Kommissionsmitgliedern eine Aufenthaltserlaubnis nicht erteilt werden könne.

Die Mission Verchenfelds in Berlin.

München, 12. November. (Eigene Drahtmeldung.) An die Reise des bayerischen Ministerpräsidenten Verchenfeld nach Berlin werden von der bürgerlichen Presse Vermutungen geknüpft, die erkennen lassen, daß das Verhältnis des bayerischen Ministerpräsidenten zu der bayerischen Volkspartei nicht mehr so harmlos ist, als die bürgerliche Presse bisher behauptet hat. Die Reise des Ministerpräsidenten nach Berlin wird in Zusammenhang gebracht mit der Proklamation des ehemaligen Kronprinzen Ruprecht, mit Konföderationsverhandlungen, hauptsächlich Reformen auf dem Gebiete des Strafvollzugs gegenüber den Festungsgefangenen und hinsichtlich der bayerischen Volksgesetze. Die bayerische Volkspartei korrespondenz verlangt von Verchenfeld, daß er in Berlin fest bleibe und die bayerischen Rechte wahren solle. Andre Meldungen lauten, daß Verchenfeld nach Berlin zitiert worden sei.

Deutschnationale Hege gegen die Reichsregierung.

München, 12. November. Nach der Frankfurter Zeitung kam es in der Freitagssitzung des Bayerischen Landtags gelegentlich der Fortsetzung der Teuerungsgesetze zu einem lebhaften Zwischenfall. Der deutschnationale Abg. Brügge erklärte, die Hauptschuld an unserer wirtschaftlichen Lage trage der Verfall der Reichsregierung, die miserable Politik der Reichsregierung und deren Ermittlungslust. Als der Redner von der Politik der Reichsregierung sagte, man müsse feststellen, daß sie im Solde des Auslandes stehe, wurde er von der linken Seite durch klägliches Lachen unterbrochen. Die ganze Linke verließ ostentativ den Saal. Präsident Königsbauer erteilte später dem Abg. Brügge wegen des bedauerlichen Vorgehens gegen die Reichsregierung einen Ordnungsruf.

Sturm im Braunschweiger Landtag.

Aus Braunschweig berichtet die N. N.: Die Freitagssitzung des braunschweigischen Landtags gestaltete sich sehr hitzig. Wie die neuesten Nachrichten melden, nahm der Abgeordn. Blaus (Landeswahlverband) bei der Beratung des Staatshaushaltsplans das Wort, um die Unfähigkeit des Staatsministeriums zu beweisen. Die Staatsregierung müsse, sagte er, nach der Pfeife der Regierungsparteien tanzen. Das Recht der freien Meinungsäußerung sei in Braunschweig nur ein papiernes Wort. Da die Staatsregierung keine Sachkenntnis habe, so seien Disziplinarmaßnahmen für diese große Ausgaben nötig. Damit den Staatsministern etwas zu tun übrig bleibe, reichten sie im Auto im Lande umher, entweder auf Kosten der Steuerzahler oder auf Kosten ihrer Freunde, die dafür natürliche Gegengaben fordern. Bei diesen Vorwürfen gegen die Staatsregierung bemühtigte sich des Hauses lebhaftere Erregung. Verschiedene Abgeordnete sprangen von ihren Plätzen auf und schlugen mit den Fäusten auf die Pulte. Der Präsident verließ seinen Platz, ein großer Teil der Abgeordneten strömte aus dem Saale. Die Sitzung wurde abgebrochen und unter gewaltiger Erregung auf Sonnabend vertagt.

Friedenszustand zwischen Deutschland und Amerika.

Berlin, 11. November. Die Ratifikationsurkunden zu dem am 2. August 1921 von den Bevollmächtigten Deutschlands und den Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten von Amerika unter-

zeichneten Vertrag sind heute abend im Auswärtigen Amt ausgetauscht worden. Damit ist der Vertrag in Kraft getreten und der Friedenszustand wiederhergestellt.

Streik in den Charlottenburger Gaswerken.

TU. Berlin, 12. November. In den städtischen Gaswerken in Charlottenburg ist ein wilder Streik ausgebrochen, weil den Arbeitern die gelobte 100-Mark-Beihilfe nicht bewilligt wurde. Die Kostbarkeiten wurden am Freitag noch ausgeführt; doch muß mit der Einschränkung der Gasabgabe gerechnet werden. Die Berliner und die Wilmersberger Gasarbeiter beraten in Betriebsversammlungen, ob sie sich dem Streik anschließen oder die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung abwarten wollen.

Demokratische Wahlsiege in Amerika.

Die Demokraten haben bei den Wahlen 25 Sitze im Abgeordnetenhaus für New Jersey gewonnen und einen Sitz im Senat. In Alban im Staate New York und in mehreren anderen Städten wurden demokratische Bürgermeister gewählt, was seit vielen Jahren nicht mehr vorgekommen ist.

Die Reichseisenbahn und ihre Gegner.

Von L. Breunig, M. d. R.

In letzter Zeit ist sehr viel über das Thema „Privatisierung der Reichseisenbahn“ geschrieben und geredet worden. Wir können heute feststellen, daß nicht nur die vom Minister berufenen Sachverständigen, sondern auch die Vertreter der Arbeiter und Beamten auf dem Standpunkt stehen, daß sofort eine Reform der gesamten Verwaltung nach modernen kaufmännischen und technisch-wirtschaftlichen Grundsätzen in Angriff zu nehmen ist. Diese Forderung wurde bereits am 16. März 1921 im Reichstag durch einen Antrag des Verfassers erhoben.

Auch der Verkehrsausschuss des Reichswirtschaftsrates hat einen besonderen Arbeitsausschuss zur Prüfung von Denkschriften und Eingaben über Mängel usw. im Eisenbahnwesen eingesetzt. Die Pläne der Stinnesgruppe und sonstiger Interessenten auf Überführung der Reichseisenbahnen in Privatbesitz bzw. auf Umformung in einen „gemischt-wirtschaftlichen“ Betrieb, sind durch die Entscheidung der Präsidentenkonferenz in München und des Sachverständigenbeirats beim Reichsverkehrsministerium keineswegs als erledigt zu betrachten. Täglich erfolgen neue Vorstöße.

Es erscheint dringend notwendig, die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß das Zentrum dieser Bestrebungen in Essen seinen Sitz hat. Stinnes sucht seinen Machtbereich zu erweitern. In diesen Tagen sind wieder neue Pläne der Stinnesgruppe bekannt geworden. Der Abgeordnete Hué hat im Vorwärts vom 29. Oktober d. J. (Abendausgabe) unter dem Titel: „Anfragen an die Regierung“ einen Plan aufgedeckt, der darauf hinausläuft, die sehr umfangreichen Duisburg-Aachener Hafenanlagen, die sich zur Zeit in staatlichem und städtischem Besitz befinden, einem privatkapitalistischen Konjunktium zu übertragen. Das Reichsverkehrsministerium hat bereits am 1. November d. J. durch Wolffs Bureau die Antwort erteilt, daß das Reich nicht nur von derzeitigen Plänen nichts wisse, sondern ihnen sogar ablehnend gegenüberstehe, da, wie es in der Zukunft wörtlich heißt, „diese Zusammenhänge zwischen den Häfen einerseits, der Eisenbahn, dem Rhein-Herne-Kanal und dem Rhein andererseits zu zerbrechen, ohne Benachteiligung irgendwelcher Verkehrs- und Wirtschaftsinteressen nicht möglich sein würde.“ Die Reichsregierung hat also diese „neuen“ Pläne unzweideutig abgelehnt. Die preussische Regierung hat sich bis heute noch nicht zu der Angelegenheit geäußert. Es ist deshalb anzunehmen, daß sie diese Pläne kennt und auch billigt.

Aus diesem Zwischenfall ist zu ersehen, daß die privatkapitalistischen Interessenten nicht müßig sind und ganz systematisch und planmäßig auf ihr Ziel, die Reichseisenbahn in Besitz zu bekommen, losgehen. Wir werden die Bestrebungen der Stinnes und Konjunktoren und ganz besonders der Essener Zentrale, die anscheinend durch die Handelskammer in Essen und deren Syndikus, Dr. Quack, unterstützt wird, scharf beobachten müssen, um ihren Bestrebungen rechtzeitig mit aller Energie entgegenzutreten zu können.

Nicht nur die Handelskammer in Essen, sondern auch andere Handelskammern im Reich, die als Vertretungen einflussreicher Kapitalistenkreise anzusehen sind, arbeiten in dieser Richtung. So hat sich u. a. der Syndikus der Handelskammer in Frankfurt a. M., Professor Salomon, gelegentlich der Sitzung des Verkehrsbeirates im Reichspostministerium wie folgt geäußert:

„Ich bin überzeugt, in einem Jahre haben wir die Reichseisenbahn-Altien-Gesellschaft.“

Diese Kreise finden es ganz in Ordnung, daß man bei der Überführung der Reichseisenbahn in Privatbesitz nicht stehen bleiben kann. Man ist bestrebt, seinen Machtbereich auch auf die Reichspost auszudehnen. So gab der Vertreter der Mainzer Handelskammer bekannt, daß die Direktion der großen Hattendorfer Werke sich ganz offen für eine Entstaatlichung der Post ausgesprochen habe. Dieselben Pläne bestehen bezüglich der staatlichen Bergwerke, wie sich aus einem Artikel der Rheinischen Zeitung vom 6. Oktober d. J. ergibt.

Die Bestrebungen der Großindustrie stehen ferner im Zusammenhang mit ihrem Kreditangebot an die Regierung, um die Besteuerung der Sach- und Goldwerte abzuwenden. Die Reichsbetriebe sollen anscheinend als Sicherheit für diese Kredite dem Privatkapital ausgeteilt werden. Die Gefahr ist also noch nicht abgemindert.

Durch den Anfang Oktober im Notiz Tag veröffentlichten Artikel des früheren preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten, von Breitenbach, wurde ein wahres Trommelfeuer der Stinnespresse auf die öffentliche Meinung eröffnet. Breitenbach stellte die Forderung auf, in eine Prüfung darüber einzutreten:

1. ob die Reichseisenbahnen in die Privatwirtschaft mit dem Ziele der Abschaffung der Festschuld und Entlastung von Erträgen zu überführen sind, und ferner
2. in welcher Form — Verkauf mit Rückkaufsrecht, gemeinwirtschaftlicher Betrieb oder Verpachtung — dieses zu erfolgen hätte?

Sofort fiel der Chorus der ganzen bürgerlichen Presse ein. Von der Deutschen Tageszeitung bis zum letzten Kreisblatt pflanzte sich das Echo fort. In der Deutschen Tageszeitung vom 5. Oktober d. J. war folgendes zu lesen:

„Der Begründung seines Verlangens legt Herr Dr. Breitenbach die Binsenwahrheit zugrunde, daß dem Privatkapital mit seiner Freiheit der Bewegung und seinem starken Interesse, sich selbst zu erhalten, auch die größere Fähigkeit innewohnt, einen großen Betrieb nutzbringend zu verwalten.“

Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei sowie mit ihnen verwandte Gruppen haben, nachdem sie nicht mehr auf die politische Macht bestanden und nachdem die Eisenbahnen nicht mehr wie früher strategischen und militärischen Zwecken dienen können, kein Interesse mehr für einen reichseigenen Betrieb.

In der Wölkischen Zeitung vom 25. Oktober d. J. wurde unter dem Titel „Zusammenbruch des Verkehrs-Apparates“ ein scharfer Angriff auf das Reichsverkehrsministerium unternommen, worauf Minister Groener in der Morgenauflage der Wölkischen Zeitung vom 29. Oktober antwortet und gegen den Artikel vom 25. Oktober eine scharfe Protestnote einlegt mit dem Hinweis, daß die Artikelüberschrift objektiv unrichtig sei und daher eine Freizügung und Beunruhigung des Publikums bedeute, die die ernstesten Folgen haben kann.

Das es bei dieser Gelegenheit ohne die üblichen Angriffe auf das Personal nicht abgeht, ist selbstverständlich. So hat der Verkehrsausschuss des Reichsverbandes der deutschen Industrie in einer Entschließung darauf hingewiesen,

daß die Reichseisenbahnverwaltung die schon längst als notwendig erkannten Sparmaßnahmen nur zum geringsten Teil durchgeführt habe und sich noch nicht zu einer vollen Ausnutzung der Arbeitskräfte der einzelnen Bediensteten entschlossen hätte.

In der Deutschen Tageszeitung vom 11. Oktober d. J. beschließt sich der Unterstaatssekretär A. D. Franke ebenfalls mit der Zukunft der Reichseisenbahn. Die Schwächen des Staatseisenbahnsystems bestehen nach seiner Ansicht hauptsächlich in drei Punkten:

1. Das Schwelgen der Betriebe mit entbehrlichem Personal;
2. das Verschleßen von Ausgaben ohne Deckung, namentlich wenn es sich um Personalvermehrung und Gehalts- und Lohnaufbesserung handelt;
3. das Bestreben der Staatsbetriebe, möglichst viel Geschäfte — auch von unteren Instanzen — an sich zu ziehen, also das unwillkürliche Streben nach Zentralisierung.

Wir sehen, daß Franke, genau wie die Vertreter der Industrie, auch hier die Personalfrage in den Vordergrund stellt. Er widerspricht ganz besonders für das Privatbahnsystem und schreibt: „daß die finanzielle Lage besser wäre, wenn wir das Privatbahnsystem hätten, ist anzunehmen.“ Er weist in seinen Ausführungen mehrfach darauf hin, daß die Personalausgaben bei der Beilegung des Defizits die entscheidende Rolle spielen und sagt: „daß das jetzige System zwei Jahre hindurch vergeblich verfaßt habe, Ordnung zu schaffen. Gehälter und Löhne seien erhöht worden, bevor Deckung vorhanden war.“ Daß die Revolution und der Absolutismus sowie das Koalitionsrecht von bürgerlicher Seite als Gründe für die schlechte finanzielle Lage der Reichseisenbahn angeführt werden, sind wir ja gewöhnt. In der Täglichen Rundschau stellt Zurlind (München) indem er zugibt, daß die Eisenbahnverwaltung auf dem Gebiete der Materialbeschaffung allerdings mächtig überfordert ist, die Behauptung auf, daß sich beim Privatbetrieb in dieser Beziehung Einsparungen erzielen ließen. Zurlind meint allerdings, und damit kann der Mann recht haben, „es wird kaum ein Privatunternehmen geben, das die heute mit Milliarden überschuldete Reichseisenbahn mit Stumpf und Stiel zu übernehmen bereit ist.“ Dieser Meinung, daß man „heute“ nicht dazu bereit ist, sind auch wir. Wenn es aber durch das in Aussicht gestellte Eisenbahngesetz gelingt, die als Folgen des Krieges entstandenen Kosten auf die allgemeine Reichsschuld zu übertragen, werden die Bestrebungen des Privatkapitals, die Reichseisenbahn in Privatbesitz zu überführen, sicher noch härter wie heute hervortreten. In den Freisprechungen wird auch mit dem Gedanken gespielt, zum mindesten die Eisenbahn-Verstärken in privaten Besitz zu überführen.

Auch die Förderer des Reiches scheinen sich zum Wort. Der Rheinische Herald (Köln), der anscheinend als Organ der Anhänger der „Rheinischen Republik“ anzusehen ist, schreibt: „daß letzten Endes der Zentralismus den Kern des Übels bildet.“ Unter dem Titel „Entsozialisierung“ gibt ein Dr. Korin in den Oldenburgischen Nachrichten für Stadt und Land vom 4. Oktober d. J. allerlei Unsinn (denn es ist Unsinn, bei der Reichseisenbahn von einem sozialisierten Betrieb zu sprechen) zum besten, worauf ihm das Oldenburger Volksblatt vom 6. Oktober sehr treffend antwortete.

Der „Deutsche“ vom 6. Oktober gab den Industriellen folgende Antwort:

„Die Industrie müßte heute in erster Linie dafür sorgen, daß eine Verminderung des Defizits eintritt durch nicht übertriebene Preise für Materialien. Das Eisenbahnpersonal selbst ist in jeder Weise bemüht zu sparen, soweit es das oft minderwertige Material zuläßt, so daß sich die Ermahnung durch die Industrie eigentlich erübrigt. Man soll also immer die richtigen Quellen suchen, wenn man von dem Fehlbetrag bei der Eisenbahn spricht und sie in Zusammenhang bringen will mit der Erhöhung der Tarife bei der Eisenbahn.“

Die Auswucherung der Reichseisenbahn durch die Schwerkindustrie ist allgemein bekannt. Von dem Fehlbetrag des Vorjahres in Höhe von 15,6 Milliarden entfielen schätzungsweise rund 10 Milliarden auf die fabelhafte Steigerung der Materialpreise durch die Spekulanten und Konzerne.

Durch außerordentliche Sparmaßnahmen der Reichseisenbahnverwaltung ist es gelungen, das Defizit des ordentlichen Etats auf 6,5 Milliarden im Jahre 1921 zu verringern.

Der erste Ansturm ist abgeklungen. Die Angriffe werden sich jedoch wiederholen. Es ist deshalb notwendig, daß die Arbeiterkraft und das Reichseisenbahnpersonal sich stets zur Abwehr bereit halten.

Der Stand der Valuta.

Amliche Mittankurze.

Es folgten in Berlin	1. 7. 14			10 11 21			11. 11 21		
	Mark								
1 amerikanischer Dollar	4.12	272 22	287 21						
1 englischer Pfund Sterling	20 43	1063 00	1183 85						
100 holländische Gulden	189 00	9340 65	9990 —						
100 schwedische Kronen	112 50	5193 30	5593 80						
100 Schweizer Franken	81 00	5194 80	5594 80						
100 französische Franken	81 00	2607 05	2147 95						
100 belgische Franken	81 00	1908 10	1993 —						
100 italienische Lire	81 00	1128 85	1158 80						
100 deutsch-österreichische Kronen	85 00	8 73	8 58						
100 tschechisch-slowakische Kronen	—	284 70	304 65						
100 ungarische Kronen	—	22 47	23 97						

Die Schlusskurse im Fremdwährverkehr bezeichneten abends 6 Uhr eine kleine Abschwächung des Dollarkurses auf 283.

Von Nah und Fern.

Eine Schnellzuglokomotive verschwunden.

Salle, 11. November. In Honerwerda ist aus dem Schuppen des dortigen Güterbahnhofes eine komplette Schnellzuglokomotive, die auf einem toten Gleis stand, spurlos verschwunden.

Doppelmord.

Berlin, 12. November. Wie der Lokalanzeiger aus Müns meldet, ist in der Ortschaft Alten ein Landwirt und seine Schwester ermordet aufgefunden worden. Seit der Tat ist der Knecht spurlos verschwunden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Walter Freitag in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Müller, Borsdorf/Leipzig.

Druck u. Verlag, Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig

DUNLOP
Gummibereifung

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 12. November.

Parteilangelegenheiten.

Stüttert. Heute abend von 5 Uhr an, Flugblattausgabe in der Bibliothek.

Dejsh-Marktleberg-Gaugh. Die Genossinnen und Genossen werden nochmals aufgefordert, sich an der Wahlarbeit zu beteiligen. Nach der Wahl gefälliges Beisammensein im Bürgergarten am Ring.

Gaugh. Die Genossen treffen sich morgen früh 1/2 9 Uhr im Wahlbureau, Schulzimmer 12.

Karteiauswahl-Mitglieder. Montag, den 14. November, nachmittags 5 Uhr, Ausschusssitzung im Kartell.

Betriebsräte, Arbeiter-, Angestelltenräte und Obmänner der Gruppe 8, graphische Industrie: Donnerstag, den 17. November, abends 7 Uhr, Gruppen-Vollversammlung im Volkshaus, Café Mitte. 1. Der § 71 des Betriebsrätegesetzes. 2. Verschiedenes.

Zentral-Wahlkomitee:

Tauscher Straße 19/21, Vorderhaus I. Tel. 18025, 5078, 2721, 4596.

Derliche Wahlkomitees:

Westl. Westen I (Mit-Dejsh) Restaurant Donat, Promenadenstraße 31. Tel. 5120.

Zentrum Burgstraße 7. Tel. 2708.

Norden Appelbom, Berliner Straße 34.

Osten Kahlers Festhalle, Volkmarstorfer Markt. Tel. 60750.

Süd Ostling Sandhaus. Tel. 60412.

Süd Südwestbibliothek, Stettiner Straße 64.

Thonberg-Neubaubibliothek, Stöckerlauer Straße 17. Tel. 7138 (Kreisel).

Süd Ostling Kleines Volkshaus, Budehäuser Straße. Tel. 7092.

Süd Ostling Im Wahllokal der 31. Volksschule.

Süd Ostling Stadt Altenburg, Lindenauer Markt. Tel. 41836.

Süd Ostling Terrasse, Wundorfer Straße. Tel. 40634.

Süd Ostling Restaurant Kamerun, Nonnenstraße.

Süd Ostling Stadt Köstlich, Köstlicher Straße.

Süd Ostling Restaurant Feldschlösschen, Schönefelder Straße 4. Tel. 10708.

Süd Ostling Restaurant Ratskeller. Tel. 9214.

Süd Ostling Brauerei-Kaufhaus, Elisabethstraße 17. Tel. 50031.

Süd Ostling Carolabad, Meßlenburgstraße 10. Tel. 50880.

Süd Ostling Konsumvereins-Neubau, Bornaische Straße 219.

Süd Ostling Bibliothek, Döbber Straße 18.

Süd Ostling Schule, Zimmer 12.

Süd Ostling Restaurant Bahnhof Connewitz.

Am Wahlabend werden telefonische Auskünfte nur durch die Nummer 5078 erteilt.

50 000 Wahlhelfer

Am Sonntag der USP, bei der Stadtverordnetenwahl zur Verfügung, wenn alle organisierten Parteigenossinnen und Parteigenossen ihrer Pflicht tun. Die Parteiliste ist am Wahltag nicht damit erfüllt, daß ein Stimmzettel abgegeben wird. Es gilt vielmehr, Stimmzettel zu verteilen, Schlepperdienste zu leisten, die Säumen zu mahnen, die Gleichgültigen aufzurütteln. Wer am Wahltag seine Kräfte der Partei zur Verfügung stellen will, der darf nicht zuhause hinter dem Ofen hocken! Es kommt auch nicht darauf an, daß jeder Wahlhelfer eine bestimmte Arbeit vom Wahlkomitee zugewiesen wird. Jeder muß sich aus eigener Erkenntnis nützlich betätigen. Jeder muß selbst sehen, wo es heißt: Wir brauchen für unseren Sieg die Initiative jedes Genossen und jeder Genossin. Wer helfen will, der agitiert in seinem Hause, unter Bekannten usw. Im besonderen muß Wert auf die Agitation unter den Frauen und Mädchen gelegt werden. Jede Genossin und jeder Genosse muß die Agitation für unsere Partei als seine persönliche Angelegenheit betrachten, alle müssen am Wahltag von dem Bewußtsein getragen sein, daß der Sieg unserer Partei Herzenssache jeder Genossin und jedes Genossen ist. Wenn so gearbeitet wird, dann wird die alte stürmerprobt Leipziger Parteigenossenschaft am Wahltag aufs neue beweisen, daß sich die Größe der Partei auf ihrer gewissenhaftesten Kleinarbeit aufbaut.

Reiße keiner zurück! Tue jeder seine Pflicht! Der 13. November wird durch eure Kraft werden ein Triumph der sozialistischen Arbeiterklasse ein Siegestag der Unabhängigen Sozialdemokratie!

Winke für die Stadtverordnetenwahl.

Wann wird gewählt?

Sonntag, den 13. November, von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends.

Geht frühzeitig, möglichst am Vormittag, zur Wahl. Die wahlberechtigten Familienmitglieder gehen geschlossen zur Wahl. Nehmt auch Freunde und Bekannte mit.

Wo wird gewählt?

Es sind 273 Wahlbezirke vorhanden. Das Wahlrecht wird in dem Wahlbezirk ausgeübt, wo der Wahlberechtigte wohnt und in die Wählerliste eingetragen ist.

Wer nach dem 15. September 1921 verzogen ist, kann in seinem alten Wahlbezirk wählen. Ist der neue Wohnsitz zu weit davon entfernt, so kann der Wähler sich einen Wahlort in der Nähe des Wahlamtes, Neues Rathaus, Eingang Burgplatz, Zimmer 185, ausstellen lassen und dort wählen, wo es ihm am besten paßt. Den

Antrag auf Ausstellung eines Wahlscheins kann auch — und zwar noch am Wahltag — derjenige stellen, dessen Name in der Wählerliste nicht verzeichnet ist, und der dem Wahlamt glaubhaft nachweisen kann, daß sein Wahlrecht bisher ruhte, oder daß er nicht in der Lage war, die Listen einzusehen. Natürlich kann jeder nur in einem Wahllokale wählen.

Sichere sich also jeder sein Wahlrecht. Stimmberichtig sind alle Männer und Frauen vom 20. Lebensjahre an.

Wie wird gewählt?

Die Stimmabgabe ist persönlich. Man muß also im Wahllokale erscheinen und selbst wählen. Wer körperliche Gebrechen hat, kann sich hierbei der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Stimmzettel der USPD sind vor dem Wahllokale zu haben.

Jeder Wähler, der ins Wahllokale tritt, erhält einen amtlichen Wahlumschlag. In ihn steckt er an einer dazu bestimmten Stelle unbedeckt den Stimmzettel der USPD. Frauen erhalten grüne Umschläge, Männer bekommen blaue Umschläge.

Man achte darauf, daß der richtige Stimmzettel in den Umschlag gelegt wird. Änderungen dürfen an ihm nicht gemacht werden. Wer Stimmzettel verschiedener Parteien abgibt, dessen Stimme ist ungültig.

Hat der Wähler den Stimmzettel der USPD in den Umschlag gelegt, so begibt er sich an den Wahlstisch, er nennt seinen Namen, und wenn der in der Liste als richtig festgestellt ist, gibt er den Umschlag dem Wahlvorsteher, der ihn in die Wahlurne legt. Verbt den ganzen Tag für die Liste der USPD.

Einer kläre den andern auf. Die Mitglieder der Gewerkschaften erhalten Kontrollschelme, die vor dem Wahllokale abgestempelt werden.

Um 6 Uhr abends wird die Wahlhandlung geschlossen. Wer um 6 Uhr abends noch im Wahllokale ist, wird noch zur Stimmabgabe zugelassen. Sein Wahlrecht sichert sich aber nur derjenige, der rechtzeitig zur Wahl geht.

49,5 Millionen Mark öffentliche Gelder verrentet.

Die Preissteigerungen setzten bekanntlich schon während des Krieges ein. Diese Erscheinung sollte für den privaten Wohnungsbau zum Verhängnis werden. Als nach dem Zusammenbruch im November 1918 mit dem Bau von Wohnungen begonnen werden sollte, um einmal den hereinflutenden Massen Beschäftigung zu bieten, und zum andern, um der einsetzenden Wohnungsnot abzuwehren, stellte es sich heraus, daß keine Wohnungen gebaut werden konnten. Durch die Preissteigerungen wären schon damals die Baukosten auf die doppelte Friedenshöhe gekommen. Damit hätten für diese Wohnungen aber auch die doppelten Friedensmieten gezahlt werden müssen, wozu sich aber kein Mensch bereit erklärte. Der bis dahin übliche private, spekulative Wohnungsbau wurde damit automatisch abgetan. Wo kein Profit ist, hat die Privatwirtschaft das Interesse verloren! Diese Tatsache nötigte das Reich zum sogenannten Baukostenzuschußwesen, d. h. alle Baukosten, die den normalen Friedenswert einer Wohnung übersteigen, werden von Reich, Staat und der Gemeinde getragen. Diese Beträge werden, wie der Volkmund sagen würde, regelrecht „in den Schornstein geschrieben“. War damals im Winter 1918/19 etwa das Doppelte des Friedenswertes erforderlich, so ist es heute etwa das Fünffache! Das angeht nicht nur die ungeheuren öffentlichen Zuschüsse für den Bau von Wohnungen nur noch durch und für diejenige erfolgen kann, die diese Zuschüsse gibt, d. h. die Allgemeinheit, ist selbstverständlich. In Leipzig ließ sich nun folgende Merkwürdigkeit verzeichnen: Im März 1919, als die öffentlichen Zuschüsse etwa das Dreifache des Friedenswertes betragen, verschlossen sich auch die bürgerlichen Stadtverordneten nicht der Erkenntnis, daß der Bau von Wohnungen nur durch die Stadt erfolgen kann. Das Stadtverordnetenkollegium nahm am 26. März 1919 einstimmig, also mit Hilfe und ohne „Vergewaltigung“ und „Terrorisierung“ der Mittelständler, Deutschnationalen (diese obendrein noch durch eine Erklärung beträufelnd) und Demokraten, an Stelle einer mehr mittelständlerischen Ratvorlage, den unabhängigen-sozialdemokratischen Organisationsentwurf zur Errichtung des städtischen Wohnungsamtes an. Die Aufgaben waren: Die Herstellung von Wohnungen im eigenen Betriebe, der Erwerb von Baugelände auch auf dem Wege der Enteignung, die Erzeugung und Beschaffung von Baukosten u. a. Dazu wurde noch ein Betriebskapital von 13 Millionen Mark bewilligt, um das Unternehmen entsprechend zu finanzieren. Es war ein sehr erfreuliches Zeichen von ungewohnter Einsicht und momentanem Weitblick, als Deutschnationale, Mittelständler und Demokraten hier ein Stück sozialistische Politik mitmachten. Daß angesichts einer solchen Haltung der bürgerlichen Vertreter die sehr ehrenwerten und wieder einmal sehr ausgezeichneten

Leipziger Neuesten Nachrichten für die Regierung eintreten, muß gerade jetzt, wo Edgar seinen jungen Leuten freien Lauf läßt, betont werden. Sie schrieben am Tage nach jener denkwürdigen Sitzung über diesen Stadtverordnetenbeschluss folgendes:

„... Nun ist aber infolge der enormen Kosten der privatwirtschaftlichen Wohnungsbau unmöglich geworden. Die Wohnungsherstellung hat also aufgehört, ein Spekulationsobjekt zu sein und die ganze Lösung der ganzen Frage ruht auf dem Zusammenwirken von Reich, Staat und Gemeinden.“

Der Antrag auf Gründung eines städtischen Wohnungsamtes wurde angenommen und damit wird der Wohnungsbau völlig in städtische Regie übergehen.

Der Beschluß der Stadtverordneten ist der erste Schritt auf dem Wege zu einer wirklich großzügigen städtischen Wohnungspolitik und damit zur Lösung eines Problems, das gegenwärtig mit zu den wichtigsten Fragen auf dem gesamten Gebiete der Kommunalpolitik gehört. . . .

Die Leser der L. N. werden verwundert sein, vorausgesetzt, daß es solche gibt, die kritisch denken können, wenn sie das dagegen

hatten, was sie jetzt über Regie und Kommunalisierung zu lesen bekommen. Die Erklärung hierfür ist aber sehr einfach. Je höher die Baukostenzuschüsse infolge der Preissteigerungen werden, um so höher könnten die Gewinne sein, wenn nicht die Stadt baut, sondern Unternehmer. Das hatten im März 1919 die bürgerlichen Vertreter und auch die L. N. noch nicht erfahrt. Jetzt, nachdem wir sehen, wie „vorteilhaft“, d. h. für sich, diverse Unternehmer gebaut haben, ist dieser Umschwung eingetreten.

Daß der Wohnungsbau nun nicht gleich durchgeführt wurde, wie von den Stadtverordneten beschlossen, lag an dem hartnäckigen Widerstand des Rats. Dadurch war es möglich, daß im Jahre 1919 fast nur Unternehmer Wohnungsbauten ausführten und auch die enormen Baukostenzuschüsse einsteckten. Auch 1920 wurden von privaten Unternehmern noch über doppelt soviel Wohnungen geschaffen als durch die Stadt. Erst 1921 wurden mehr städtische (500) als private (140) Wohnungen geschaffen. Insgesamt wurden in den Jahren 1919/21 rund 90 Millionen Mark öffentliche Zuschüsse für Wohnzwecke in Leipzig ausgegeben. Davon erhielten private Unternehmer 50 Millionen Mark regelrecht geschenkt. Mit diesen von der Allgemeinheit aufgebracht Geldern bauten sie sich eigene Häuser und ließen teilweise noch die unerhörtesten Gewinne ein. Hätte die Stadt auch diese 50 Millionen Mark zum Bau eigener Wohnhäuser verwendet, so wie es die USPD forderte, dann wären diese Häuser der Allgemeinheit, der Stadt erhalten geblieben und hätten zur Vergrößerung des Bestandes und damit der Kreditfähigkeit der Stadt beigetragen.

Daß solche ungeheure Häuserwerte, die ja lediglich die materialisierten 10 Prozent Sicherabzüge der Arbeiter, Angestellten und Beamten sind, privaten Unternehmern zur Bereicherung zugeführt werden sollen, ist der Zweck beim Geschrei um die Befreiung der „sozialistischen Mißwirtschaft“.

Soll die Bahn zu einer wirklich großzügigen, einheitlichen, vorbildlichen und planmäßigen Wohnungsbaupolitik weiter freigemacht werden, wie dies jetzt in Leipzig nach langem Ringen geschieht, so kann dies nur erreicht werden, wenn eine bürgerliche Mehrheit verhindert wird.

Gegenüber den Vertretern der bürgerlichen Geschäftspolitik heißt es am 13. November:

Drückt sie an die Wand!

Politische Falschmünzerei.

Als in der letzten Landtagsitzung der Deutschnationale Schulmeister Grelmann wider besseres Wissen die historischen Tatsachen jähle und die Sünden der alten bürgerlich-kapitalistischen Kriegspolitik der Revolution in die Schuhe zu schieben versuchte, bezeichnete Ministerpräsident Bud diese Dreistigkeit sehr richtig als Falschmünzerei. Derselbe Falschmünzerei treiben die auf der sogenannten wirtschaftspolitischen Gemeinschaftstische zusammengeschlossenen bürgerlichen Parteien in Leipzig zur Stadtverordnetenwahl, wenn sie von „unerhörten Verlusten“ bei der staatlichen Lebensmittelverteilung sprechen und dazu bemerken: „Das ist der Erfolg der sozialistischen Politik im Freistaat Sachsen.“

Sachsen hat bei der Beschaffung von Lebensmitteln 150 Millionen Mark draufzahlen müssen. Das ist ebenso richtig, wie die Tatsache, daß das Reich ungezählte Milliarden aufwenden muß, um dem Volke die Lebensmittel zu überhaupt noch erschwingbaren Preisen zu liefern. Eine dreiste Lüge — oder mit andern Worten — politische Falschmünzerei — ist es aber zu behaupten, daran sei die sozialistische Politik in Sachsen, aber gar — wie die hinter der wirtschaftspolitischen Gemeinschaftstische stehenden politischen Rindsköpfe lagern — die „sozialistische Ratshausmehrheit“ schuld.

Schuld ist zunächst einmal die bürgerliche Mehrheit im Reich, die schon während des Krieges die Staaten und Gemeinden zwang, für die Bevölkerung Lebensmittel aufzukaufen, gleichzeitig aber jedes Mittel ablehnt, die dadurch begünstigte Preistreiber zu verhindern.

Schuld sind die bürgerlichen Parteien, die die schon 1914 von den sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften vorgeschlagene Wege zur Sicherstellung der Volksernährung und Bekleidung des Lebensmittelwunders durch Agrarier und Industriebetriebe abgelehnt haben.

Schuld sind die bürgerlichen Parteien, die wohl gelegentlich einmal über die Schieber schimpften, aber gegen den Widerspruch der sozialistischen Parteien duldeten, daß die ihren Kreisen angehörenden Industriellen und Agrarier unter Ausnutzung des Valutaleids ihre Waren und Lebensmittel nach dem Ausland verschickten, während in Deutschland das Volk hungerte und an Unterernährung zugrunde ging.

Schuld sind die bürgerlichen Parteien, die durch dieses vorkriegsfeindliche Verhalten, den Lebensmittelwunder begünstigten und die Regierung zwangen, teure Lebensmittel vom Ausland zu kaufen, um zu verhindern, daß Hunderttausende von Volksgenossen auf der Straße verhungerten.

Welch widerliche Frucht, wenn diese Gesellschaft der Regierung wegen ihrer Fürsorge wagt Vorwürfe zu machen. Was würden die Herrschaften wohl sagen, wenn die Regierung ihre Pflicht verübt und der Berechtigung freien Lauf gelassen hätte? Dann würden dieselben Leute mit gehuchelter Entrüstung rufen: Seht, wegen einigen kumpigen hundert Millionen hat die sozialistische Regierung gekauert und Tausende und aber Tausende verhungern lassen.

Diesen eigen- und gewinnstüchtigen Volksbetrügerei ist eben jedes Mittel recht. Wähler, wenn ihr euch durch diese Falschmünzerei einfallen läßt, dann verdient ihr, daß ihr von diesen erbärmlichen Heuschlern weiter belogen und betrogen werdet. Wollt ihr das nicht, dann geht den Schandmännern der wirtschaftspolitischen Gemeinschaftstische die einzig richtige Antwort:

Wählt USP.

Lügen sind die einzigen Waffen des Bürgerkumms.

Der Innungsanschuß der vereinigten Innungen zu Leipzig hat ein Flugblatt zur Wahl herausgegeben, in dem es heißt, daß schon dem städtischen Säckel unendlich viel Schaden durch die Kommunalisierung entstanden sei. Es wird erklärt, daß die ganze Regiewirtschaft zum Himmel schreie. Daß die Innungsmitglieder zu solch lausiblen Lügen greifen, zeigt, wie schlecht sie ihre Sache vertreten können. Sie haben nichts, womit sie gegen die Regiewirtschaft kämpfen können und daher wird strupplos der frechste Schwindel verbreitet.

Die Arbeitgemeinschaft für die Stadtverordnetenwahlen veröffentlicht ein großes Interat in den L. N., in dem sie aus Anlaß der Kontrolle der Gewerkschaften über die Wahlberechtigung über sozialistische Kuechelung und sozialistischen

Wählt möglichst in den Vormittagsstunden!

Terror fasselt. Den Behörden wird der Rat gegeben, zu entscheiden, wo hier die strafbare Wahlsbeeinflussung ansetze. Es wird so dargestellt, als ob die Kontrolle bezwecke, dem Wähler vorzuschreiben, wie er zu wählen habe. Auch das ist eine unerbörliche Verlogenheit und Beeinflussung der Deffinitheit. Die selben Kreise, die die Wahlpflicht am liebsten gefeiert einführen möchten, entrüsten sich darüber, wenn die Gewerkschaften dafür eintreten, daß ihre Mitglieder sich an der Wahl beteiligen. Mit solch erbärmlichen Mitteln kämpfen die Gegner. Gebt ihnen morgen die gebührende Antwort.

Wählt nur die Liste der USPD.

Achtung, die Deutschsozialisten sind Antisemiten!

Auch die Deutschsozialisten beteiligen sich an den Stadtverordnetenwahlen. Der Name Deutschsozialistische Partei ist irreführend. Hinter ihm stehen keine Sozialisten, sondern Antisemiten, Judenfreier. Sie haben zu der „sozialistischen“ Frage nur gepörselt, weil die alte antisemitische Firma nicht zieht. Mit dem „sozialistischen“ Namen will man nur Arbeiterstimmen kapern. Laßt sie sich niemand irreführen! Gebt den Antisemiten keine Stimme!

Wählt nur die Liste der USPD!

Die Reichspolitik und die Gemeinden!

Ueber dieses Thema sprach am Freitagabend in einer von der USPD, Groß-Weipzig nach der großen Textilhalle auf dem Königsplatz einberufenen Versammlung der Vorstände der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Genosse H. Crispian, Berlin. Die Versammlung war außerordentlich gut besucht, es hatten sich 8-8000 Männer und Frauen eingefunden.

In großen Zügen entwarf Genosse Crispian ein Bild von der politischen Situation und zeigte den Zusammenhang, der zwischen der Reichs- und Gemeindepolitik besteht. In den Gemeinden können zwar auch eine sozialistische Mehrheit keine rein sozialistische Politik treiben, weil die Gemeinden abhängig sind von den Staaten und dem Reich, es könne aber doch wertvolle Arbeit für das Proletariat geleistet werden. Je mehr Gemeindeparslamente erobert würden, desto sicherer und schneller könne auch im Reich die Macht ergriffen werden. Die Arbeit in den Gemeinden sei wertvoll, weil durch sie der Kampf um den Sozialismus erleichtert würde und weil die Vertreter des Proletariats sich diejenige Kenntnisse und Fähigkeiten aneignen könnten, die notwendig sind, um nach der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse den Sozialismus aufzubauen. Jetzt versuchen die Vertreter der bestehenden Klasse die Arbeiter und Angehörigen mit allerlei Versprechungen für sich einzufangen. Da sei es notwendig, die bürgerlichen Parteien nach den Taten zu beurteilen, die sie stets und überall begehen. In dieser Beziehung sei das Schuldenkonto aller bürgerlichen Parteien riesengroß. Wie während des Krieges, so sehen auch jetzt wieder die Kapitalisten und ihre politischen Sachwalter ihre eigenen nackten Profitinteressen über die der Allgemeinheit. Das zeige sich an dem Verlangen der Großkapitalisten nach den deutschen Eisenbahnen. Gesänge es den Kapitalisten, diese Abtät zu verwirklichen, dann seien nicht mehr die paar Minister die wirklichen Inhaber der Regierungsgewalt, sondern Stinnes und seine Katalen. Leider müsse gesagt werden, daß die SPD, mit ihrer Koalitionspolitik imbricht, vielleicht auch ungewollt, das Verlangen der machthungrigen Kapitalisten unterstützt. Die Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien, die weiter nichts als eine Fortsetzung der Burgfriedenspolitik sei, schädige das Proletariat ebenso sehr, wie die peislose Parolenpolitik der KPD. Die ganze Arbeiterklasse muß fest und einig zusammenstehen und unter dem Banner des revolutionären Sozialismus, wie ihn die USPD vertritt, mit allen Mitteln des Klassenkampfes für die Menschenrechte und für den Sozialismus kämpfen.

Der Redner, der schon während seinen Ausführungen oft durch Beifall und lebhafteste Zustimmungslindegungen unterbrochen wurde, erntete stürmischen, sich oft wiederholenden Beifall. In der Diskussion, die dem Referat folgte, verhielt der „Kommunist“ Paul Böttcher gegen die USPD. Stimmung zu machen. Er verwarf seine geistige Impotenz hinter einigen, aus dem Zusammenhang gerissenen Zeitungszitaten. Dann ließ er seine schon oft gespielte Waize gegen die sozialistische sächsische Regierung und andre Gemeinheiten los. Es zeugt von dem gerunden Sinn der Weipziger Arbeiter, daß sie mit steigender Erregung dem Böttcher zu verstehen gaben, daß sie kein Aufreten verurteilten, weil es von dem eines bezahlten Kapitalistens kaum zu unterscheiden war. Und es fehlte nicht viel, hätte der „große“ Böttcher mit kräftigen Proletariatsfeindlichen Bekanntheit gemacht. Das Auftreten Böttchers war so erbärmlich, daß selbst seine eigenen Parteifreunde ihm zuriefen, er solle abtreten, weil er nur die KPD, schädige die Arbeiterklasse und die Freunde des Bürgerturns auseinanderreißt. Das Verhalten des „Politikers“ Böttcher wird hoffentlich dazu beitragen, auch den letzten, ehrlichen Arbeiter davon zu überzeugen, daß die KPD, nur die Geschäfte der Kapitalisten besorgt.

Unter stürmischer Zustimmung wies Genosse Crispian in seinem Schlußwort die Lippen Böttchers zurück. Er zeigte, wie die KPD, überall die Arbeiter auseinanderzutreiben versucht und endete mit der Aufforderung, fest und einig zusammenzustehen gegen den Klassenfeind des Proletariats, den internationalen Kapitalismus.

Zum Schluß forderte der Leiter der Versammlung, Genosse Freijner, auf, am Sonntag zur Wahl zu gehen und dafür zu sorgen, daß die USPD, neuorganisiert ins Rathaus einzieht. Damit erreichte die imposante Versammlung ihr Ende.

Die Bekanntmachung des Wahlergebnisses erfolgt am Wahltag durch Lichtbild im Schaufenster der Parteibuchhandlung in der Tauchaer Straße.

Alle Kranken wollen ihre Adressen in unsern örtlichen Wahlkomitees abgeben, damit sie von Samaritern zum Wahllokal begleitet werden können.

Welcher Partei hilft der Bauverein zur Beschaffung preiswerter Wohnungen? Die Verwaltung des genannten Bauvereins fordert von ihren Hausverwaltern, daß sie von den Hausleuten zur Reichseinkommensteuer eine Abschrift an die Geschäftsstelle des Bauvereins geben. Es hat den Anschein, daß die Hausverwalter für die bürgerlichen Parteien Wählerlisten herstellen sollen. Oder nicht?

Höhere Schule für Frauenberufe. Die Anmeldungen von Schülerinnen, welche Ostern 1922 die Schule verlassen und ihre Ausbildung hier beginnen wollen, finden vom 1. bis 30. November werktags (außer Sonntags) 9-5 Uhr nachmittags, statt.

P. Festnahme zweier Räuber. Am 8. November gegen 11 Uhr vormittags erschienen bei einem 70jährigen Privatmanne in der Genzickstraße in L.-Lindenu zwei Männer und fragten, ob er ein Paar Schuhe zu verkaufen habe. Dies war der Fall, weshalb er sie in seine Wohnung einzutreten ließ. Während nun der eine der beiden in der Wohnstube einen Schuh anprobierete, zog der andere plötzlich einen geladenen Revolver aus der Tasche, schloß ihn dem alten Mann auf die Brust und kommandierte: „Hände hoch“. Sofort sprang sein Genosse auf, rief den Bedrohten zu

Boden und würgte ihm mit großer Gewalt ein schmutziges Taschentuch in den Mund. Ein im selben Zimmer befindliches stilles Regal, das den Vorgang mit angeheben und zu schreien anfing, wurde zu Boden geschleudert und ihm ebenfalls der Mund mit einem Taschentuch gehalten. Als die beiden Räuber aber sahen, daß sie ihr Ziel nicht erreichen würden — sie hatten vor, Geld zu rauben — ergriffen sie die Flucht, schlossen aber hinter sich die Vorhänge ab. Der Ueberfallene besah noch soviel Kraft, vom Fenster aus Passanten auf die Verbrecher aufmerksam zu machen, die deren Verfolgung sofort aufnahmen, aber nur einen erwischten, den sie der Polizeiwache zuführten. Der Entkommene wurde durch die Kriminalpolizei ermittelt und am anderen Tage festgenommen. Mutmaßlich hat man in den beiden Raubgefallen Mitglieder einer Verbrecherbande hinter Schloss und Riegel gebracht, die bis jetzt nur durch Einbrüche und andere Straftaten ihr Leben gestiftet haben. Man fand bei ihnen u. a. auch eine schwarze Gesichtsmaske. Die Festgenommenen wurden der Staatsanwaltschaft zugeführt.

Großschäfer. Verstorben ist die Genossin Frau Marie Müller. Ihre Beerdigung findet am Montag, 13 Uhr, auf dem Großschäferischen Friedhof statt. Hier treffen sich die Genossinnen und Genossen, um an dem Begräbnis teilzunehmen.

Lebensmittelliste für Montag, den 14. November.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Ausl. Weizenmehl: Bestellung der Verbraucher beim Kleinhändler gegen Vorlegung der Haushaltkarte. Ausgabe. Margarine für Schwerkrankenbeschädigte auf die vom Ortsamt für Kriegerkürsorge ausgestellten roten, grünen, gelben und grauen Karten. Grün, gelb und grau müssen das Ratssiegel tragen. Buchstaben A-E in der Markthalle, Galerie, Stand 150. Jeder Schwerbeschädigte erhält 1 Pfd. (Würfel) zum Preise von 19 Mt.

Achtung, Erwerbslose und Kurzarbeiter!

Inhaber von Gutcheinen müssen die Nachpreiskeine (Tort) auf folgenden Ausgabestellen sofort in Empfang nehmen: Montag, den 14. November, von 11 bis 1/2 Uhr, alle für Freibahnstraße 3, Hof. — Dienstag, den 15. November, von 10 bis 1/2 Uhr, Stötterich, Dautelstraße (Städtischer Lagerhof). — Freitag, den 18. November, von 10 bis 1/2 Uhr, Plagwitz, Elisabethhalle (Rag u. Co.). Die Nachpreiskeine müssen aber bestimmt an den betreffenden Tagen abgeholt werden. Die Ausgabe auf den übrigen Ausgabestellen wird noch bekanntgegeben. Der Arbeitslosenrat.

Kartoffeln an Arbeitslose!

Es werden an Arbeitslose bei der Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung Kartoffelcheine à 1/2 Zentner pro Kopf und unterstützungsberechtigten Angehörigen à 20 Mt. ausgegeben. Die Ausgabe erfolgt von 9-12 und von 1-3 Uhr im städtischen Schlachthof. Diejenigen, die nicht in der Lage sind, diese auf einmal zu bezahlen, können sie auf zwei- oder dreimal entnehmen. Der Arbeitslosenrat.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung vor der Wahl.

Die Sitzung vom 11. November stand deutlich unter dem Eindruck der bevorstehenden Wahl. Die Deutschnationalen wurden als Lügner entlarvt, die in struppeloser Weise gelogen hatten, um für ihre Partei Stimmen zu fangen. Die vereinigten Regiergegner erlitten wieder eine empfindliche Niederlage, die sie sich im besonderen bei einer Aussprache über das Beschaffungsamt holt.

Die empfindlichste Niederlage erlitt der Oberbürgermeister, dessen Gehalt von den Stadtverordneten abgelehnt wurde. Den Anlaß zu dieser Niederlage bot die Beratung des Kontos „Ratsstube“. Bei diesem Konto ist es nach alter Gepflogenheit üblich, die Tätigkeit des Rates zu prüfen und zu beleuchten. Von der USPD, war Genosse Liebmann mit dieser Aufgabe beauftragt worden. Er hob zuerst hervor, daß die USPD, in grundsätzlicher Gegnerhaltung zum Ratskollegium steht, weil wir wollen, daß die bevorrechtete Stellung des Rates beseitigt wird. Die gewählten Gemeindevorteiler sollen die oberste Instanz in der Gemeinde sein.

Der unabhängige Redner zeigte im einzelnen, wie der Rat seine bevorrechtete Stellung dazu mißbraucht hat, die Beschlüsse der Stadtverordneten zu sabotieren. Der Rat hat Wert darauf gelegt, nicht mit der Mehrheit, sondern mit der reaktionären Minderheit des Stadtverordnetenkollegiums in Uebereinstimmung zu stehen. Die Sabotage des Rates hat sich im besonderen gegen die Eigenbewirtschaftung gerichtet. Unter diesem Widerstande ist das Klügelwesen begünstigt worden, das den privaten Unternehmern die Möglichkeit gab, sich an der Stadtkasse zu bereichern. Es ist doch logar vorgekommen, daß Unternehmern mit falschen Rechnungen höhere Beträge von der Stadtkasse verlangten. Besonders bemerkenswert ist dabei, daß der Rat beabsichtigt, den Einfluß der Betriebsräte der Beamten und Arbeiter zu vermindern. Dadurch wird eine Kontrolle der Beamten und Arbeiter über das unzulässige Gebaren der Privatkapitalisten erschwert oder verhindert. Weiter zeigte der Redner an dem Beispiel des Volksbildungsamtes, wie sehr sich der Rat in kultureller Beziehung im Widerspruch mit der Stadtverordnetenmehrheit befindet, während er für die bürgerliche Kultur (Konseratorium und Theater) immer eine offene Hand hat. Der unabhängige Redner kritisierte auch die Politik der kleinen Adelskassen des Rates, die ihren Ausdruck darin fand, daß z. B. das Rathaus auf Halbmaß besetzt wurde, als Auguste Hohenzollern in Deutschland beigelegt wurde, während zur Revolutionsfeier die städtischen Gebäude nicht besetzt waren. Wie sehr sich der Rat in Widerspruch zu den Stadtverordneten stellt, das zeigte sich im besonderen bei dem Streit um den Wahltermin, bei dem der Rat die Beschlüsse der Stadtverordneten einfach überging. Schließlich stellte der unabhängige Redner an den Oberbürgermeister die Anfrage, ob es richtig sei, daß Mitglieder des Grubenvorstandes der städtischen Gruben 200 Zentner Steinkohle bekommen. Ob diese Vorstandsmittglieder die Kohlen bezahlen. Für den Fall, daß die Fragen besetzt würden, ob der Herr Oberbürgermeister bereit sei, als Grubenvorstandsmittglied dahin zu wirken, daß diese Kohlen den Armen der Stadt zur Verfügung gestellt werden.

Zum Schluß erklärte der unabhängige Redner, aus all den Gründen, die gegen die Ratspolitik angeführt worden sind, wird die unabhängige Fraktion das Gehalt des Oberbürgermeisters ablehnen.

Der Oberbürgermeister versuchte in einer längeren Rede die Angriffe der unabhängigen Fraktion abzuschwächen, indem er lang und breit den Nachweis zu führen versuchte, daß der Rat die Beschlüsse der Stadtverordneten nicht sabotiert habe. Auf die Anfrage wegen der Kohlen erklärte er, die Mitglieder des Grubenvorstandes erhalten wie die Grubenarbeiter Deputatskölle, die sie bezahlen müssen wie die Arbeiter. Mit einer Erwiderung des Genossen Liebmann, der die Argumente des Oberbürgermeisters zerstückelte, fand dieser Teil der Auseinandersetzung sein Ende. Der unabhängige Redner hatte auf die Antwort des Oberbürgermeisters die bestimmte Frage gestellt:

Wieviel Kohlen bekommen die Grubenvorstandsmittglieder? Wieviel müssen sie für den Zentner Kohle bezahlen? Ist der Herr Oberbürgermeister bereit, die Kohlen für die Armen der Stadt, die jetzt bei der starken Kälte keine Feuerung haben, zur Ver-

fügung zu stellen? Auf diese erneute Anfrage blieb der Herr Bürgermeister jede Antwort schuldig. Schweregen ist auch eine Antwort!

Zu dem Konto lag auch ein Antrag von Kressin vor, in dem der Rat ersucht wurde, in Zukunft bei republikanischen Feiertagen die städtischen Gebäude zu beslagern. Der Rechtssozialist Kressin begründete den Antrag, wobei er hervorhob, das Nichtbeslagern am 9. November habe auf den größten Teil der Weipziger Bevölkerung wie eine monarchistische Kundgebung gewirkt. Die weitere Debatte zum Konto Ratsstube drehte sich um die Frage, ob beim Rat in der Beförderung Günstlingswirtschaft getrieben werde oder nicht. Daran knüpfte sich die Debatte über das Beschaffungsamt, über die wir weiter unten berichten.

Bei der Abstimmung wurde das Gehalt des Oberbürgermeisters mit 33 sozialistischen gegen 23 bürgerliche Stimmen abgelehnt. Man darf gespannt sein, ob der Oberbürgermeister aus dieser Ablehnung die Konsequenzen ziehen wird oder ob er die Stadt verklagt, oder ob er sich an die obere Behörde wendet, die ihm durch eine Entscheidung der Kreisshauptmannschaft ja auch noch zu seinem Gehalt verhelfen könnte.

Der Antrag Kressin wurde mit allen sozialistischen gegen die bürgerlichen Stimmen angenommen. Von den 17 Demokraten stimmten nur die Stadtverordneten Grethlein und Ritter für diesen Antrag. Es hatten also nur zwei Demokraten den Mut, sich zur Republik zu bekennen. Die anderen machten die monarchische Demonstration mit, die in der Ablehnung des Antrages Kressin lag.

Beim Konto Ratsstube wurde auch im zweiten Teil Kenntnis genommen von einer Ratsvorlage über die Einziehung von Beamtenstellen. Eine Eingabe des Zentralverbandes der Angestellten, die zu diesem Beratungsgegenstand vorlag, wurde auf Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratie dem Rat zur Erwägung überwiefen.

Die Ausführungen des Gen. Liebmann über den Widerstand des Rates gegen die Regierarbeit führten zu einer längeren Debatte über

das Beschaffungsamt.

Gen. Freitag konnte mitteilen, daß der Buchbinder Henke in Neustadt in unerschämter Weise die Stadt zu prellen versuchte, indem er eine Rechnung über 560 Mt. für Buchbinderarbeiten einreichte, die er bei der Nachprüfung durch das Beschaffungsamt auf 280 Mt. herabsetzen mußte. Der Mann wurde von weiteren Lieferungen ausgeschlossen. Der Fall zeigt deutlich wie die von den Mittelständlern und Deutschnationalen gewünschte Vergebung städtischer Arbeiten an Privatunternehmer zu Verzögerungen führen muß.

Daß das Unternehmers- und besonders das Händlertum auch mit seinen „reellen“ Verdiensten zufrieden sein kann, bewies Gen. Freitag durch folgende Zahlen: In den letzten halben Jahre erzielte das Beschaffungsamt an nur vier Aufträgen (Zeichenblöde) für den Schulbedarf eine Ersparnis von 34 360 Mt., da es die Sachen, die die Schreibwarenhändler für 57 380 Mt. liefern wollten, im Eigenbetriebe für 23 020 Mt. herstellen konnte. Auch einen anderen Artikel konnte es um 6530 Mt. billiger herstellen als die Unternehmer. Ein Schreibheft, das im Privathandel 1.50 bis 2 Mt. kostet, stellt das Beschaffungsamt in eigener Regie für 83 Pfg. her und gibt es für 1 Mt. ab. Auch bei Lieferung anderer Schulbücher ist es ihm gelungen, in einem halben Jahre der Stadt 23 570 Mt. zu sparen.

Eröfzte Zwischenrufe des Innungsmeisters Bolkerhof veranlaßten unseren Redner, die Verkaufspreise für Bekleidungsgegenstände, die das Amt für die Armenfürsorge, Kriegerkürsorge und für Erwerbslose liefert, den Preisen im freien Handel gegenüberzustellen. Winterjoppen für Männer kosten im Beschaffungsamt 110 Mt., im freien Handel 180 bis 200 Mt., Winterkuster 190 resp. 275 bis 300 Mt., Anzüge 275 resp. 450 bis 500 Mt. usw.

Die bürgerlichen Innungsmeister waren über das Hagelwetter von Tatsachen, das Freitag über sie losließ, zunächst ganz verärgert. Herr Bolkerhof sah erst sprachlos mit rotem Kopf da, dann kramte er schnell allerlei Einwendungen hervor, von der Raumtemperatur, von Licht- und Luft- und Gewerbesteuer, von Beamtengehältern und ähnlichen Dingen, die angeblich nicht mit dem Beschaffungsamt berechnet worden wären. Aber Gen. Freitag lies nicht locker. Die Einwendungen der Herren Bolkerhof und Henke, diese Preise seien nur möglich, weil das Beschaffungsamt mit den billigen Stoffen des Reiches arbeiten könne, verurteilten auf die Frage, wie teuer diese Reichsware der Bevölkerung wohl zu stehen kommen würde, wenn sie im freien Handel vertrieben worden wäre. Außerdem konnte Freitag an weiteren Gegenständen, wie Federn, Lineale, Tinte, Reiszwecken, Scheren usw. nachweisen, daß das Beschaffungsamt 20 bis 30 Prozent billiger zu liefern imstande ist als der Kleinhandel und dadurch der Stadt Hunderttausende ersparen kann.

Die Ueberlegenheit des Regiebetriebes über den Unternehmersbetrieb, die Bolkerhof mit der Behauptung abzuleugnen suchte, lie sei nur möglich, weil die Gehälter für die Beamten nicht mit eingerechnet wären, konnte unser Genosse durch den Nachweis einer genauen und gewissenhaften kaufmännischen Buchführung und Kalkulation dokumentieren. Seine Aufforderung an Bolkerhof, mit ihm gemeinsam einmal den Betrieb des Beschaffungsamtes zu kontrollieren, war den Mittelständlern sichtlich unangenehm, denn bisher hatten sie nur kritisiert, ohne sich jemals zu informieren.

Auch von Kressin und Pölschender wurde der Wert des Beschaffungsamtes für die Stadt hervorgehoben.

So brachte diese Debatte den Vereidigten des Privatunternehmertums, das die Stadt in stupefakter Weise auszubeuten sucht, eine zwar recht unerwartete, aber um so empfindlichere Niederlage, denn sie gab den Wählern einen kleinen Einblick in die bürgerliche Mißwirtschaft, über die sie morgen zu Gericht sitzen sollen.

Eine Anzahl Beiträge für bürgerliche Vereine gestrichen.

Zahlreiche private Organisationen, sogenannte Wohltätigkeitsvereine oder „gemeinnützige“ Vereine, erhalten seit Jahren aus städtischen Mitteln Unterstützung, die sie für ihre Zwecke verwenden. Ihre Art, Wohltätigkeit zu üben, ist bekannt. Sie geben Almosen, machen sich nützlich, um zu beweisen, wie gut die bürgerliche Gesellschaft es mit den Armen und Notleidenden meint, wach ein warmes Herz die Herren und Damen für die Opfer der kapitalistischen Weltordnung haben. Daß eine sozialistische Mehrheit diesen Vereinen keine Mittel bewilligen kann, ist selbstverständlich. Sie muß vielmehr verlangen, daß die Stadt ihre Fürsorgefähigkeit erweitert. Wenn daneben noch die bürgerlichen Damen auf ihre Kosten wohltätig sein wollen, so bleibt ihnen das unbenommen. Dann muß auch gegen die Bewilligung von Geldern für andere Vereine Stellung genommen werden, weil der Rat einseitig nur die bürgerlichen Bestrebungen unterstützt. Dem Verein für Volkswohl, der bürgerlichen Rechtsauskunftsstelle, wurden bisher Mittel bewilligt, die Institute der organisierten Arbeiterschaft wurden nicht berücksichtigt.

Konto 7, „Beiträge zu gemeinnützigen Zwecken“, das zur Beratung kam, gab unseren Genossen Gelegenheit, zu der Angelegenheit grundsätzliche Stellung zu nehmen. Der Finanzausschuß beantragte zu diesem Konto Erhöhung der für den Verein für Volkswohl eingestellten Jahresbeihilfe von 3000 Mt. auf 10 000 Mt. Erhöhung des für den Verein zur Förderung der Deutschen Zentralbibliothek für Blinde eingestellten Betrages auf das Jahr 1921/22 von 3000 Mt. auf 30 000 Mt.

Stadt. Genosse K r i e g e r wandte sich gegen die Bewilligung einer Anzahl Beiträge für private Organisationen. Die Mittel für die Wohltätigkeitsvereine sollte man lieber dem Hilfsorganamt überweisen, damit das im Interesse der Allgemeinheit seine Tätig-

Wahlzeit ist von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends

teff erweckern könnte. Im vorigen Jahre seien Beiträge für gewisse Vereine gestrichen, die seien jetzt an anderer Stelle neu eingeschickelt. Die Beiträge für die Fußballvereine könnten auch nicht bewilligt werden.

Der Deutschnationale Pfarrer Jeremias hoffte auf andere Zeiten. Er rechnet mit einem Wahlsieg des Bürgerturns, denn er kündigte an, bereits am Anfang des nächsten Jahres die Einsetzung der gestrichenen Beiträge zu beantragen. Stadtv. Krimse trat für die Sportvereine ein. Herr Enke sprach für den Verein Volkswohl und für die bürgerliche Rechtsauskunftsstelle. Genosse Freitag wies darauf hin, daß das Arbeiterbildungsinstitut nicht unterstützt würde. Dem Verein Volkswohl wären feinerzeit die Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins, der unter dem Sozialistengesetz aufgelöst worden wäre, überwiesen worden. Der Verein habe aber nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Wähler nicht zurückgegeben! Die Vereine würden vom Rat ungleichmäßig behandelt. Herr Weicker trat für das Ferienheim Borsdorf ein. Stadtv. Hagen, Rechtssozialist, führte ein Beispiel an, wie der Rat zu den Bestrebungen der Arbeiter-Jugendvereine steht. Die rechtssozialistische Jugendvereinigung hätte im Kaufhaus für die Benutzung eines leeren Raumes an einem Abend 85 Mark Miete zahlen sollen. Ein Unternehmer habe für den ganzen Tag nur 60 Mark Miete zu entrichten brauchen. Der Rat sei nicht gewillt, alle Vereine gleich zu behandeln. Pfarrer Jeremias ergriff nochmals das Wort, um eine Wählerrede zu halten. Er sprach davon, daß vielen die Augen aufgehen werden. (Natürlich! Die verbücherte Postfiliale der Deutschnationalen hat bereits vielen die Augen geöffnet!) Bürgermeister Dr. Roth fand warme Töne für ein paar bürgerliche Vereine. Sie hätten „legenreich gewirkt“. Es gelte, die private Fürsorge anzuspornen! (Und die städtische nicht, Herr Bürgermeister?) Der Verein Volkswohl hätte „viel getan“. Bizevorsteher Pollender betonte, daß früher der Verein Volkswohl in seinen Satzungen die Bestimmung gehabt habe: Sozialdemokraten werden nicht in den Verein aufgenommen. Wenn dieser Satz auch jetzt fehle, so sei der Geist im Verein doch der alte geblieben. Bei der Abstimmung über die einzelnen Ansätze wurden mit den Stimmen beider sozialistischen Fraktionen folgenden Vereinen die Beiträge gestrichen: Verein für Hauspflege; Pflegamt des Ev.-luth. Fürsorgevereins; Ambulante Krankenpflege der Frauen Schwestern in Borsdorf; Verein Volkswohl zu Unterrichtszwecken; Verein für Innere Mission, Frauenheim in Borsdorf; Tierschutzverein; Neuer Leipziger Tierschutzverein; Leipziger Volksbureau zur Unterhaltung der Rechtsauskunftsstelle; Römisch-Katholische Gemeinde.

Auch der Antrag, den Beitrag für den Verein für Volkswohl auf 10 000 Mk. zu erhöhen, wurde abgelehnt.

Zur Beratung kam dann eine Eingabe wegen Erhöhung und Verteilung der Unterstufungsbeiträge für die Sportvereine, wegen Schaffung von Spielplätzen, Schaffung eines Stadions, Bildung eines Amtes für Leibesübungen, in dem die Sportvereine paritätisch vertreten sind. Die Ausschüsse beantragten: die Eingabe auf sich beruhen zu lassen. Stadtv. Krimse nahm sich der Eingabe an. Er empfahl, sie dem Rat teils zur Berücksichtigung, teils zur Erwägung zu überweisen. Stadtv. Genosse Scheib wies aber darauf hin, daß man angesichts der Finanzlage der Stadt auch noch an andere Zwecke denken müsse. Es sei bereits durch die Erweiterung der Spielplätze ein Rückgang der landwirtschaftlichen Fläche eingetreten. Das könne nicht so weiter gehen. Die Ernährung müsse sichergestellt werden. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Ausschüsse angenommen.

Die Neuregelung der Beamtenbezüge.

In einer Vorlage ersucht der Rat um Zustimmung, daß er, wenn die Bezüge der städtischen Beamten, Angestellten und Hilfsangestellten auf Grund der besonderen gesetzlichen Vorschriften geändert werden müssen, die veränderten Bezüge ausgehahlt, ohne vorher die Zustimmung der Stadtverordneten einzuholen und daß alle Lohnveränderungen, die vom Arbeitgeberverband städtischer Gemeinden beschlossen werden, sofort an die Arbeiterschaft ausgehahlt werden, ebenfalls ohne daß es vorheriger Zustimmung der Stadtverordneten bedarf.

Die Vorlage wird damit begründet, daß sie lediglich eine Geschäftsvereinfachung bedeute, da durch Staatsgesetz bestimmt sei, daß die Gemeindebeamten nicht schlechter gestellt sein dürfen als Reichsbeamte. Infolgedessen müssen die Gehälter der städtischen Beamten automatisch mit steigen, wenn die Bezüge der Reichsbeamten erhöht werden.

In den Ausschüssen hatte die USP. sich energisch gegen die Verteilung der Rechte des Stadtparlamentes gewandt und darauf hingewiesen, daß der Rat es jederzeit in der Hand habe, durch Vorschüsse die Beamten vor Nachteilen zu schützen, ohne die Rechte der Stadtverordneten zu beeinträchtigen. Die Ausschüsse hatten aus diesem Grunde die Vorlage abgelehnt.

Ein gemeinsames Wahlmandat der Stadtverordneten v. Wolfersdorff.

Hagen von den Rechtssozialisten konnte feststellen, daß der deutschnationale Stadtverordnete v. Wolfersdorff am selben Abend nach der Ausschussung in eine Vorstandssitzung des Beamtenvereins gegangen ist und dort die Beamten mit der Lüge aufgeputzt hat: „Eben haben die sozialistischen Parteien den Beamten die Gehälter abgelehnt; nun wagt ihr, was ihr vor der Wahl zu machen habt!“ Diese unverschämte Lüge ist auch in einer Versammlung der Beamten im Kaufhaus verbreitet worden. Wolfersdorff wußte ganz genau, daß die Sozialisten zum Schutze der unteren Beamten nicht etwa die Gehälter, sondern die Ratsvorlage ablehnten, die eine automatische Erhöhung aller Gehälter vorahnt unter Ausschaltung der Möglichkeit, die Gehälter der minderbesoldeten Beamten auszugleichen. Wolfersdorff wußte das genau, denn er machte sich in der betreffenden Ausschussung ausführliche schriftliche Notizen. Trotzdem suchte er wider besseres Wissen, also durch bewußte Lügen, die Beamten gegen die sozialistischen Parteien zu beeinflussen.

Gen. Liebmann kennzeichnete diese erbärmliche echt deutschnationale Handlungsweise treffend, wofür ihm der Vorsitz nach parlamentarischem Gebrauch zwei Ordnungsrufe erteilte. Liebmann legte die Gründe dar, die die Unabhängigen veranlassen, gegen die Ratsvorlage zu stimmen.

Die USPD. lehnt die vom Reich vorgesehene Regelung der Beamtenbesoldung ab, weil bei dieser Regelung die unteren Beamtengruppen unzureichend entschädigt werden, während für die oberen Beamtengruppen ungerechtfertigte Gehaltszulagen vorgesehen sind.

Die Gemeindebeamten wollen nicht länger auf die Auszahlung der Zulagen warten als die Reichs- und Staatsbeamten. Dafür sind die Unabhängigen auch. Die USP. will, daß die Gemeindebeamten nicht auf die Auszahlung der Teuerungszuschläge warten sollen. Der Rat kann in einem Tage eine Vorlage an die Stadtverordneten bringen, in der er die Zustimmung zur Auszahlung von Vorschüssen an die Beamten auf die zu erwartende Gehaltserhöhung einholt. Die USP. stimmt der sofortigen Auszahlung von Vorschüssen zu, sie lehnt aber die vom Räte geforderte „grundsätzliche Zustimmung“ zu den Gehaltsätzen der neuen Besoldungsreform ab.

Diese Ablehnung erfolgte im Interesse der unteren Beamtengruppen.

Wenn die Stadtverordneten im voraus der Neuordnung der Gehaltsbezüge zustimmen, dann haben sie nachher bei der Einordnung der Beamtengruppen nichts mehr zu sagen. Das praktische Ergebnis einer solchen Zustimmung wäre folgendes:

In der Gruppe II beträgt das Gehalt 12 150 Mark, steigend bis 18 000 Mark nach 16 Dienstjahren. Ein Beamter der Gruppe XIII bezieht 45 000 Mark Gehalt.

Nach der neuen Reichsregelung soll ein Beamter der Gruppe II etwa 21 300 Mark bekommen, er bekommt also 3000 bis 4000 Mark Zulage.

Das Gehalt eines Beamten der Gruppe XIII soll von 45 000 Mark auf 110 000 Mark erhöht werden, er bekommt also 65 000 Mark Zulage.

Gegen diese schreienden Ungerechtigkeiten wendet sich die USP., die Unabhängigen wollen dieser unsozialen Regelung nicht vorher zustimmen, weil sie bei den Beratungen lagen wollen:

Entweder die unteren Beamtengruppen werden in ihren Bezügen heraufgeholt, oder wir bewilligen keine Teuerungszulagen für die obersten Beamten.

Die vom Rat verlangte Regelung bedeutete, daß ein Beamter der Gruppe II etwa 750 oder 1000 Mark Zuschlag für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1921 bekommen soll.

Ein Beamter der Gruppe XIII soll für die gleiche Zeit 16 000 Mark Zuschlag erhalten. Für den Oberbürgermeister dürfte der Zuschlag in derselben Zeit 25 000 Mark betragen. Gegen diese empörenden Ungerechtigkeiten wendet sich die USP. Es sind schlechte Vertreter der Beamteninteressen, die einer solchen Regelung ihre Zustimmung geben.

Der Demokrat Ritter trat für die Ratsvorlage ein, es bleibe den Stadtverordneten auch nach der Annahme der Vorlage vorbehalten, Beschlüsse über die Eingruppierung der Beamten zu fassen.

Auch der Rechtssozialist Hagen sprach für die Ratsvorlage. Der Deutschnationale v. Wolfersdorff suchte sich den Feststellungen Heyers gegenüber mit der dummdreisten Bemerkung herauszuweisen, er habe durch die Bekanntgabe des geheimen Ausschussbeschlusses nur den Herren, die die Vorlage ablehnten, Gelegenheit geben wollen, ihren Standpunkt zu ändern. Er habe auch keine Kritik geübt. Das hatte nur zur Folge, daß Hagen ihn nochmals gebührend kennzeichnete.

Der Demokrat Herz beantragte, dem Rat die Vollmacht dafür zu erteilen, daß an die Beamten Vorschüsse in Höhe der vom Reich vorgesehenen Bezüge gezahlt werden. Die Unabhängigen beantragten als Ergänzung dazu, diese Vorschüsse sollten bis zur Gruppe IX nach den vom Reich vorgesehenen Sätzen gewährt werden, dagegen sollten die Vorschüsse für die höherbesoldeten Beamtengruppen entsprechend niedriger sein als die Sätze, die vom Reich vorgesehen sind.

Die Beamten in den oberen Gehaltsgruppen sollen also nach dem unabhängigen Antrag vorläufig etwa die gleiche Zulage als Vorschuß bekommen wie die Beamten der Gruppe IX. Das Höchstgehalt der Gruppe IX beträgt jetzt 30 687 Mk. einschließlich Orts- und Teuerungszuschlägen. Nach der neuen Regelung sollen die Beamten in Gruppe IX im Endgehalt einschließlich Orts- und Teuerungszuschlag 43 840 Mk. erhalten. Die Aufbesserung für die Gruppe IX beträgt also rund 13 000 Mk. Wenn die Beamten der Gruppe IX damit auskommen müssen, so werden wohl die oberen Beamtengruppen bei ihren höheren Bezügen damit solange auskommen können, bis die Gehaltsreform ordnungsgemäß erledigt ist.

Am Schluß wurde mit 26 gegen 25 Stimmen die Ratsvorlage abgelehnt, der Antrag Liebmann gegen die Stimmen der Rechten, und der so abgeänderte Antrag Herz einstimmig angenommen.

Nach Erledigung einer Anzahl wenig wichtiger Tagesordnungspunkte wurde die öffentliche Sitzung geschlossen. Sie brachte kurz vor den Wahlen eine Entlarfung der verlogenen deutschnationalen Wahlmache, eine Niederlage der Regierpartei und eine Kennzeichnung der wahren Beamtenfeinde, die die in den bürgerlichen Parteien organisierten Gegner der Arbeiter, Angestellten und Beamten sicher nicht erwarten haben.

Aus der Umgebung.

Geht zur Wahl!

Morgen Sonntag finden in vielen Gemeinden der nächsten und weiteren Umgebung Leipzigs Wahlen zu den Gemeindevertretungen statt. Die Bestehenden machen mit bürgerlichen und „unpolitischen“ Einheitslisten die größten Anstrengungen, den sozialistischen Einfluß der Arbeiterschaft in den Gemeindeparlamenten zu brechen. Es soll wieder Gemeindepolitik nach den Wünschen und Interessen der Kapitalisten und Hausbesitzer getrieben werden. Das muß die Arbeiter, Angestellten und Beamten auf ihrer selbst willen verhindern. Die Entscheidung liegt in den Händen der Wähler und Wählerinnen. Mache jeder rechtzeitig von seinem Gemeindevahlrecht Gebrauch und gebe der Partei seine Stimme, die stets für das Gemeinwohl eingetreten ist und rücksichtslos die Interessen der Kopf- und Handarbeiter vertritt. Das ist die Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Deshalb

wählt die Liste der USP.

An die Mieterchaft von Dörsch-Gaußsch.

Zur Aufklärung!

In den Dörsch-Gaußscher Nachrichten umwirbt der Spitzenkandidat der sogenannten Einheitsliste, der Lehrer und Reservoffizier Tögel, eifrig die Mieterchaft. Wir erklären, daß die Mieterorganisation keinen Kandidaten zu den Einheitslisten gestellt hat, überhaupt nicht um ihre Mitwirkung angegangen ist, diese auch aller Voraussicht nach abgelehnt hätte, und daß vor allen Dingen der Lehrer Karl Tögel, der Sekretär W. Süsselbarth und der Werkmeister Richard Schilde nicht die Kandidaten der Mieterchaft sind. Wir lehnen solche Mietervertreter ab, auch wenn sie noch so sehr auf ihren Hausbesitzer schimpfen, denn wir wissen ein anderes Lied auf diese drei Herren zu singen!

In Dörsch hat man den Direktor Schuh als Spitzenkandidat aufgestellt. Herr Schuh hat in öffentlicher Sitzung die Ehre eines ganzen Standes angegriffen, in derselben öffentlichen Sitzung hat Herr Schuh leichtfertig zweimal eine unwahre Behauptung aufgestellt! Dilemme Kandidaten kann kein Gemeinderatswähler, der auf sich hält, seine Stimme geben. Herr Schille aus Marktleeberg mußte aus dem Mieterchaftverband ausgeschlossen werden, weil er als Mietervertreter und Führer der Gruppe Marktleeberg gegen die Interessen der Mieterchaft gestimmt hat. Auch Herr Schille ziert die sogenannte Einheitsliste in Dörsch.

In Gaußsch und Dörsch haben die Vertreter der Einheitslisten einen Revers unterschreiben müssen, der von ihnen als Fraktionszwang hingestellt wird, in Wahrheit aber Terror schlimmster Art ist und den Hausbesitzern das Vortrecht ausliefert, wie früher in wilhelminischen Zeiten.

Das Beste hat man sich jedoch in Gaußsch geleistet, wo sich die Vertreter der Einheitsliste auf einen durchaus mieterfeindlichen Gemeindevorstand verheiratet, seinen Mieter aus der Wohnung gedrängt auf eine Art, die unter der Mieterchaft in Gaußsch helle Empörung ausgelöst hat. Da nun die Einheitsliste diesen Maurermeister auf den Schild gehoben hat, so kann und wird die organisierte Mieterchaft diese Einheitsliste zur Unterdrückung der Mieterrechte nicht unterstützen.

Bei Gemeinderatswahlen ist Parteipolitik von sekundärer Bedeutung. Hauptsache ist Wirtschaftspolitik, für die organisierte Mieterchaft sozialistische Wirtschaftspolitik. Die drei Linksparteien haben uns in unsern Bestrebungen so gut wie ihrer Zahl nach konnten, geholfen, die bürgerlichen Parteien haben verlagert. Daher ist es unsere Pflicht, unsere Mitglieder, die die Mieterinteressen gewahrt wissen wollen, vor der Einheitsliste dringen zu warnen.

Hinter der Einheitsliste haben sich die Hausbesitzer versteckt, sie werden die Krallen erst nach den Wahlen zeigen. Laßt diesen Himpelängern nicht ins Garn. Ihr Mieter von Dörsch und Gaußsch, wahr eure Interessen und

wählt am 13. November eine der drei Linksparteien!

Mieterchaftverband Leipzig, Gruppe Dörsch-Gaußsch.

o-n. Gaußsch. Ein letztes Wort an die Wähler! Eine Notte wildgewordener Spießbürger hat einen Verleumdungsfeldzug gegen die USP.-Fraktion und besonders gegen einzelne Genossen unternommen. Unser Ortsführer, das heißt so still und bescheiden im Verborgenen blüht, hat den Größenwahn bekommen und zieht im edelsten „Fadell“ los. Der Gaußscher Arbeiterweltanschauungsleiter Tögel verspricht den Wählern das Blaue vom Himmel herunter, wenn sie so — freudlich sind, für die wunderweite Einheitsliste zu stimmen. Ach Gott, was ist der Mann doch talentvoll, er stellt den edelsten Schmutz noch in den Schatten, selbst der selbige Limann könnte diesen munteren Schornstein brennen. Um nur etwas herauszugreifen, die bürgerliche Liste zählt bei 15 Kandidaten nur 11 Hausbesitzer, ganz fabelhaft Herr Tögel, daß auch die Mieterinteressen jedwede Berücksichtigung finden. Ach, was wird nicht alles versprochen, heute den Beamten die höchsten Gehälter, morgen den Einwohnern die billigsten Kartoffeln und so mit Grazie weiter. Leute, die im Ratge nicht Bescheid wissen, nennen so etwas Wahlschwindel, selbst wenn es ein Schulmeister mit seinem Signum beglaubigt. Und auch wenn in allerlei Flugblättern der brave Wahlausfühler sagt: „So kann es nicht weitergehen“, stimmen wir ihm vollkommen bei und nicht zuletzt die Wähler, die es sich nicht nehmen lassen werden, die Töglaner sitzen zu lassen. So voll hat wohl noch kein Kandidat das Maul genommen wie der tüchtige Kommunalpolitiker Tögel. Da der Mann Spitzenkandidat ist, so werden wir ja nach der Wahl Gelegenheit haben, ihn im Gemeinderat in seine einzelnen Bestandteile zu zerlegen. Es ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit, all die Verdächtigungen, Verdrehungen und Verleumdungen richtigzustellen, die der Tögel und seine Spießgesellen gegen uns loslassen. Selbst Marber wird blaß vor Reiz vor solchen Leistungen! Die USP.-Fraktion steht vor der Einwohnerchaft in dem Bewußtsein, stets das Möglichste getan und in sozialistischem Sinne gearbeitet zu haben. Der stetige Fortschritt unserer Gemeinde auf allen kommunalen Gebieten ist das Werk einer klar durchdachten, zielbewußten Gemeindepolitik, die sich weder durch Töglische Nebenbetrachtungen noch durch Marberische Schamlosigkeit beirren läßt. Ist es ein Wunder, daß die größten Maulhelden gemeinsam den Kampf gegen die USP. führen? Ja, glaube, sie finden alle beide, Wähler, die weitere gedeihliche Entwicklung der Gemeinde ist in eure Hand gegeben. Bedenkt, daß der Stimmentel eine Waffe ist, die den Weg für den Sozialismus freilegt; nicht bürgerlich, nicht marberisch, USP., Bitte Pflieger — Brandau verbleibt sozialistischen Auf- und Ausbau der Gemeinde.

Tauscha. Sonntag, den 11. Dezember, findet in Tauscha die Gemeinderatswahl statt. Dank dem Vorgehen des reaktionären Bürgermeisters ist es den drei sozialistischen Parteien unmöglich gemacht (durch Ortsgefehl) Listenverbindung einzugehen. Trotzdem läßt sich der Gemeindevorstand Kleiner herbei, eine vierte Arbeiterliste, und zwar angeblich eine parteilose, aufzustellen. Daß das ein Verbrechen an der Arbeiterschaft ist, scheint er gar nicht zu wissen. Durch die Zerlegungen der kommunistischen Partei am Orte, die den Kleiner und Genossen ausschließt, ist nur so etwas möglich und muß die ganze Arbeiterschaft von Tauscha darunter leiden. Wir werden in den nächsten Tagen an dieser Stelle die Kandidaten und Unterzeichner der Liste veröffentlichen und an den Pranger stellen. Die Situation für die USP. aber ist günstig, laßt sie uns ausnützen.

Dörsch. Sonntag, den 13. November, findet die Gemeinderatswahl statt. Das Wahllokal ist in der Neuen Schule, die Wahlzeit ist von vormittags 10 Uhr bis abends 6 Uhr festgelegt. Wähler und Wählerinnen! Erscheint pünktlich und vollständig zur Wahl; rüffelt die Gleichgültigen auf und wählt die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Zwenkau. Sonntag, den 27. November, finden unsere Stadtverordnetenwahlen statt. Darum heißt es, die Wählerlisten nachsehen. Wer nicht in der Wählerliste steht, verliert sein Wahlrecht. Die Wählerlisten liegen vom 13. bis 20. November, und zwar Sonntagvormittags von 8 bis 12 Uhr, und an den Werktagen vormittags von 8 bis nachmittags 6 Uhr, im Rathaus, Polizeiwache, öffentlich aus. Wer keine Zeit zum Einsehen hat, lege seine Adresse bei dem Vorsitzenden des Ortsvereins, Genossen Wang Poppe, zum Einsehen nieder. — Unsere Ortsvereins-Bibliothek ist von jetzt ab wieder jeden Sonntag von 11 bis 12 Uhr geöffnet. Wir erlauben um reue Benutzung. Der Vorstand.

Berichtskalender.

Sonabend, den 12. November.
Wählerverammlung. Böbinger, Friedenseide 8 Uhr.
Polenarbeiter-Verlinge u. deren Eltern, Volkshaus 6 Uhr.
Machiniten und Heiser, Volkshaus 7 Uhr.
USPD. Alt-Leipzig Norden, Appelboom 8 Uhr.
USPD. Tauscha, Goldner Löwe 1/8 Uhr.
USPD. Gaiswisch-Großstädteln, Feldschloß 8 Uhr.
Metallarbeiter-Funktionäre West, Zwei Linden 7 Uhr.
Metallarbeiter-Funktionäre Ost, Grüne Aue 7 Uhr.
Sonntag, den 13. November:
Konsumverein Glintherk, Gaußhaus Schulze 2 Uhr.
Montag, den 14. November:
Gemeinde- und Staatsarbeiter, Palmengarten 1/7 Uhr.
Tagesordnungen usw. in vorausangelegenen Interaten ersichtlich.

Briefkasten der Redaktion.

M. A., Einertstraße. Nur für 1919 kann der Abzug vorgenommen werden.
W. B. Die Aenderuna tritt erst am 1. April 1922 ein.

Galem Raucher!

Die Beibehaltung der alten, feinen Qualität macht nach Inkrafttreten der neuen Steuerätze folgende erhöhte Preisnotierungen leider unvermeidlich:

Galem Meißum
Galem Gold

№ 40 rot, 50 grün, 60 orange, 80 gelb
40 50 60 80 Pf. d. St.
Cavalier 80 Pf. Cabinet M. 125 Pf. d. St.

Die Preiserhöhung ist so niedrig bemessen, daß sie nur einen Teil unserer Selbstmehrkosten deckt. Sie werden durch einen wirklichen Genuß für den Preisauflschlag entschädigt.

„Denizde“



Mehr Mutterschutz und Kinderfürsorge.

Unter dieser Parole müssen am Sonntag die Frauen und Mädchen ihr Wahlrecht zu dem Leipziger Gemeindeparslament ausüben.

Die Tätigkeit unserer Frauen im Stadtverordnetenkollegium hat gezeigt, wie schwer die bürgerlichen Parteien und das Staatskollegium unter dem Dreiklassenwahlrecht die Aufgaben auf diesen beiden Gebieten vernachlässigt haben. Es ist dies natürlich kein Wunder. Die Hausbesitzer, die vor der Revolution das Kollegium beherrschten, hatten natürlich nicht das geringste Interesse an Mutterschutz und Kinderfürsorge, abgesehen davon, daß sie auch keine Ahnung davon hatten. Sie überließen deshalb bekanntlich, — und das war sehr bequem, — die gesamte jugendfürsorgliche Arbeit nebst dem Mutterschutz den Leuten, die sich freiwillig dazu fanden, und die dann mit zusammengekauften Geldern, die verantwortungslos den Aufgaben so weit erfüllten, als Spenden eingegangen waren. Eine solche Fürsorge, auf private Wohltätigkeit zugeschnitten, kann niemals für uns Leitern unserer Forderung und unserer Arbeit werden.

Mutterschutz und Kinderfürsorge gehören in sichere Hand der Stadtverwaltung. Durch mehrere Anträge, die von uns gestellt wurden, haben wir dem Rat und den bürgerlichen Parteien gezeigt, daß es uns ernst mit dieser Auffassung ist und wir werden auch ferner unsere ganzen Kräfte dafür einsetzen und in diesem Sinne arbeiten.

Eine der ersten Kinderfürsorgeeinrichtungen, für deren Verstaatlichung wir uns einsetzten, war das Kindertagesheim Tränker und Wörner in Lindenau. Der Rat wußte, um was es ging; er lehnte deshalb in konsequenter Fortführung seiner alten Politik, die Verstaatlichung ab. Unter dem Druck der Rat mußte der Rat aber schließlich doch dem Drängen der Stadtverordneten nachkommen und das vorzüglich eingerichtete Kinderheim in städtischen Besitz übernehmen.

Weiter beantragte die U.S.P., die vier Leipziger Krippen zu verstaatlichen. Die Leipziger Krippenvereinigung bekam 1918 für den Betrieb ihrer vier Krippen einen städtischen Zuschuß von jährlich 10 000 Mark. 1920 betrug der Zuschuß schon 160 000 Mark und in diesem Jahre wird voraussichtlich ein Zuschuß von 250 000 Mark gebraucht. Die Krippenvereinigung selbst brachte nur noch einige tausend Mark dazu auf. Die Verstaatlichung der Krippen war also überfällig. In den Krippen können annähernd 150 Kinder versorgt werden. Zumeist sind es in der Entwicklung zurückgebliebene uneheliche Säuglinge, die der dringendsten sachkundigen Pflege und der regelmäßigen ärztlichen Aufsicht bedürfen. Da die Krippe und auch die anderen drei Säuglingsheime ständig überfüllt sind, da auch ein ständiger Mangel an Einzelpflegstellen herrscht, hatten wir noch den Antrag gestellt, die Krippen weiter auszubauen und für deren Vermehrung Sorge zu tragen.

Um die Säuglingssterblichkeit zu mindern, die ihre Ursachen oftmals in unzureichender Ernährung hat, sind wir auch für die Vermehrung der Mutterberatungsstellen mit eingetreten. In den Mutterberatungsstellen soll die Stillfreundlichkeit der Mütter angeregt und die ärztliche Kontrolle der Säuglinge ermöglicht werden. Vordem hatten wir noch beantragt, um Säuglingspflege und Mutterschutz möglichst zu vereinfachen, daß die Säuglingswäsche und -körbe, die bisher mit städtischen Zuschüssen durch mehrere Vereine ausgegeben wurden, nur noch durch eine Stelle, durch das städtische Jugendamt, ausgegeben werden sollten. Damit sollte erreicht werden, daß den Müttern ein bestimmter rechtmäßiger Anspruch gesichert wird, uns dagegen das Recht der Kontrolle darüber vorbehalten bleibt.

Auch die Kleinkinderfürsorge haben wir zu fördern versucht. mit einem Antrage, der verlangte, daß bei dem Umbau der früheren Heilanstalt Thonberg ein Kröbel-Kinderpark für die Kleinkinder von Stötteritz und Thonberg mit eingerichtet werde. Besondere war hier die Haltung der bürgerlichen Frauen, die bei der ersten Vorlage dafür, bei der zweiten aber dagegen stimmten, wobei sie ihrem Umfalle die lächerliche Begründung gaben, das vorgesehene Haus sei zu schade für einen Kinderparkbetrieb, eine Paradoxie würde auch genügen.

Weiter ist die U.S.P. dafür eingetreten, daß den 32 Kinderbewahranstalten und den 22 Volkskindergärten ausreichende laufende Unterhaltungen gewährt würden. Im Jahre 1919 sind für Kleinkinderfürsorge 50 000 M., im Jahre 1921 230 000 M. gewährt worden.

Eine Kinderbewahranstalt, die der „Vertrauten Gesellschaft“ ist mit unserer Zustimmung verstaatlicht worden, weil die Gesellschaft es abgelehnt hatte, ihre Gelder weiter in den Dienst der Kleinkinderfürsorge zu stellen.

Im Rahmen der Einrichtung „Stadtkinder aufs Land“ sind im vorigen Jahre für 400 000 M. 2921 Kinder ausgesandt worden. In diesem Jahre rund 2600 Kinder für 1 000 000 M. Als Elternbeitrag war ein Mindestsatz von 4 M. täglich beschloffen worden.

Da uns verschiedene Beschwerden über die Auslese der Kinder zugegangen waren, hatten wir verlangt, daß noch einmal nach-untersucht werde und daß dabei den Lehrern mitzuteilen sei, die Auslese der Kinder habe nur nach ärztlichen Gutachten und nicht nach der Zahlungsfähigkeit der Eltern zu erfolgen.

Für die bedürftigen Schulkinder, die nicht mit ausgesandt werden konnten, sind noch weitere 30 000 M. bewilligt worden, für die den Kindern Milch und andere Nahrungsmittel durch die Organisation der Schreibervereine zugeführt werden sollen.

So stehen mit vieler Mühe die ersten Anfänge der städtischen Kinderfürsorge. Unendlich ist noch zu leisten. Wir brauchen nur an die 8000 tuberkulösen Kinder in Leipzig zu denken, zu deren Heilung ein einziges städtisches Erholungsheim zur Verfügung steht. Oder an die 2000 unehelichen Wöchnerinnen, für die, außer dem Vorvorhaus für Frauen und Mädchen, noch nicht einmal ein städtisches Wöchnerinnenheim existiert. Oder an die Kindererzieherinnen, die alle überfüllt sind und von den Vereinen wegen Mangel an Mitteln nicht mehr weiter geführt werden können und was der dringendsten Aufgaben mehr sind.

Die Masse der proletarischen Frauen hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die knappen Anfänge unserer sozialistischen Gemeindepolitik gehalten und weiter ausgebaut werden können, indem sie ihre Stimme der Unabhängigen Sozialdemokratie geben.

Reform der Hauswirtschaft. Einküchenhaus.

Von Anna Unger.

Jeder Einsichtige wird bei näherer Kenntnis der Existenzbedingungen unserer gegenwärtigen familiären Hauswirtschaft zu der Überzeugung kommen, daß sich in ihr langsam aber sicher eine tiefgreifende Umgestaltung vollzieht. Der Volkswirtschaftler die Hausfrau und Mutter, die alleinlebende oder ledige Frau, der alleinlebende oder ledige Mann, der Arzt, der Pädagoge wie der Sozialpolitiker haben das größte Interesse an einer Reform des heutigen Haushalts. Aus der volkswirtschaftlichen, sozial- und kulturpolitischen Bedeutung dieser Forderung ergibt sich ohne weiteres, daß sie eine eminente sozialistische ist und von den sozialistischen Parteien, besonders deren weiblichen Mitgliedern, mehr als bisher erhoben und vertreten werden mußte. Der heute bestehende Wohnungsmangel wird durch Hebung der Bauwirtschaft wenn es die wirtschaftliche Situation halbwegs erlaubt, nach und nach behoben werden müssen. Da sollte die Arbeiterkassen nicht verfehlen, neben dem Kampf um die Bergeschäftskunst der Produktionsmittel und des Grund und Bodens auch die Wege für in Zukunft zu lösende Aufgaben im Wohnungswesen jetzt schon vorzubereiten und zu fordern, daß die zu bauenden Häuser nicht nur auf sozialistischem Grund und Boden und in kommun-

aler Regie gebaut werden, sondern daß auch die Vorbedingungen für eine Reorganisation der in den zurückgebliebenen Formen sich bewegenden hauswirtschaftlichen Arbeiten geschaffen werden.

Bei dieser Reorganisation ist hier vor allem an eine Zentralisation der Speisenzubereitung gedacht, die eine Anwendung der für die Einzelküche so unrentablen technischen Erfindungen ermöglicht, somit viel weniger Arbeitskraft erfordert, die Hausfrau und Mutter entlastet und außerdem einen weit sparsameren Verbrauch der Nahrungsmittel und eine bessere, den wissenschaftlichen Forderungen entsprechende Speisenzubereitung gestattet. Daß außerdem noch weitere zentrale Einrichtungen getroffen werden müssen und können, die die Frau und Mutter in der Erziehung der Kinder, der Versorgung der Wäsche und sonstigen Reinigungsarbeiten unterstützen, soll die weiter unten folgende nähere Beschreibung des Großhaushalts noch zeigen.

Es ist kein Zufall, daß, abgesehen von Versuchen im Altertum und Mittelalter, deren Wirtschaftsformen mit der unrentablen kapitalistischen Zeit nichts gemein haben, der Gedanke einer Umgestaltung der Hauswirtschaft gleichzeitig mit den sozialistischen Gedanken überhaupt entstanden ist, daß neben anderen Schriftstellern Thomas More sich in seiner Utopie damit beschäftigt und Owen und Fourier bei ihren utopischen Versuchen die großen Schäden des beginnenden kapitalistischen Zeitalters für die Arbeiter zu überwinden, dieser Seite des gesellschaftlichen Lebens große Beachtung schenken. Mit der Einführung der Maschine wird die Herstellung der Güter aus dem Haus in die Fabrik verlegt, die Hausgemeinschaft als Zentrum aller menschlichen Tätigkeit zerfällt. Das Haus wird der bloße Aufenthaltsort der Familienmitglieder in ihrer Freizeit, die Hauswirtschaft beschränkt sich nur auf die mit der Instandhaltung und Reinigung der Wohnung und Wäsche und der Zubereitung der Speisen verbundenen Tätigkeiten. Abgesehen davon, daß die proletarische Hausfrau, der diese Tätigkeiten obliegen, meist außerdem noch in der Fabrik beschäftigt ist und die Erziehung der Kinder mit übernehmen soll, stellt die Hauswirtschaft in ihrer heutigen Form den rückständigsten Kleinbetrieb dar. Während die Produktion fast ausschließlich im Großbetrieb und mit Hilfe vieler Maschinen vor sich geht, wird im Haushalt eine Unmenge Zeit und Kraft an geistliche Arbeiten verschwendet, die im Großbetrieb und mit maschineller Hilfe spielend erledigt werden könnten. So entstand und besteht

Die Arbeit rollt ihr Banner auf Das alte, stürmerprobte! ««««

Arbeiterfrauen!

Ihr seid berufen, morgen der Partei des klassenbewußten Proletariats, der Partei, die die energischste Vertreterin der Gleichberechtigung der Frauen ist, den Sieg zu sichern. Wählt nur die

Unabhängige Sozialdemokratie

heute noch ein Mißverhältnis zwischen Produktion und Verbrauchswirtschaft, das die Vergewandung ungleicher Werte an Arbeitskräften und Gütern mit sich bringt, deren Verlust hauptsächlich die Hausfrau, und vor allem die unbedeutende, durch ihre Überarbeit und die arbeitende Klasse überhaupt durch eine schlechtere Lebenshaltung ausgleichen muß. Auch das Familienleben und die Erziehung der Kinder werden durch diese ungelöste Frage stark beeinträchtigt.

Nehmen wir 100 Haushalte an. In diesen wird täglich in 100 Öfen eine Unmenge Heizmaterial verschwendet, 100 Frauen müssen den Herd bedienen, 100 mal wird 1 Pfund Mehl, 1/2 Pfund Rindfleisch, 10 Pfund Kartoffeln usw. eingekauft und heimgetragen. In 100 und mehr Töpfen wird eine Mahlzeit und meist nicht nach wissenschaftlichen Grundrissen und ohne technische Hilfsmittel zubereitet, 100 mal wird in kleinen Öfen das Geschir mit der Hand wieder gereinigt usw. usw. Eine Großküche würde genügen, um für diese 100 Familien die verschiedensten Gerichte zu kochen, eine ausgebildete und geprüfte Köchin würde mit Hilfe einiger berufstätigen Hilfskräfte mit den verschiedensten maschinellen Hilfsmitteln in bedeutend kürzerer Zeit einwandfreie, nahr- und schmackhafte Speisen herstellen. Die der Großküche angeschlossenen Personen könnten die Speisen entweder in einem kleinen Speisensaal einnehmen oder, was für Familien meist in Betracht kommen wird, in ihre Wohnung geschickt erhalten. In einem besonderen Aufwassertraum würde das ganze Geschir mittels Spülmaschine in Klänge wieder gereinigt. Was für Ersparnisse können durch Großverkauf der Nahrungsmittel erzielt werden? Welche Vorteile ergeben sich daraus, daß durch die Zubereitung im großen und mit Hilfe von Maschinen die Arbeitsleistung geringer und für weitere Verwendung schon weiter gesammelt sind, daß statt der 100 Öfen nur ein oder zwei große Öfen geheizt oder gar mit Elektrizität gespeist werden, daß der zehnte Teil an Arbeitskräften gebraucht wird, daß statt der 100 und mehr Töpfe eine bedeutend geringere Anzahl die Speisen aufnimmt! Welche Ersparnisse auch an Raum, wenn die früheren Küchen in Wohnräume umgewandelt werden können und für die Zentralräume bedeutend weniger Platz benötigt wird. Und wieviel mehr Sachkenntnis und Sorgfalt kann eine mit der chemischen Zusammenfassung der Nahrungsmittel vertraute, gut vorgebildete, berufstätige Kraft auf das Kochen der Speisen verwenden, als die mit vielen anderen Arbeiten überlastete, meist nicht vorgebildete Hausfrau. Leicht könnte hier durchgeführt werden, besondere Kinderespeisen zu kochen. Ganz davon zu schweigen, daß dann auch die Hausfrau sich nicht mehr müde und abgeheult zu jeder Mahlzeit setzen muß, viel mehr Zeit hat, sich ihren übrigen Pflichten zu widmen und nicht mehr genötigt ist, die übrigen Familienmitglieder, besonders die erwachsenen Töchter, zu ihrer Unterstützung in ihrer schon so knappen Freizeit in Anspruch zu nehmen. Dieser Großhaushalt könnte die verschiedenartigsten Formen annehmen. So ist es wünschenswert, daß die Zentralisierungen geschaffen und Notwendigkeiten erfüllt werden, wie Zentralwaschküche, Zentralbad, Kinderheim usw.

Wir haben heute in der Hauptstadt zwei Bauarten zu vergleichen: das Großhaus und die Kleinhauseinrichtung. Für beide Arten ist auch die Anwendung des Großhaushalts möglich. Ist ein Haus so groß, daß die Zahl der Bewohner für eine Zentralküche genügt, so wäre diese leicht im Erdgeschoss unterzubringen, außerdem der Speisensaal, Spülraum, die Vorkam- mer, ein Raum zur Aufbewahrung von Geräten, Das Haus

würde ferner einen Aufzug bekommen, in dem die Speisen in die Wohnungen gebracht werden, ein Speisensaal hätte die Bewohner aufzunehmen, die gern in Gesellschaft ihre Mahl einnehmen. Ein Zentralbad und eine Waschküche mit Trockentraum und Abwassertraum würden die Einrichtung vervollständigen. Die Reinigung der Wäsche für die Bewohner des Hauses nach wissenschaftlicher Methode, ebenfalls mit maschinellen Hilfsmitteln, bedeutet weitere Ersparnis an Zeit, Kraft und Material — wir müssen hier immer bedenken, daß kein kapitalistischer Profitgeiz seine Hand am Werke hat und alle Arbeiten unter Kontrolle der Gesellschaft ausgeführt werden. Zentralheizung und Warmwasserleitung sind ein weiterer Bestandteil dieses Hauses. Bewohnen das Haus erwerbstätige oder ledige Mütter, so ist noch an ein Säuglingsheim und einen Kindergarten zu denken. Wie weit dann noch Vorkam- mer, Spielzimmer, Musikzimmer usw. in Frage kommen, können wir heute noch der Zukunft überlassen. Werden so die Hauptarbeiten in der Zentrale erledigt, so hätte diese auch für die schweren Reinigungsarbeiten Kräfte und Maschinen, wie Staubsaugapparat, Stiefelputzmaschine zur Verfügung zu stellen. Dieser Großhaushalt wird sich in vorzüglicher Weise als Heim für Ledige eignen und schon heute müssen wir die Forderungen erheben, daß so bald als möglich Ledighelme nach dieser Art geschaffen werden und so den Ledigen ermöglicht wird, sich von dem heutigen Vermieter zu lösen und zu befreien. Auch ledige Mütter oder erwerbstätige Mütter können für diese Art des Wohnens wohl in Frage.

Wo das Familienleben im Vordergrund steht oder auch sonst die Keimzelle für das Familienhaus vorhanden ist, die sich in Zukunft noch bedeutend steigern wird, kann man das Familienhaus, das auch bei der kommenden Dezentralisation der Städte wieder weiteste Verbreitung findet, dem Großhaus vorziehen. Mehrere Einfamilienhäuser werden zu einer Siedlung zusammengefaßt und ein besonderes Haus für die gleichen Zentralanlagen wie die des Großhauses geschaffen. Die Siedlungen wären hier durch einen Speisensaal in die verschiedenen Häuser zu fördern — bei der heutigen Technik eine leicht zu lösende Aufgabe —, oder könnten ebenfalls im Speisensaal eingenommen werden. (Für schnell zu bereitende Getränke oder leichte Speisen wäre in jedem Haus ein Gas- oder ähnlicher Ofen anzubringen.) Einer solchen Familienbildung kann in großstädtischer Weise ein Speisensaal und ein Kindergarten mit geprüften Kindergärtnerinnen eingefügt werden.

Es würde den Rahmen dieses Artikels überschreiten und leicht wie Zukunftsmusik klingen, wollte man hier das Leben in diesen Siedlungen im einzelnen beschreiben. Bei der praktischen Durchführung werden sich noch eine Menge Möglichkeiten und Vorteile ergeben. Die wirtschaftliche Situation erlaubt uns jetzt nicht, die Frage sofort großzügig in Angriff zu nehmen. Trotzdem ist nötig, daß sie eifrig diskutiert und nicht wieder in den Hintergrund geschoben wird. Kein Haus, keine Siedlung darf mehr gebaut werden, ohne daß nicht diese Reform berücksichtigt wird. Das Ledighelme dagegen muß zur sofort zu erfüllenden Forderung erhoben werden, da die hierzu nötigen Mittel bald wieder herbeigeholt sind.

Im übrigen werden diese Zellen genügen, um unsern Frauen zu beweisen, daß hier eine Frage zu lösen ist, die unser wärmstes Interesse erfordert. Die Hausfrau wird erst wieder voller Mensch sein können, wenn sie nicht mehr ihre ganze Kraft an Arbeiten verschwenden muß, die anders besser und leichter erledigt werden können. Sie wird mit Mühe Mutter und ein Glied der Gesellschaft sein können, das seine gesellschaftlich notwendige Arbeit verrichtet und sich im übrigen sein Leben ungenötigt von den Pflichten, die die heutige Hauswirtschaft darstellt, gestalten kann. Mit der Befreiung der Frau vom Haushalt in seiner heutigen Form wird auch ihre gesellschaftliche Befreiung Fortschritte machen. Die Kraft nur für den Beruf und die Unterstützung der Mutter in ihrer Kleinarbeit verbrauchen, sondern für ihre Ausbildung und den Kampf um ihre und des Proletariats Befreiung anwenden. Die Erziehung der Kinder kann in ganz anderem Maße durchgeführt und erleichtert werden. So wird die Gesellschaft, wird das Proletariat auch durch diesen Kampf einen Zuschuß an Kräften erhalten, die mitwirken zur endgültigen Befreiung der Menschheit im Sozialismus.

Wohnungsbilder.

In einer Villa, in der Nähe des Obdachlosenhauses, herrscht große Aufregung. Dem Villeninhaber ist mitgeteilt worden, daß er Untervermietung bekommen soll, weil seine Räumlichkeiten mit seiner dreiköpfigen Familie nicht genügend ausgenutzt seien.

Auf keinen Fall werden wir darauf eingehen, sagt der Hausherr, wir brauchen den Salon, das Rauchzimmer, das Billardzimmer, das Speisezimmer, das Wohnzimmer und die beiden Schlafzimmer. Das Mädchenzimmer ist auch besetzt; handelt es sich um das leere Zimmer, und in das kann die Aufwartung ziehen, die von morgen ab mit hier schlafen wird. Schon wegen „Wubi“ kann gar kein Gedanke davon sein, daß wir fremde Leute in unser Haus nehmen, die womöglich unerzogene oder gar schmutzige Kinder mitbringen.

Im Obdachlosenhause in der Nähe der Villa steht eine schwarze Tafel im Hausflur, welche den Bestand von 30 Familien, insgesamt 208 Köpfe meldet.

Ein Wagen fährt vor, mit armseligen Hausrat, daneben stehen vier Kinder. Der Hausrat kommt in den Keller, dort stehen, durch eine Bretterwand getrennt, Matratzen, Sofas, Tische und was sonst ein Glas und Freude bei den betreffenden Familien ausgelöst hat. In einem der vier großen Säle ist noch ein Tisch mit zwei Bänken frei. Die Kinder setzen sich bekommen auf die Bänke und wagen nicht aufzuschauen. Sie fragen nach dem Vater. Der Vater ist hinten in einer der Männerbaracken gekommen. Damit hat die Familie aufgehört zu sein. Die Mutter schaut sich in ihrem neuen Heim um. Unmittelbar am Tisch steht ein Schrank zur Aufbewahrung des Kochgeschirrs, der Lebensmittel, der tausendlei Dinge, die sonst eine Küche zu fassen hat. Daneben hängen Kleidungsstücke, unter diesen stehen Säuglingskörbe, nicht etwa leer, sondern mit lebenden Säuglingen darin. Manchmal wiederholt sich dasselbe Bild, abgesehen von den Säuglingen, von denen zur Zeit nur vier da sind. In jedem Tische immer eine Familie, außer dem Vater. Manche wohnen schon 3 Jahre und noch länger an diesem Tisch. Das Essen können sich die Familien auf einem gemeinsamen Kochherd selbst zubereiten oder sie bekommen es aus der gemeinsamen Küche der angrenzenden Arbeitsanstalt. — Immer dasselbe Essen, klagen die Frauen, als gerade Mähren, mit Fisch hineingekocht, ankommen. Der Frau wird dann mitgeteilt, daß der Speisensaal nebenan ist. Dort reißt sich Bett an Bett, Mutter, Kleinkinder und Säuglinge, alles in einem Saal. Schreibt ein Säugling nachts, so können unter Umständen 20 Menschen um ihre Nachtruhe gebracht werden. Die Jungens über sechs Jahre schlafen eine Treppe tiefer, im Knaben-schloßsaal. Die Mädchen jeden Alters schlafen mit im Speisensaal der Mutter. Die Betten sind alle gleichmäßig mit schwarzgrauen Decken zugedeckt, unter der Decke liegt ein Strohhalm mit einem Strohhalmkissen, auch bei den Kindern. Hinten bei den Männern steht ein Schild an der Tür, auf welchem die Stunden angegeben sind, in der die Frauen ihre Männer besuchen dürfen. Ich glaube, es war von vormittags 11 bis 1 Uhr.

Diese wahrheitsgetreuen Bilder werden die bürgerlichen Parteien bei der Wahl ihren Wählerinnen sicherlich vorzulegen, dafür werden sie aber weiblich zu den alten Mädchen greifen, daß die Sozialdemokratie die Familien auseinanderreißen wolle und das Familienbild zerstöre. Martha Schilling.

Reichstag.

Berlin, 11. November.

Präsident E. L. ö b e eröffnet die Sitzung 2 Uhr 15 Minuten.

Kleine Anfragen.

Abg. Moses (USP.) fragt an, wann die Regierung die längst in Aussicht gestellten Gesetze zur Bekämpfung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten und der Trunksucht einbringen werde.

Abg. Künzler (USP.) rügt die Beteiligung der Reichswehr an der Besetzung Ludwig Wittelsbachs und fragt, wie der Reichswehrminister diesen Befehl rechtfertigen und was das Kabinett zu tun gedenke, um den Reichswehrminister zur Verantwortung zu ziehen.

Major v. Schweiger: Als ehemaligem Feldmarschall des deutschen Heeres standen dem verstorbenen König von Bayern die militärischen Ehren zu.

Abg. Künzler (USP.) zur Ergänzung: Ist der Regierung bekannt, daß Sakulische aus Anlaß der Bestattung zurückgeblieben sind, später aber beschossen wurden? Ludwig Wittelsbach, wie alle Angehörigen ehemaliger regierender Häuser, sind für das republikanische Deutschland genau solche Privatpersonen, wie andere Staatsbürger.

Abg. Breitscheid (USP.) fragt nach den Gründen, die zur Verweigerung der Einreiseerlaubnis gegenüber dem dänischen Dichter Andersen-Nexo führten.

Freiherr v. Maljahn: Andersen-Nexo hat inzwischen die Einreiseerlaubnis nach Deutschland erhalten. Gleichzeitig ist der dänischen Regierung Anweisung gegeben, Andersen-Nexo die Aufenthaltserlaubnis in Ueberlingen am Bodensee zu gewähren.

Abg. Rosenfeld (USP.) rügt, daß am Tage des Termins gegen Jagow, Wangenheim und Schiele im Beratungssaal des Reichstags ein Bildnis des Kaisers Wilhelm II. aufgestellt war. Willigt der Reichsjustizminister dieses oder gedenkt er, für die sofortige Entfernung der Bildnisse Sorge zu tragen?

Ein Regierungsvizepräsident: Die Bildnisse befanden sich früher im Sitzungssaal. Sie sind dort entfernt worden und im Beratungssaal untergebracht. (Zornliche Zurufe links.)

Es folgt die Fortsetzung der Beratung der 3. Ergänzung zur Besoldungsvorlage.

Abg. Zieh (USP.): Ich habe schon gestern darauf hingewiesen, daß die unteren Beamten viel zu gering, die oberen zu reichlich bezahlt werden sind. Wir beantragen, die Zahl der Gehaltsgruppen von 13 auf 7 zu vermindern und die Gehälter in Gruppe I mit 14 000 M. und steigend bis zu 33 000 M. Anfangsgehalt in Gruppe VII, die Endgehälter durchweg um 10 000 M. höher zu bemessen. Man hat die Neueinteilung der Gruppen mit dem Einwand bekämpft, den Beamten müsse schleunigst geholfen werden. Sie könnten nicht mehr solange warten, bis die neue Gruppeneinteilung durchgeführt worden ist. Aber durch eine vorläufige Auszahlung an die Beamten kann ihrer Notlage insoweit abgeholfen werden, daß sie wohl die gründliche Umgestaltung, die auch die unteren Beamten zu ihrem Recht kommen läßt, abwarten können. Der Herr Reichsfinanzminister Hermes erklärte hier, daß die Regierung guten Willens sei, diesem Verlangen nachzukommen, wenn der Reichstag so beschließen sollte. Die Verweisung an den Ausschuss bedeutet also durchaus keine Verzögerung. Am Ihnen aber jeden Einwand zu nehmen, stellen wir für den Fall, daß die Neueinteilung der Gruppen abgelehnt wird, den Eventualantrag, die Gehaltsätze nach der bisherigen Gruppeneinteilung neu zu bestimmen. Wenn Sie unsern Antrag aufstimmen, dann haben Sie einen Teil von dem gutgemacht, was die Vorlage Börsen vorzieht. Dadurch können Sie die ungeheure Erhöhung in den unteren Beamtenklassen mildern. Aus Ihrem Verhalten unsern Antrag gegenüber werden wir ersehen, ob es Ihnen Ernst ist mit Ihrer Kritik an der Vorlage, oder ob Ihre Kritik Sand in die Augen der Beamten war.

Wir beantragen weiter, falls der Antrag, die Reichswehr aus der Besoldungsordnung zu streichen, abgelehnt wird, die Gehälter der Beamten aus der ersten Gruppe so zu bemessen, wie es bemessen sein könnte, wenn nicht die Reichswehr darin wäre. Die Reichswehrsoldaten haben Unterkunft, Ernährung, Kleidung und vieles andr. Das haben die Beamten der Gruppe I nicht. Entsprechend den Verhältnissen der Reichswehrsoldaten legt man die Gehälter dieser Gruppe fest und kümmert sich den Teufel um die Beamten, die mit in diese Gehaltsgruppe fallen. Heute morgen hat hier in diesem Saal der Städtetag gesagt. Die Kritik, die von ihm an der Besoldungsordnung geübt worden ist, übertrifft alle Kritik, die wir haben üben sehen. Die Reichsregierung nimmt eine Rücksicht, weder auf die Notlage der Beamten, noch auf die Forderungen der Gemeinden und Städte und Städteverbände. Mit der Opposition des Städtetages hat die Regierung zu rechnen, nicht minder mit der riesigen Opposition der Beamten und der Arbeiterklasse. Wir erheben, unsern Anträgen zuzustimmen. (Lebh. Bravo! u. d. USP.)

Die Änderungsanträge der Unabhängigen und Kommunisten zu diesem Artikel werden abgelehnt und die Regierungsvorlage nach dem Beschluß des Ausschusses angenommen.

Bei Artikel IV führt

Abg. Zieh (USP.) weiter aus: Der Artikel IV betrifft die

Wartegelder.

Es gibt Beamte, die Wartegelder bekommen, die außerdem aber noch 100 000 M. oder gar 200 000 M. aus der Industrie beziehen, und unter diesen solche, die es ablehnen, trotz Wartegeldbezugs wieder eine Tätigkeit im Reichsdienst zu übernehmen. (Hört, hört!) Sie nehmen das Wartegeld und weigern sich, wieder in Dienst zu treten. Gerichtspräsident haben sich geweigert, wieder Dienst zu tun, wenn ihnen nicht neben ihrem Gehalt 50 M. Tagegeld ausgezahlt wird. (Hört, hört!) Solchen Leuten soll nun das Wartegeld von 18 000 M. auf 60 000 M. erhöht werden. Das müssen wir uns wenden. Es gibt auch Mitglieder des Reichstags, die hochdotierte Posten in der Industrie inne haben. (Hört, hört!) Wenn Sie unter diesen Umständen die Erhöhung der Wartegelder beschließen, werden Sie das Ansehen des Reichstags sehr herabsetzen. (Zuruf rechts: Das kann ja gar nicht tiefer herabgesetzt werden!) Die Herren von der Rechten rufen mir zu, daß der Reichstag gar nicht mehr an Ansehen verlieren kann. Offenbar sind Sie der Meinung, daß Ihre Verdienstarbeit bereits den Gipfel erreicht hat. (Sehr laut links.)

Ein Regierungsvizepräsident erklärt, daß die Reichsregierung, um zu verhindern, daß Wartegeldbezieher sich weigern, wieder Tätigkeit im Reichsdienst zu übernehmen, schon seit langem einen Gesetzentwurf vorbereitet habe.

Abg. Zieh (USP.): Gerade die Ausführungen des Regierungsvizepräsidenten beweisen, wie notwendig es ist, daß unsern Anträgen entsprochen wird.

Abg. Wark (Komm.) beantragt, den Beamten der Besoldungsgruppen I bis VII sowie den Reichs- und Staatsarbeitern und den Diakonen mit einem Jahreseinkommen unter 30 000 Mark eine einmalige Wirtschaftshilfe von 3000 Mark und 500 Mark für jedes Kind zu gewähren.

In der Abstimmung wird der Artikel IV unter Ablehnung der Änderungsanträge in der Fassung des Ausschusses angenommen. Artikel V handelt von den

Witwengebern.

Abg. Luise Zieh (USP.): Nach Artikel V sollen die Witwengebern von 3000 auf 28 000 Mark erhöht werden. Das kann man nicht verantworten. (Sehr richtig!) Dadurch würde eine Gehaltsbestimmung geschaffen, nach der Beamte der VIII. Gehaltsklasse 2000 Mark jährlich weniger bekommen, als eine höhere Be-

amtenwitwe. Glauben Sie, daß das gerecht ist? Glauben Sie, daß das zur Erhöhung der Arbeitsfreudigkeit der Beamten führen wird? (Sehr laut links.)

Auch Artikel V wird in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Abg. Luise Zieh (USP.) beantragt, die Kosten, die den Gemeinden aus der Erhöhung der Beamtenbezüge entstehen, auf das Reich zu übernehmen.

Ein Regierungsvizepräsident erklärt, daß in dieser Beziehung, wenn auch nicht im Sinne des Antrages der Unabhängigen, bereits Vorlesung getroffen worden sei.

Nach einer Entgegnung der Genossin Zieh wird auch dieser Antrag abgelehnt und die Ausschlußfassung zum Beschluß erhoben.

Bei der Gesamtbestimmung wird die Vorlage gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Interpellation über die Teuerung.

Die Interpellationen der Deutschnationalen, Sozialdemokraten und Unabhängigen über Getreideverflechtung, Zwangswirtschaft, Preissteigerung und Ernährungsversorgung werden miteinander verbunden.

Abg. Semeter (D.-Nat.) begründet die Interpellationen seiner Fraktion auf Aufhebung der Zwangswirtschaft und Getreideverflechtungen ins Ausland. Er wendet sich gegen das Umlageverfahren im Verkehr mit Getreide, weil es die Zwangswirtschaft bedeutet. Die Landwirte werden sich energisch gegen eine Wiedereinführung der Zwangswirtschaft wenden. Er verlangt Aufklärung seitens der Regierung über die Gerichte, die von ungeheuren Getreideverflechtungen nach dem Ausland sprechen.

Abg. Krähig (SPD.): Eine wahre Hochflut des Wuchers ist über unser Volk hereingebrochen, die Tausende und Zehntausende von Volksgenossen vernichtet. Vor einigen Wochen haben die Deutschnationalen eine kleine Anfrage eingebracht, die sich auf den erschreckenden Umfang der Preissteigerung bezieht. Diese Anfrage ist die schärfste Beurteilung ihrer eignen Politik. Durch die Sabotage der Zwangswirtschaft, durch die Einreißung auch der letzten Schranken, die dem Wucher gesetzt waren, haben Sie sich selbst dieser Preissteigerung schuldig gemacht. Der Bankrott der freien Wirtschaft ist jetzt da. Der Preis, der von der Indexkommission festgesetzt worden ist, ist der gerechte. Aber die Landwirtschaft fordert Preise, die über das Dreifache des Umlagepreises hinausgehen. Wer garantiert dafür, daß bei der Differenz des Umlagepreises und des Getreides im freien Handel 4000 Mark bis 5000 Mark pro Tonne, die Preise nicht allgemein ganz gewaltig in die Höhe gehen? Das kann von der arbeitenden Bevölkerung nicht getragen werden.

Die Löhne sind auf das Bierzehnfache der Friedenslöhne gestiegen, während die Lebensmittelpreise das Vierzehnfache des Friedenspreises erreicht haben. Wir haben 1300 000 Invalidenten, die 2,10 Mark pro Tag erhalten, und viele Hunderttausende anderer Sozialrentner, die noch weniger erhalten. Woher sollen die denn die Mittel nehmen, um sich Brot zu kaufen? Deshalb ist es unbedingt notwendig, das Vorkriegs-Umlagegetreide auf 3/4 Millionen Tonnen zu erhöhen. Im Ausland ist Getreide teurer. Da sind aber auch die Löhne anders. Der Arbeiter in Amerika z. B. bekommt das Siebenfache an Lohn als ein Arbeiter in Deutschland. In Deutschland ist der Konsum an Lebensmitteln ganz gewaltig auf allen Gebieten zurückgegangen. Unterernährung, Tuberkulose und andre verheerende Krankheiten sind die Folge. Die Arbeitskraft wird auf diese Weise zerrütet. Und da kommt man noch und will durch Wucher die Arbeitskraft noch mehr zerrütet. Wir verlangen gesetzliche Vorkehrungen gegen die Wucherpreise und bis dahin entsprechenden Schutz des Arbeiters.

Überall sehen wir das Bestreben, die Waren aufzukaufen. Das hat eine gewaltige Preissteigerung im Gefolge. Für Textilwaren werden jetzt ab Fabrik 125 bis 150 Prozent mehr gefordert und gezahlt als vor kurzem. Was bedeutet die Regierung zu tun, um der Preissteigerung auf dem Bekleidungsmarkt entgegenzuwirken? In Stelle der Zwangswirtschaft der Kriegesgesellschaften ist die Zwangswirtschaft der Verbände getreten. Wer zu annehmbaren Preisen verkaufen will, hat damit zu rechnen, von den Industrieverbänden zur Nachzahlung auf Rohstoffe usw. gezwungen zu werden. So wurden auf diese Weise beim Verzweigen von 5,2 Kilogramm Wolfgarn, die etwa 110 bis 120 Rollen Zwirn liefern, 500 bis 600 Mark Uebergewinn erzielt durch Verkauf über den regulären Gewinn tragenden regulären Preis. Die Regierung hat den Gewerkschaften den Kredit von 35 Millionen Mark gekündigt, die diese zur billigen Herbeischaffung von Waren für die arbeitende Bevölkerung benutzt haben. Jetzt liefern auch die großen Lieferanten an die Warenverorgungsstellen der Gewerkschaften nichts mehr. Ihre Kreditkündigung der Regierung war ihnen nur willkommen, um ihre Waren mit höherem Gewinn absetzen zu können. Wir fordern die Befassung des Kredits, daß von Seiten der Gewerkschaften wenigstens dem Profit der Kapitalisten und der weiteren Verelendung der Massen entgegengearbeitet werden kann.

Abg. Frau Wurm (USP.):

Abg. Semeter hat, als er von dem Antrag seiner Fraktion sprach, von der Ungerechtigkeit des Umlageverfahrens gesprochen. Er hat Recht, das Umlageverfahren ist eine Ungerechtigkeit. Aber nicht in dem Sinne, wie er meint, sondern weil es die Versorgung der Bevölkerung nicht genügend garantiert und weil es eine viel zu geringe Menge schafft. Er hat von der Regierung die Zulieferung verlangt, daß dieses Restchen der Zwangswirtschaft beseitigt wird. Er hat versichert, daß einer Wiederaufrichtung der Zwangswirtschaft seine Fraktion den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen wird, weil die Landwirte nicht gewillt seien, sich noch einmal die unwürdige Behandlung der Zwangswirtschaft gefallen zu lassen. Es war nicht unwürdig, daß die Landwirte gezwungen wurden, abzuliefern, unwürdig war es, daß Frauen und Kinder bei den Landwirten betteln mußten um ein Brot, um ein bißchen Roggen, um Mehl und Kartoffeln. Unser Antrag, die Mehrernte von 200 auf 260 Gramm heraufzusetzen, ist wirklich außerordentlich bescheiden. Die Ernte ist eine durchaus gute, so daß gar kein Grund vorliegt, die Menge des Umlagegetreides nicht zu erhöhen. Seit Herrn Hermes Ministerkandidat ist der Lebensweg des deutschen Volkes noch dornenvoller geworden, als er vorher war. Es ist genau das eingetroffen, was wir bei Aufhebung der Zwangswirtschaft gefürchtet haben: Steigerung der Lebensmittelpreise ins Ungemessene. Die Regelung greift stets zu spät und unzulänglich oder gar nicht ein. Wir tragen den Reichsminister für Unterernährung (Heiterkeit), was er getan hat, der Unterernährung zu begegnen. Der preußische Minister Dominicus hat einen Wuchererlaß herausgebracht, der geboren ist nicht aus der Sorge für das Volk, sondern aus der Angst vor Unruhen, die aus der verzweiflungsvollen Lage des Volkes entstehen müssen. Auch die bairische Regierung hat einen Erlaß zum Schutze der Verbraucher gegen die Teuerung veröffentlicht. Wir wollen abwarten, ob das bairische Ministerium in der Praxis mehr tun wird als das preußische. Der Oberpräsident für die Provinz Sachsen hat in einer Veröffentlichung alle Putschgeplänkel heraufbeschworen, um den Herren von der Rechten gut zuzureden. Macht nicht so was. Vielleicht hilft die Methode Hörings, wenn die Erlasse von Preußen und Bayern nicht helfen. (Heiterkeit.) Die Deutsche Tageszeitung hat gestern an auffälliger Stelle ein Inserat gebracht, das sehr zu denken gibt. Es sei nicht möglich, für eine Heilanstalt für Kriegsbeschädigte im Südbahns für irgendein Geld Kartoffeln zu bekommen. Welcher deutschnationale Landwirt wird der Heilanstalt für Kriegsbeschädigte solche zur Verfügung stellen? Die Bestrebungen gehen dahin, die Weltmarktpreise auch für die Kartoffeln zu erlangen. Deutschland, stets ein Kartoffellieferndes Land, hat heute nicht genug, um die Bevölkerung zu versorgen. Das glaubt ja niemand, auch wer uns erzählen will, daß auch Kohlenmangel und Mangel an Waggons die Kartoffel-

not hervorgerufen haben. Diese Geschichte läuft darauf hinaus, die Eisenbahnen unter private Ausbeutung zu stellen. In dem Kartoffelmangel ist der böse Wille schuld. Deshalb verlangen wir die Uebertragung des Getreidemittelverkehrs auch auf die Kartoffel. Was die Kartoffelnot bedeutet, wissen wir aus der Kriegszeit, als wir das Bergmehl hatten, die gute Kohlrübe (Heiterkeit) siebenmal in der Woche als Kartoffelerlaß zu genießen. Die Chemnitzer Allgemeine Zeitung hat berichtet, daß vom dortigen Betriebsrat 100 000 Doppelzentner Kartoffeln angehalten wurden, die nach Herbestahl gehen sollten. Sollte das ausreichen, so ist das ein weiterer Beweis, daß es hohe Zeit ist, ein Ausfuhrverbot für Kartoffeln zu erlassen. Ist es schon schlimm, daß Kartoffeln in großem Maße zum Spiritusbrennen verbraucht werden, so ist es noch schlimmer, wenn sie in großen Mengen ins Ausland wandern. Wir sind jetzt glücklich so weit, daß die Verbraucher 100 M. für den Zentner Kartoffeln zahlen müssen. In manchen Stellen kommen sie im Einzelverkauf bereits auf 120-130 M. Das ist ein unerhörter Zustand, und es ist wirklich nicht einzusehen, wie Arbeiterfamilien ein Mittagessen bestreiten sollen, wenn das Pfund Kartoffeln 1,30 M. kostet. Die Landwirte sind sehr wohl in der Lage, die Kartoffeln zu einem Preise von 30 M. abzugeben, wie wir es verlangen. Die Ernte ist groß genug, es bleibt noch genug zum Spiritusbrennen. Auch noch genug für die lieben Schweine, damit auch diese nicht hungern brauchen. Selbst die dem Herrn Ernährungsminister nahestehenden Gewerkschaften fordern, daß der Preis für Kartoffeln auf 45 M. festgesetzt werde. Wir wollen sehen, was der Herr Ernährungsminister angesichts dieser Forderung seiner eigenen Genossinnen unternimmt.

Gegenwärtig zeigt sich ein Sturm auf alle möglichen Waren. Wer Geld hat, hamstert, hamstert sinnlos, ohne zu bedenken, daß damit die allgemeine Not noch erhöht wird. Wer hamstert? Die Leute, die Erwerbslosenunterstützung beziehen, können es nicht. Die Kriegshinterbliebenen, Witwen und Waisen auch nicht. Die als Kurzarbeiter Beschäftigten auch nicht. Auch die Arbeiter, die in Lohn und Verdienst stehen, sind nicht in der Lage, große Hamstereien zu machen. Wer ist es also? Auch die Zuckerpreise sind gewaltig in die Höhe gegangen. Seit Aufhebung der Zwangswirtschaft haben sich die Preise um 200-300 Prozent erhöht. Für 8 M. das Pfund ist Zucker zu haben, aber nicht zu normalen Preisen. Dabei haben wir 23 Millionen Zentner Verbrauchs-zucker, 40 Pfund auf den Kopf der Bevölkerung. Außer den Privatleuten kaufen Schokoladenfabriken ungeheure Mengen, ohne im geringsten nach dem Preis zu fragen. Und die Schokolade geht zum großen Teil ins Ausland. Wir fordern daher, daß an Stelle der Freigabe von einem Schafel mindestens ein Drittel des Verbrauchszuckers freigegeben wird, damit die Bevölkerung endlich einmal zu Zucker kommt. Ähnlich wie beim Zucker steht es beim Kakao. Was nützen alle Säuglingsfürsorgeeinrichtungen, was alle Wohlfahrtsbestrebungen, wenn nicht einmal Milch und Zucker den Kindern gegeben werden kann. Bei Butter, Margarine, überall dieselbe Preissteigerung. Die Fleischpreise sind bereits auf 600-700 M. Lebendgewicht angelangt. Die Bewunderung ist so hoch gestiegen, daß man sich wundern muß, wenn die Bevölkerung immer noch Ruhe bewahrt. Gleichzeitig muß man sich wundern, über die Ruhe der Reichsregierung, der es nicht einfiel, einzugreifen. Wenn es zu Unruhen kommt, so ist es die Regierung, die diese Unruhen provoziert hat. (Sehr wahr!)

Betrachten wir den ganzen Komplex der Preissteigerungen, so müssen wir zu dem Schluß kommen, daß wir sehr schweren Zeiten und Kämpfen entgegengehen. Entschlossen hat die Regierung nicht zum Eingreifen, muß sie sich auf schärfste Kämpfe gefaßt machen. Wird der kleine Schritt, der durch unsern Antrag gewiesen ist, nicht getan, beweist die Regierung, daß sie nicht daran denkt, andre Wege einzuschlagen. Hätten die bestehenden Klassen eine Spur von Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Volke, so hätten sie alles darangesetzt, die Bevölkerung zu versorgen, um endlich dem Lebenswege des Volkes ein Ende zu bereiten. Sie tun aber das Gegenteil. Ihre Absicht ist, die Republik zu diskreditieren. (Sehr wahr!) Sie glauben, je mehr Krisen annehmen, desto desto besser für sie. Greift die Regierung nicht ein, trifft sie die Verantwortung für Unruhen und Ausschreitungen, für alles das, was von der ausgehungerten Bevölkerung in ihrer Not getan wird. Stimmen Sie unsern Plänen zu, dann wollen wir glauben, daß die Regierung das Wort des Reichsausschusses Wirth wahr machen will, als er sagte, wenn es zur Entscheidung zwischen Bürgertum und Proletariat komme, er nicht zögern würde, sich auf die Seite des Proletariats zu stellen. (Bravo bei den U. Soz.)

Reichsernährungsminister Hermes: Der Auffassung, daß die Preisentwicklung auf die Aufhebung der Zwangswirtschaft zurückzuführen ist, kann sich die Regierung nicht anschließen. Schuld ist die Entwertung der deutschen Mark. Die Zwangswirtschaft hätte nicht auf längere Zeit mehr aufrechterhalten werden können. Sie war aus der Not des Krieges geboren und nur solange aufrechtzuerhalten, als ein hochgestelltes Nationalgefühl die Opferbereitschaft hochhielt. (Lachen.) Als die nationale Begeisterung zerbrach, mußte auch eine Wirtschaftsform zusammenbrechen, die dem inneren Wesen des Menschen widersprach. Zur Interpellation bemerke ich zu erklären, daß die Regierung sich heute nicht festlegen kann, wie sie im Jahre 1922 die Bewirtschaftung gestalten wird. Der Abgeordnete Wurm erwidere ich nur, ich weiß mich frei von aller Furcht vor der Landwirtschaft, aber ich weiß mich auch frei von der Furcht vor dem Schlagwort, von der Furcht vor der Phrase. (Stürmische Zurufe links: Unverschämter Wucher! — Der Präsident rügt diesen Zuruf.) So sehr die Preissteigerung für Getreide zu beklagen ist, so ist sie doch auf die Bevölkerung ohne Einfluß geblieben. Denn die Regierung gibt das Getreide noch zu denjenigen Preisen ab wie vor der Preissteigerung. Verschiebungen von Getreide ins Ausland haben nicht stattgefunden. Die Ausfuhr von Mehl und Getreide wird grundsätzlich nicht genehmigt. Aus Sachsen und Schlesien sind Klagen über Aufkäufe von Getreide gemacht worden, doch nur in einem Falle ist es erwiesen, daß derartige Aufkäufe ins Ausland verschoben werden sollten. Was die Klagen über die Kartoffelverflechtung anbelangt, so sehe ich nicht an zu erklären, daß die heutigen Kartoffelpreise in keinem Verhältnis zu den Produktionskosten und selbst nicht zu der Marktentwertung stehen. Es wird Anweisung gegeben, daß mit der größten Rücksichtslosigkeit gegen die Preissteigerung und Wucherer vorgegangen wird. (Zuruf links: Das sind leere Phrasen, das ist noch nie geschahen!) Ich bitte das Haus, dem Antrag der Unabhängigen nicht stattzugeben, da dieser Entwurf von Voraussetzungen ausgeht, die den Tatsachen nicht entsprechen. Die Gerichte über Kartoffelausfuhr nach dem Ausland sind entstanden durch die gezwungenen Lieferungen an das Ausland, die uns der Friedensvertrag auferlegt. Gegen die Preissteigerung der Kartoffeln und zur Sicherstellung der Versorgung werden von der Regierung folgende Maßnahmen ergriffen werden: Verankerung der Waggeneinstellungen, Aufrechterhaltung der wilden Auktionen, Konzessionierung des Handels mit Kartoffeln, Bekämpfung des Wuchers. Eine durchgreifende Verbesserung der Kartoffelversorgung darf hiervon nicht erwartet werden, da sie nicht an die Wurzel des Übels greifen, an die Marktentwertung.

Abg. Schlad (Ztr.): Wir werden den wahren Grund der Teuerung nicht bekämpfen können, da wir nicht die Einheit aller Parteien zur Abänderung des Ultimatums herstellen können, von dem allein unser alles Abell kommt. An der Preissteigerung sind aber auch zum großen Teile schuld gewisse egoistische landwirtschaftliche Kreise, die aus Habgier nicht an die landwirtschaftlichen Genossenschaften zu erträglichen Preisen abliefern. Die Debatte wird auf Antrag Krähig abgebrochen.

Der Vizepräsident Richter verliest ein Telegramm des Zentralrats der Deutschen Werke, in dem dieser aufs schärfste gegen die Anordnungen des Abg. Matzahn (Komm. Frh.) protestiert, da feststellbar sei, weder Waffen noch Munition in den Deutschen Werken hergestellt worden seien.

Abg. Keenen (Komm.) verliest das Stenogramm und stellt fest, daß Matzahn keine bestimmten Tatsachen wiedergegeben habe.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 17. November, 1 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen, Ausschussberichte, Fortsetzung der Besprechungen der heutigen Interpellationen.

Schluss gegen 9 Uhr.

Veranstaltungen der Sozialistischen Proletariatsjugend Groß-Leipzigs.

Allgemeine Mitteilungen. Sonnabend (heute) allgemeine Vorstandskonferenz im Lehrsaal, Braustraße 17, abends 8 Uhr. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen für die Arbeiterklasse. 2. Die nächsten zentralen Veranstaltungen. 3. Die Weihnachtsfeier. 4. Finanzfragen. 5. Die Bezirkskonferenz und Delegiertenwahlen. Jede Gruppe muß durch mindestens vier Vorstandsmitglieder vertreten sein. Die Tagung beginnt pünktlich.

Alle Mitteilungen für diese Veröffentlichungen müssen fünf Tage ohne Ausnahme bis Donnerstag jeder Woche, abends 8 Uhr, eintreffend sein, andernfalls kommt eine Veröffentlichung nicht mehr in Frage.

Die Klassenstunden sind Montags und Freitags, von abends 7 bis 8 Uhr, ohne Ausnahme. Damit in den anderen Stunden ein wirksames Arbeiten für die Ortsgruppenleitungsmitglieder möglich ist, wird jeder ersucht, diese Zeiten einzuhalten.

Die ausgegebenen Fragebogen für Oktober sind bis spätestens 15. d. M. einzuliefern, damit eine rechtzeitige Berichterstattung an die Bezirksleitung erfolgen kann.

Kleine Chronik.

Städtische Theater. Die Vorstellungen am Sonnabend, dem 12. November (Kaufmann von Venedig) und Sonntag, dem 13. November (Mit-Helberga) finden außer Anrecht statt, so daß sämtliche Plätze zum freien Verkauf zur Verfügung stehen.

Kleines Theater. Die Morgenfeier am Sonntag, dem 13. November, vormittags 11 1/2 Uhr, gilt Dostojewskij. Einführende Worte spricht Privatdozent Dr. Wilhelm Friedemann, Rezitationen Otto Stoedel, Albert Mariens und Vina Carlens.

Dostojewskij-Feier im Kleinen Theater. Als fünfte diesjährige Matinee (vierte der literarischen Veranstaltungen) findet am kommenden Sonntag, dem 13. November, vormittags 11 1/2 Uhr, anlässlich des hundertsten Geburtstags des Dichters eine Dostojewskij-Feier statt. Den einleitenden Vortrag hält Dr. Wilhelm Friedemann. Marante Teile aus Dostojewskis größten Schöpfungen werden von Vina Carlens, Otto Stoedel und Albert Mariens wiedergegeben.

Drei Konzerte für die Arbeiterschaft. Sonntag, den 13. November, vormittags 11 1/2 Uhr, im großen Saal des Zoologischen Gartens: Großes Symphoniekonzert, ausgeführt vom Grottrian Steinweg-Orchester unter der Leitung Hermann Scherckens-Berlin. Zur Ausführung gelangt: Tschek: Symphonie; Brudner: Symphonie Nr. 9. — Eintritt für Anrechtler des VZ. 6 Mt., für Nichtanrechtler 7 Mt.

Am Nachmittag des 13. November gibt Prof. Fembaur-München einen Klavier-Vortrag, der Franz Liszt gewidmet ist, im Städtischen Kaufhaus. Beginn 1/2 Uhr. Eintritt für Anrechtler des VZ. 6 Mt., für Nichtanrechtler 7 Mt.

Das dritte Konzert am Montag, dem 14. November, abends 8 Uhr, in der Thomaskirche bestreitet der Leipziger Volkssänger (M. d. VZ.) unter Mitwirkung der Opernsängerinnen Hedwig Vorhers-Didam, Margarete Steche-Schick, der Opernsänger

Hans Bismann, Reinhold Gerhardt, Max Post (Orgel) und des Philharmonischen Orchesters. Die Leitung liegt in den Händen des Dirigenten des Leipziger Volkssängers Otto Didam. Zur Ausführung kommen: Luigi Cherubini Requiem, zwei Motetten und eine Sonate von W. A. Mozart. Eintritt für Anrechtler des VZ. 7 Mt., für Nichtanrechtler 8 Mt.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut Leipzig.

Leipziger Lehrer-Gesangsverein. Der Leipziger Lehrer-Gesangsverein veranstaltet seine Herbstkonzerte Sonntag, den 13. November, vormittags 11 Uhr, und Montag, den 14. November, abends 7 1/2 Uhr, in der Albertstraße. Am 1. Auftritt wird des verdienten Liederschrifters Friedrich Hegar gedacht, der vor kurzem den 80. Geburtstag gefeiert hat. Der Verein singt drei Chorwerke seines Ehrenmitglieds. Aus der weiteren Vortragsfolge seien zwei größere Männerchöre hervorgehoben: „Amerikanischer Hymnus“ von R. Hoffmann (Doppelchor) und „Recessivstimmen“ von L. Kempter. Solist ist der bekannte Klaviervirtuose Joseph Schwarz, Berlin.

Die Leitung hat diesmal in Vertretung des erkrankten Prof. Sitt der zweite Liedermeister Bernhard Hähig.

Die Proletarische Tribüne veranstaltet am Sonntag, dem 13. November, nachmittags 3 Uhr, in der Alten Handelsbörse einen „Amerikanischen Nachmittag“. Der Amerikanismus, von ihm selbst porträtiert, soll gezeigt werden. Der Rahmenvortrag liegt wieder in den Händen R. A. Wittfogels. Die eingelegten Rezitationen werden von Mitgliefern hiesiger Theater gesprochen werden. Eintritt für Nichtmitglieder 3 Mt.

Mündliche Auskunft in Rechtsfragen
erteilt nur das Arbeiter-Sekretariat, Hotel Victoria, Gerberstraße Nr. 1.
Sprechzeit 1/211-1/21 und 4-8 Uhr. Sonnabends nur 1/211-1/212 Uhr.

Die guten MAGGI'S Fleischbrüh-Würfel
sind in der früheren Friedensqualität überall zu haben!
Man achte auf den Namen MAGGI und die rotgelbe Packung.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung die Stadtverordnetenwahl betreffend.
Die Erfahrungen, die bei früheren Wahlen gemacht worden sind, veranlassen uns, für die am 13. November 1921 stattfindende Stadtverordnetenwahl folgende Anordnungen zu treffen:

1. Das unbefugte Verweilen in den Hausfluren, Treppenhäusern und Gängen der Gebäude, in denen sich Wahlräume befinden, ist verboten.
2. Stimmzettler, Plakattäger usw. dürfen sich nur an den Hauseingängen der Gebäude, in denen sich Wahlräume befinden, aufstellen, und zwar darf an jedem Hauseingange nur ein Stimmzettler für jede Partei stehen.
3. Alle sonstigen Anordnungen von Personen vor den Hauseingängen zu den Wahlräumen, auf den Straßen und auf den öffentlichen Plätzen, durch welche die Wähler in der Ausübung ihres Wahlrechts beeinträchtigt werden könnten, sind verboten.

Zum Verbot gegen diese Anordnungen werden, soweit nicht ein Vergehen gegen § 107 des R.-Str.-G.-B. in Frage kommt, mit Geldstrafe bis zu 60 Mt. oder mit Haft bis zu 14 Tagen geahndet.

Leipzig, den 10. November 1921.
Der Rat und das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Kartoffelland betreffend.
Das für dieses Jahr überlassene Kartoffelland soll den bisherigen Pächtern, soweit diesen nicht schon eine Kündigung zugestellt worden ist, auch für das nächste Jahr, bis zum 15. Oktober 1922, überlassen werden. Für einzelne Flächen kommen besondere Bestimmungen in Frage. Diese werden den Pächtern bei Zahlung des Pachtzins bekanntgegeben.

An Pachtzins wird für das Land durchschnittlich 7 Pfennig für 1 Quadratmeter erhoben. Der Pachtzins ist von den Pächtern bis zum 30. November d. J., vormittags von 8 bis 12 Uhr, an das städtische Vermessungsamt, Stadthaus, II. Obergesch., Zimmer 848, zu bezahlen. Bei nicht erfolgter Zahlung wird das Pachtland dann anderweit vergeben werden. Jeder Haushalt darf nur eine Abteilung in Benutzung nehmen. Diese Bestimmung gilt sowohl für Privat- als auch für städtisches Land; bei Zuwiderhandlungen wird den betreffenden Pächtern das ihnen zuzurechnende Land entzogen. Die letzte Quittung und der Ausweis sind mitzubringen.

Leipzig, am 10. November 1921.
St.-A. 200.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Allgemeine Ortskrankenkasse Leipzig-Land. Ausschuhwahl betreffend.
Auf Grund des Wahlauschreibens vom 22. Oktober 1921 sind folgende Wahlvorstände freist. gemäß und in gültiger Form eingegangen:

I. Liste der Versicherten:

a) Vertreter:
1. Zimmermann, Paul, Schlosser, Lindenau, Grotzowstraße 11.
2. Vogel, Adolf, Schlosser, L.-Mödern, Klitzstraße 6.

b) Erlahmänner:
1. Pabst, Edwin, Former, Leubisch, Barneder Straße 35.
2. Emrich, Max, Schlosser, Großschöcher, Kottb.-Wallwitz-Straße 22.

b) Erlahmänner:
1. Sperling, Max, Gutshof, Rückmarsdorf, bis 30. Wühlbach, Bernhardt, Maschinenfabrikant, Liebertwolkwitz.

Da jedoch nur so viel Vertreter und Erlahmänner vorgeschlagen sind, als gewählt werden müssen, weitere Vorschlagslisten - Gegenlisten - nicht vorliegen, gelten die in den vorstehend bezeichneten Listen aufgeführten Personen ohne weitere Wahlhandlung als gewählt.

Die für den 7. Dezember 1921 ausgeschrieben Wahl findet nicht statt.

Die vollständigen Listen liegen bis zum 28. November 1921 zur Einsichtnahme während der Geschäftszeit (9-2 Uhr) im Zimmer 2 der Geschäftsstelle Leipzig, Eilertstraße 8, Gartengeb. I, aus.

Die Gültigkeit der Wahl kann innerhalb 2 Wochen - spätestens am 20. November 1921 - beim Kassenvorstand oder Versicherungsamt der Amtshauptmannschaft Leipzig angefochten werden. Die Entscheidung über die Anfechtung liegt dem Versicherungsamt zu. Die so gewählten Vertreter und Erlahmänner erhalten über ihre Wahl noch eine besondere Mitteilung.

Gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß Donnerstag, den 25. Dezember 1921, abends 6 Uhr, im Volkshaus, Leipzig, Zelter Straße 32, Zimmer 9, die Jahungsmäßige

Ausschuhführung
mit folgender vorläufiger Tagesordnung stattfindet

1. Wahl des neuen Ausschuhvorsitzenden und eines Stellvertreters.
2. Bericht des Kassenvorstandes.
3. Veränderungen der Kassenstatute.
4. Beratung und Beschlußfassung zum Voranschlag für das Jahr 1922.
5. Wahl der Rechnungsprüfer für die Jahresrechnung 1921.
6. Wahl des Kassenvorstandes (Gesamtvorstandes).

Die zur Teilnahme an der Sitzung Berechtigten erhalten schriftliche Einladung nebst Tagesordnung, die als Ausweis dient und mitzubringen ist, noch auszuland.

Leipzig, den 12. November 1921.
Der Kassenvorstand, August Boehle, Vorsitzender.

Gemeindesparkasse Oetzsch-Markleeberg
Geschäftszeit 8-1 Uhr
Einlagenbuch 17 000 000 Mark.

Städt. Sparkasse Brandis. Tägliche Verzinsung mit 3% Prozent. Einlagenbuch 20000 Mt. Aufbewahrung u. Verwaltung von Wertpapieren. Vermietung von Schlafsäcken, Konto 1 der Girokassa Brandis. Postkassent. Leipzig Nr. 4731. Geschäftszeit 8-1 und 2-4 Uhr. Fernspr. 35.

Städt. Sparkasse Naunhof.
Geschäftszeit: 3. Wert. vorm. 8 bis nachm. 1/21 Uhr, außerdem Montag bis Freitag nachm. 2-4 Uhr. Einlagenbuch 3 1/2%. Tägliche Verzinsung. Vermietung von Schlafsäcken. Kontrollmarken. Postkassent. Leipzig Nr. 4919. Girokonto bei den Girokassen Naunhof u. Leipzig. Fernspr. Nr. 1.

Sparkasse Knauthain-Knautkleeberg.
Geschäftslokal: Schule Knauthain, 5 Minuten vom Bahnhof Knauthain, 25 Min. von der Straßenbahn 1. Endstation Großschöcher. Geschäftszeit: Täglich vormittags von 9 bis 1 Uhr, 2 1/2% tägliche Verzinsung zu 3% Proz. Kontrollmarken. Postkassent. Leipzig 20214.

Sparkasse Lindenthal
Kassenszeit: 8-1/2 Uhr.
Postkassent. 11104. Fernsprecher 50053.
Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren. Vermittlung gütlicher Lebensversicherungen.

4% Zinsen
für Einlagen von 5000 Mark ab bei 6 monatlicher Kündigung. Gewöhnlicher Zinsfuß 3 1/2%. Einlagenbuch 40 Mt. Geschäftszeit 8-1 u. 3-8 Uhr. Sonnabends durchgeh. bis 2 Uhr. Postkassent. Leipzig 15 915. Fernspr. 1. Haltepl. d. Leipz. U-Bahn.

Städt. Sparkasse Schkeuditz.
Geschäftszeit: 8-12 und 1-4. Sonnabends 8-2 Uhr.

Sparkasse Thekla (Rathaus).
Geschäftszeit: 8-12 und 1-4. Sonnabends 8-2 Uhr.

Sparkasse Borsdorf. Tägliche Verzinsung 3% Prozent. Fernspr. Nr. 10. Geschäftszeit im Gemeindefam. in der Schule. Geschäftszeit wochentags 8-2 Uhr. Postkassent. 3044.

Sparkasse Böhlitz-Ehrenberg
Geschäftszeit 8-1 Uhr.
Postkassent. Nr. 43200.

Sparkasse Gaußsch Gemeindefam.
Geschäftszeit: Montag bis Freitag 8-2 Uhr. Sonnabends 8-1 Uhr.
Tägliche Verzinsung mit 3% Proz. Postkassent. Nr. 14601 Leipzig. Girokonto Nr. 65 bei der Girokassa Leipzig, Neumarkt 35.

Sparkasse Leubisch. Geschäftszeit 8-1 Uhr wochentags.

Achtung, Metallarbeiter!
Dienstag, den 15. November nach Arbeitschluss finden 10 große Bezirks-Versammlungen statt.

Demnächst erscheint:
Als Heft 10 der Flugschriften der Kommunist. Internationale

E. VARGA
STEUERFRAGEN UND STEUERPOLITIK

INHALT: Steuern und Gesellschaftsformen / Die Grundbegriffe der Steuerlehre / Die Frage der Abwälzbarkeit von Steuern / Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie / Die Grundlagen der Steuerpolitik der kommunistischen Parteien

24 Seiten Preis Mk. —.30

Zu beziehen durch
CARL HOYM NACHF. LOUIS CANNBLY, HAMBURG 11
sowie durch alle Buchhandl. u. Organisationen der K. P. D.

Kleiner Anzeiger
Bermittelte Anzeigen

Mitt. Bagerhund, getrennt, a. d. Namen „Barro“ hörend, entlaufen a. Belohn. abzugeben. Gröblich, Fern. Weger-Str. 13.

Rechtsvertreter
Robert Zühlsdorf
Albortstraße 27, Hof, Erdgesch. empfiehlt sich zur Vertretung in all. Rechtsangelegenheiten und Anfertigung von Gesuchen, Verträgen, u. sonst. Schriftl. Arb.

Steuerbüro Graf
Grimmaischer Steinweg 14
Sprechz. 3-5. Tel. 17484.

Sachsenburg
Wladau, Wilh.-Büsch-Str. 24
Gesellschaftszimmer noch einige Tage frei!

Welcher ehrl. Parteigenosse kauft mit mir Felde auf? Genen Sicherheit finanziere ich. Möglichst mit Fahrrad. Off. unt. C 58 Exped. d. Bl.

L. Berleib-Institut
Leiner Gesellschafts-Anstalt
J. Kindermann
Neumarkt 1. 1 Treppe.
Kammerjäger Wagner
Wohnt Senefelderstr. 11, S. 1

Leipzig, Leih-Institut für **Frad., Gehrod.**
Smoking-Anzüge, Füllfederhalter, Belau, Überzieher, 29a, 1. Ecke Zelter-Str., im Bankgeb.

Pelzsachen
Unarab., Neuanfert., bill. Saintr. 29, II., u. Eilenbühnenstraße 69 (Lad.). Tel. 15 600.

Reparaturen f. Fahr- u. Mot.-Räder, entalter, vernickeln, Latern, Karbid, Del, Ringmaschinen u. Walzen, Fahrrad-Erhalt u. Inbesser. emf. Jacob, Siemensstr. 27, v. r.

Maler-Arbeiten
Zimm. tav., Möb. auffrisch. K. Hippold, Lind., Birkenstr. 2.

Wer nimmt 2 acht. Knab. p. 7-4 U. tägl. 1. Wiese? Off. u. K. Z. Btl. Wl. Weihen. Str. 80

Aufpolstern von Sofas und Matratzen. Zolpeltstraße 33.

Carand Müller
Schnelldreher
Schnelldreher
Schnelldreher

Telephonisch
können Ankerate nicht angenommen werden.
Groschützstr. 6, Leipzig, Postkassent.

Arbeitsmarkt

Perfekter Kehler

für vierseitige Reilmaschine bei hohem Lohn sofort gesucht
Dich Aktiengesellschaft für Holzbearbeitung
Berliner Straße 71

Tüchtige, selbständige

Elektromonteur

für Licht- und Kraftanlagen gesucht
Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
Dittichring 22

Perfekter Beizer

für dauernd sofort gesucht
Osterwald Werke Büroamöbel-Fabrik
Wittenberger Str. 6.

- 100 Tischler
- 60 Schiffszimmerleute
- 50 Kupferschmiede
- 50 Kesselschmiede
- 50 Nieter
- 20 Eisenstemmer
- 20 Schweisser u. Brenner

für sofort gesucht von den
Vulkanwerken in Hamburg.
Rollevergütung 3. Klasse und 20 Mk. Zehrgeld. Unterkunft in Hamburg wird von der Firma nachgewiesen.
Schriftliche Angebote unter Angabe des Alters erbeten an die **Vulkanwerke in Hamburg 9.**

Tücht. gelernte Kürschner

für Bank- und Maschinenarbeit gesucht
Wilhelm Jeute, G. m. b. H. Rauchwaren-Zurichterei- und Färberei
Leipzig-Lindenu, Angorstr. 44.

Arbeitsbursche

16-17 Jahre, sofort gesucht
Osterwald Werke, Wittenberger Str. 6.

Vorarbeiterin

mit der Anfertigung von Badehauben aus Gummi-Lette vollkommen vertraut, für sofort bei gutem Lohn und dauernder Stellung gesucht.
König & Volter, Gummiwarenfabrik, Leisnig-Platz, Bahnstraße 51/52.

Junges Mädchen

aus guter Familie als Lernende für Kontor sofort oder später gesucht, Bedingung: Kenntnisse in Stenographie und Schreibmaschine. Ausführl. Offerten mit Ansprüchen usw. erbeten unter L.T. Filiale Leisnig, Weisenfelder Str. 30.

Jüngere Lageristen oder Lageristinnen
per sofort gesucht.
Schriftl. Offert. od. persönlich vorstellen zwischen 9-10
H. Nordheimer, Hainsstraße 5.

Arbeitsmädchen

für leichte Vorarbeiten der Beizelei sofort gesucht
Osterwald Werke, Wittenberger Str. 6.

10 Maschinen-Strickerinnen

Seimarbeit, mit und ohne eigene Maschinen, für alle Arbeiten sofort gesucht
Maschinenstrickerei Gohlis-Nord
L. Gohlis, Friedrich-Karl-Str. 42. Fernspr. 51825

Harmoniumbauer
für Berlin gesucht
Offerten unter E. Z. 225 an
Rudolf Mollé Berlin, Moritzplatz

Steindruck-Maschinenmeister
mit reichen Erfahrungen und an selbständiges Arbeiten gewöhnt in dauernde Stellung gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen erbiten
Sijel & Co., G. m. b. H., Getzsch.

Tüchtige Zurichter und Maschinenarbeiter
sollt sofort ein
Donner & Bader,
Lindenu, Birkenstraße 8.

Für unsere Notendruckerei suchen wir per sofort in dauernde Stellung
1 Notendrucker,
2 Umdrucker,
2 Fertigmacher
sowie mehrere Masch. Meister (Notary). Direkte Offerten an
Berliner Buch- und Kunstdruckerei,
O. m. b. H., Posten (Markt).

Zurichtergehilfen
für Bank u. Maschine stellt ein
Rauchwaren-Zuricht. Schan,
L. Gohlis, Planitzstraße 31.

Wildwaren-Zurichter
sollt sofort ein
Lindenu, Kurellenstraße 58.

Wasserturbinen-Monteur
Monteur für Holzbearbeitungs-Maschinen
mit langjähriger Praxis, sowie tüchtige
Pumpen- und Armaturen-Spezialisten
Transmissions-Spezialisten
Metalldreher und Metallgiesser

finden guten Verdienst.
Wohnung für Unverheiratete ist sichergestellt. Jenen, die sich nach ein paar Monaten als erstklassige Spezialisten erweisen, wird event. Familienwohnung zugewiesen. Pass und Fahrtspesen werden vergütet.
Anfragen an: Maschinenfabriken und Glaserolen A.-G. Ljubljana (Laibach) Jugoslavien.

Klempner-Installateur
selbständig arbeitend, für dauernd gesucht.
A. Frisch, Rotherstraße 2.
2 Tischler und 1 Zimmermann sofort gesucht für Möbelenbau Ferd. Hanke, Möbelenbauant., L. Volk., Ludwigsstr. 128, pt.

Suche mit Pferd und Wagen
Beschäftigung auf halbe und ganze Tage. Wiedemann, Stötterstr. Weisestraße 18.

WO
kauft man am reellsten und billigsten?
Zur billigen Kleiderbörse
Turnerstr. 3, b. Selinger
Anzüge v. 150 (Friedensw.)
von Verwickelten abgeleitet einzelne Jacketts und Hosen, Winterüberzieher, Schlüpfer, Toppen, Wäsche, Kleider, Hüfen spottbillig.

Verkäufe

Total-Ausverkauf in Herren- u. Damen-Garderobe sowie Zivil- und Militär-Stiefel und Schuhe wegen Aufgabe dieser Artikel Gabelsbergerstraße 18, part. 19. Mil.-Schafstiefel, gterh., Gr 32, of Kubturstr. 18, III. I.

Einkäufer
für
Herren- und Damen-Stoffe
Besuchen Sie das anerkannt leistungsfähige Haus
Leipziger Textil-Gesellschaft
m. b. H.
Brühl - Ecke Plauensche Strasse.

Frauenhaar-
Aufkäufer(in) sofort Aufnahmeprüfung. Leipzig, Popplabstr. Neumarkt 29.

Wirklich billig!
Getragene und neue
Anzüge
Ulster, Schlüpfer, Paletots, Militär-Mäntel und Blusen
Militär-Arbeits-schwarze gestreifte
Golonheitskäufe in
Schuhwaren
für Damen und Herren
Garderoben-Haus Zentrum
Gerberstraße 39, Laden
Mantel, neu u. W. Paletot, gter. Mariannenstr. 45, III. I.
Mantel, neu f. 7-10 J. Jung, a. verk. Ferd.-Post-Str. 24, pt. r.
Mant., gterh. f. 41. 1. W. Schuhe f. 61. Ja. Pt. Weislandstr. 1, III. r.

Spottpbillig!
Anzüge
Hosen
Neu und getragen von leinsten Kavaliere kauen Sie auffallend billig, auch sämtliche Schuhwaren nur beim billigen Kanner
nur Eisenbahnstr. 5.
Habe keine Filialen.
L. Lindenau
Henrichstraße 4
ist der billige Laden für getragene u. neue Herren-Bekleidung

Algarren-Kollerin gesucht
Reudnitz, Heinrichstr. 88, pt.

Spottpbillig!
Anzüge
Hosen
Neu und getragen von leinsten Kavaliere kauen Sie auffallend billig, auch sämtliche Schuhwaren nur beim billigen Kanner
nur Eisenbahnstr. 5.
Habe keine Filialen.
L. Lindenau
Henrichstraße 4
ist der billige Laden für getragene u. neue Herren-Bekleidung

Wirklich billig!
Getragene und neue
Anzüge
Ulster, Schlüpfer, Paletots, Militär-Mäntel und Blusen
Militär-Arbeits-schwarze gestreifte
Golonheitskäufe in
Schuhwaren
für Damen und Herren
Garderoben-Haus Zentrum
Gerberstraße 39, Laden
Mantel, neu u. W. Paletot, gter. Mariannenstr. 45, III. I.
Mantel, neu f. 7-10 J. Jung, a. verk. Ferd.-Post-Str. 24, pt. r.
Mant., gterh. f. 41. 1. W. Schuhe f. 61. Ja. Pt. Weislandstr. 1, III. r.

Lumpen-Sortierer
gesucht, zu melden
Gohlis, Craushaarkstraße 5.
Suche tagsüber eine ältere Frau zu meinen Kindern bei guter Bezahlung. Zu melden abends nach 6 Uhr Gerzer Straße 3, II. rechts.
Jüngeres Mädchen od. Aufwartung gel. Hohe Str. 16, I.

Wirklich billig!
Getragene und neue
Anzüge
Ulster, Schlüpfer, Paletots, Militär-Mäntel und Blusen
Militär-Arbeits-schwarze gestreifte
Golonheitskäufe in
Schuhwaren
für Damen und Herren
Garderoben-Haus Zentrum
Gerberstraße 39, Laden
Mantel, neu u. W. Paletot, gter. Mariannenstr. 45, III. I.
Mantel, neu f. 7-10 J. Jung, a. verk. Ferd.-Post-Str. 24, pt. r.
Mant., gterh. f. 41. 1. W. Schuhe f. 61. Ja. Pt. Weislandstr. 1, III. r.

Wirklich billig!
Getragene und neue
Anzüge
Ulster, Schlüpfer, Paletots, Militär-Mäntel und Blusen
Militär-Arbeits-schwarze gestreifte
Golonheitskäufe in
Schuhwaren
für Damen und Herren
Garderoben-Haus Zentrum
Gerberstraße 39, Laden
Mantel, neu u. W. Paletot, gter. Mariannenstr. 45, III. I.
Mantel, neu f. 7-10 J. Jung, a. verk. Ferd.-Post-Str. 24, pt. r.
Mant., gterh. f. 41. 1. W. Schuhe f. 61. Ja. Pt. Weislandstr. 1, III. r.

Chrl. Mädchen f. Fest- u. Hausarb.
b. Familienanschluss a. Stelle des jetzt erkrankten. Sucht Bölgig, Auenstraße 9.
Ordentliche Aufwartung für vorm. gesucht. Glienstr. 66, I.
Schulmädchen als Aufwart. gel. Bayerische Str. 76, pt. Möller.

Wirklich billig!
Getragene und neue
Anzüge
Ulster, Schlüpfer, Paletots, Militär-Mäntel und Blusen
Militär-Arbeits-schwarze gestreifte
Golonheitskäufe in
Schuhwaren
für Damen und Herren
Garderoben-Haus Zentrum
Gerberstraße 39, Laden
Mantel, neu u. W. Paletot, gter. Mariannenstr. 45, III. I.
Mantel, neu f. 7-10 J. Jung, a. verk. Ferd.-Post-Str. 24, pt. r.
Mant., gterh. f. 41. 1. W. Schuhe f. 61. Ja. Pt. Weislandstr. 1, III. r.

Wirklich billig!
Getragene und neue
Anzüge
Ulster, Schlüpfer, Paletots, Militär-Mäntel und Blusen
Militär-Arbeits-schwarze gestreifte
Golonheitskäufe in
Schuhwaren
für Damen und Herren
Garderoben-Haus Zentrum
Gerberstraße 39, Laden
Mantel, neu u. W. Paletot, gter. Mariannenstr. 45, III. I.
Mantel, neu f. 7-10 J. Jung, a. verk. Ferd.-Post-Str. 24, pt. r.
Mant., gterh. f. 41. 1. W. Schuhe f. 61. Ja. Pt. Weislandstr. 1, III. r.

Chrl. Mädchen f. Fest- u. Hausarb.
b. Familienanschluss a. Stelle des jetzt erkrankten. Sucht Bölgig, Auenstraße 9.
Ordentliche Aufwartung für vorm. gesucht. Glienstr. 66, I.
Schulmädchen als Aufwart. gel. Bayerische Str. 76, pt. Möller.

Wirklich billig!
Getragene und neue
Anzüge
Ulster, Schlüpfer, Paletots, Militär-Mäntel und Blusen
Militär-Arbeits-schwarze gestreifte
Golonheitskäufe in
Schuhwaren
für Damen und Herren
Garderoben-Haus Zentrum
Gerberstraße 39, Laden
Mantel, neu u. W. Paletot, gter. Mariannenstr. 45, III. I.
Mantel, neu f. 7-10 J. Jung, a. verk. Ferd.-Post-Str. 24, pt. r.
Mant., gterh. f. 41. 1. W. Schuhe f. 61. Ja. Pt. Weislandstr. 1, III. r.

Wirklich billig!
Getragene und neue
Anzüge
Ulster, Schlüpfer, Paletots, Militär-Mäntel und Blusen
Militär-Arbeits-schwarze gestreifte
Golonheitskäufe in
Schuhwaren
für Damen und Herren
Garderoben-Haus Zentrum
Gerberstraße 39, Laden
Mantel, neu u. W. Paletot, gter. Mariannenstr. 45, III. I.
Mantel, neu f. 7-10 J. Jung, a. verk. Ferd.-Post-Str. 24, pt. r.
Mant., gterh. f. 41. 1. W. Schuhe f. 61. Ja. Pt. Weislandstr. 1, III. r.

Chrl. Mädchen f. Fest- u. Hausarb.
b. Familienanschluss a. Stelle des jetzt erkrankten. Sucht Bölgig, Auenstraße 9.
Ordentliche Aufwartung für vorm. gesucht. Glienstr. 66, I.
Schulmädchen als Aufwart. gel. Bayerische Str. 76, pt. Möller.

Wirklich billig!
Getragene und neue
Anzüge
Ulster, Schlüpfer, Paletots, Militär-Mäntel und Blusen
Militär-Arbeits-schwarze gestreifte
Golonheitskäufe in
Schuhwaren
für Damen und Herren
Garderoben-Haus Zentrum
Gerberstraße 39, Laden
Mantel, neu u. W. Paletot, gter. Mariannenstr. 45, III. I.
Mantel, neu f. 7-10 J. Jung, a. verk. Ferd.-Post-Str. 24, pt. r.
Mant., gterh. f. 41. 1. W. Schuhe f. 61. Ja. Pt. Weislandstr. 1, III. r.

Wirklich billig!
Getragene und neue
Anzüge
Ulster, Schlüpfer, Paletots, Militär-Mäntel und Blusen
Militär-Arbeits-schwarze gestreifte
Golonheitskäufe in
Schuhwaren
für Damen und Herren
Garderoben-Haus Zentrum
Gerberstraße 39, Laden
Mantel, neu u. W. Paletot, gter. Mariannenstr. 45, III. I.
Mantel, neu f. 7-10 J. Jung, a. verk. Ferd.-Post-Str. 24, pt. r.
Mant., gterh. f. 41. 1. W. Schuhe f. 61. Ja. Pt. Weislandstr. 1, III. r.

Außerordentlich billig und gut
kaufen Sie noch jetzt Ihre sämtlichen **Unterzeuge, Socken, Strümpfe, Handschuhe.** — Einige Beispiele meiner Preiswürdigkeit folgen:

Herren-Hemden Maco imitiert ...	28.50	Herren-Socken starke Qualität ...	5.50
Herren-Hemden Maco imitiert ...	46.50	Schweiss-Socken weiche ...	6.50
Maco-Hemden starkdäbig ...	50.50	Herren-Socken* sehr haltbar ...	8.75
Strick-Westen ...	ab 55.00	Damen-Jacketts in allen Farben	125.00
Strick-Wolle in allen Farben ...	6.25	Knaben-Sweaters besonders billig	
Damen-Schlupfhosen marine ...	16.75	Wollgemischte Hemden und Hosen	

C. Theodor Müller
Inhaber Felix Müller
Windmühlenstraße 42 Petersstr. 9

Spottpbillig!
Getragene und neue
Ulster
Schlüpfer
Anzüge
Hosen
Militär-gestreifte schwarze Arbeiter nur prima Qualitäten u. a. sämtliche Schuhwaren kaufen Sie wie altbekannt beim billigen
Kanner
nur Eisenbahnstr. 5.
Habe keine Filialen.

WO
kauft man am reellsten und billigsten?
Zur billigen Kleiderbörse
Turnerstr. 3, b. Selinger
Anzüge v. 150 (Friedensw.)
von Verwickelten abgeleitet einzelne Jacketts und Hosen, Winterüberzieher, Schlüpfer, Toppen, Wäsche, Kleider, Hüfen spottbillig.

Königsplatz 7, I.
Haben Sie
Anzüge
Ulster
Schlüpfer
in großer Auswahl.
Billigste Kassapreise
auch erleichterte Zahlungsbedingungen
7 Königsplatz 7
Osswald

Wirklich billig!
Getragene und neue
Anzüge
Ulster, Schlüpfer, Paletots, Militär-Mäntel und Blusen
Militär-Arbeits-schwarze gestreifte
Golonheitskäufe in
Schuhwaren
für Damen und Herren
Garderoben-Haus Zentrum
Gerberstraße 39, Laden
Mantel, neu u. W. Paletot, gter. Mariannenstr. 45, III. I.
Mantel, neu f. 7-10 J. Jung, a. verk. Ferd.-Post-Str. 24, pt. r.
Mant., gterh. f. 41. 1. W. Schuhe f. 61. Ja. Pt. Weislandstr. 1, III. r.

Wirklich billig!
Getragene und neue
Anzüge
Ulster, Schlüpfer, Paletots, Militär-Mäntel und Blusen
Militär-Arbeits-schwarze gestreifte
Golonheitskäufe in
Schuhwaren
für Damen und Herren
Garderoben-Haus Zentrum
Gerberstraße 39, Laden
Mantel, neu u. W. Paletot, gter. Mariannenstr. 45, III. I.
Mantel, neu f. 7-10 J. Jung, a. verk. Ferd.-Post-Str. 24, pt. r.
Mant., gterh. f. 41. 1. W. Schuhe f. 61. Ja. Pt. Weislandstr. 1, III. r.

Ausschneiden!
Anzüge
Paletots, Schlüpfer Cutaway, Gehrock spottbillig, bar und Teilzahlung!
Marin Hahn
Johannisplatz 8
(hinter d. Kirche) und Demmeringstr. 72, II. I. u. Lange Str. 10, I.

Habe
neu und getragen
Anzüge
à 180.— Mark
Hosen
auffallend billig
Ulster
150.— Mark
nur aus prima Stoffen
Gummimantel
Joppen, ...
Schuhe usw.

Kanner
Eisenbahnstraße 5.
Habe keine Filialen.
2 Herren-Paletots, getragen, 19. gter. Damenstiefel, Gr. 38, bill. a. v. Ellabethalsee 4, III. I.
W. Albert, gtr. m. J. Schürke, Gr. 42 Dresdner Str. 76, III. I.
Winterüberzieher u. Anzug, gterh. a. v. Riebeckstr. 44, III. I.
W. Albert, u. Schm. Boie, gterh. 11. Via. Mariannenstr. 71, IV. I.
W. Palet., gr. u. f. Gaffoans, verk. Bauhofstr. 4, II. Wagner.

Geschenkt
fast sind meine werten getragenen und neuen
Anzüge
Schlüpfer
Ulster
Militär-, gestreifte u. fämt.
Hosen
Joppen
Schuhe und Stiefel
KANNER
Wurzner Str. 15a.
Solid und billigst kauft man neue
Joppen
von und zur Arbeit à 125.4.
auterhaltene Winter-Heberzieher
Heberzieher
C. P. Frommannstr. 12, Lad. C. Lind. Henrichstr. 4, Lad.
Herren-Ulster, gterh., Gr. 162 Paunsdorf, Weidlichstr. 8, III. I.
Schlupfer, Cutaway-Anzug, Paletot v. f. Emilianstr. 5, pt.
Anzug d. f. f. für 161. Burck., sowie 1 Ulster für alt. Herrn Guterh. Theresienstr. 65, III. I.
Mil.-Joppe, umgearb., b. v. f. Neuf. Döllische Str. 138, III. I.
Mil.-Joppe, neu, gter. Mil.-Mantel, Winterüberz., f. f. f. g. bill. Gemeindeamtstr. 15, III. I.

Spottpbillig!
Neu u. getr.
Hosen
Militär-, gestreifte, schwarze, alle Arbeiterhosen in Riesenauswahl auch alle Schuhwaren kaufen Sie nur beim altbekannt
billigen Kanner
nur Eisenbahnstr. 5.
Habe keine Filialen.
2 Hote D. Mantel, in Wolf-Kauf u. Militär, 44/46, w. gter. verk. Glienstr. 56, I. I.
Mantel, Jacketts, Röde u. wollne Blusen, u. u. gter. v. W. Vorn, Bayerische Str. 13, I.
Guterh. D. Grimmer-Jackett Herren-Winter-Mantel und Puppenwagen zu verkaufen Thomas, Poststr. 35, III. I.
2 Kleider f. 14-15 J. Mädchen v. Leisnig, Fregestr. 27, IV. r.

Sie kaufen billig!
Best- u. Selbstw. Handh. Schür. Hut, Kleiderstoff, Tricotan, usw.
Peter Kanner,
Rolfm., Konradstr. 64, III.



Morgen Sonntag Ball



Verein der Saalhaber im Bezirk der Amtshauptmannschaft Leipzig.
Geschäftsstelle: Gasthof Zweinaundorf — Telefon 7642.

Baalsdorf Gasthof A. verw. Fritzsche Öffentliche Fernsprechstelle

Engelsdorf Gasthof Inhab.: Rob. Hesse Telefon 60672

Kleinkirmes

Gasthof Schießgraben bei Ödöhen Inhab.: R. Nühling Tel. 184, Amt Gaschw.

Hauskirmes

Großdeuben Gasthof zum weißen Roß M. Kühn Tel. 187, Amt Gaschwitz

Großmiltitz Gasthof Inhab.: R. Deibel Amt Markranstädt Telefon 348

Großstädteln Franz Winter Öffentliche Fernsprechstelle

Sonntag und Montag Ortskirmes

Großschocher Gasthof zum Trompeter A. verw. Hoppel Tel. 41085

Hänichen Sächsisch. Haus Öffentl. Postfiliale Außenbahn Schkeuditz bis Schule Hänichen

Kleinkirmes

Hartmannsdorf Gasthof R. Neubold jun. Öffentl. Fernsprechstelle

Holzhausen Sächsisches Haus Inhab.: M. Schweitzer Tel. 16366

Leutzsch Alter Gasthof Inhab.: Emil Schäfer Telefon 43875

Leutzsch Schwarzer Jäger Inhab.: Ernst Diecke Telefon 43848

Jeden Freitag **Der beliebte Jugendball**

Liebertwolkwitz Drei Linden Inhab.: O. Karst Tel. 1848

Lindenthal Alter Gasthof Inhab.: Karl Fischer Teleph. 50565

Lützschena Gasthof Inhab.: Ernst Lindner Tel. 50812

Markkleeberg Gasthof Heltzer Blick l. verw. Mocker Tel. 85651

Oetzsch Gasthof zur Linde Tel. 85642

Portitz Gasthof Inhaber: Richard Polter

Rückmarsdorf Gasthof zum Sandberg L. Creutzmann Tel. 44022

Schöna Neuer Gasthof Inhaberin: Joh. verw. Geißler

Stahmeln Gasthof zur grünen Linde Inhab.: Otto Bußler Telefon 50835

Sonntag und Montag Ortskirmes

Störmthal Gasthof Telefon 189 Inhab.: Artur Zeidler Amt Liebertwolkwitz

Kleinkirmes

Wahren Birkenschlößchen Inhab.: Otto Lehmiöke Tel. 15948

Jeden Mittwoch **Hausball**

Wahren Terrasse und Obstweinschänke Inhab.: Wilhelm Krämer Tel. 51323

Wiederitzsch Neuer Gasthof Paul Bornkessel Tel. 11081

Zöbiger Damhirsch Inhab.: M. Schulz Teleph. 35202 15 Min. von der Endstation „Sternbahn“

Sonntag und Montag Ortskirmes und Ball

Zweinaundorf Gasthof Inhab.: B. Petzold Tel. 7642

Zwenkau Ratskeller Inhaber: Richard Wagner



HALPAUS RARITÄT

Skatspieler finden ab 2 Uhr Anschluss
W. Schäfer, Berliner Str. 25.

Weinbrand-
Verschnitt, 1/2 Liter 39.—
Jamaica Rum-
Verschnitt, vors. 1/2 Lit. 49.—
empf. in anerkannt gut. Qual.
L. O. Kaspar Nachfolger
L.-Blagwitz, 31. Oktoberische Str. 30

Billigste Bezugsquelle in Schuhwaren
Lehmann, Dresdner Strasse 69

Konzert- und Ball-Etablissement
„Kronenquell“
Bes. Paul Krauß
L.-Neuschönfeld, Adelheidstraße 18
Jeden Freitag und Sonntag **Gr. öffentl. Ball**
Wir empfehlen werten Vereinen und Korporationen zur Abhaltung v. Festlichkeiten und Versammlungen unsere Lokalitäten.

Tanzpalast Sommerfeld
Neu eröffnet! Modernstes Ballhaus!
Morgen **Großer Elite-Ball**
Sonntag

Verein der Saal- und Konzert-
Totalinhaber Leipzigs (G. B.)

Drei Mohren Inhaber: Bruno Pillari
Sonntag ab 5 Uhr
Montag ab 7 Uhr
im schön decorierten Saal
Großes Biedermeier-Fest.
Ein heiterer Ballabend vor 100 Jahren
mit diversen Ueberraschungen.
Humor — Stimmung — Betrieb.

Eiskeller L.-Connewitz Fernruf 35396
Sonntag 4 Uhr
Der große Ballbetrieb.

Gasthof Neustadt Leipzig-Neustadt Kirchstraße 99
Fernruf 13848
Inhab.: Arno Köhler
Morgen Sonntag **Großer Elite-Ball.**
von 4 Uhr an

Gasthof Neureudnik Stöttericher Straße 7
Inhab.: Reinh. Krelle
Morgen Sonntag **Elite-Ball.** 9 Uhr Konter.

Grüne Schänke Sonntag und Freitag **Ball.**

Löwenpark Leipzig-Stötterich Strahlenb. 6 u. 19 Fernruf 14709
Inhaber: Paul Graubner.
Sonntag **Großer Elite-Ball.**
1/5 Uhr

Wockau, Alter Gasthof Inhaber: E. Löscher Fernruf 4457
Sonntag **Großer Eliteball.** 9 Uhr Konter.
u. Montag

Neuer Gasthof Sohlis Gohliserstraße Fernruf 51207
Inhab.: Frau A. Klöppel
Sonntag 1/5, Dienstag 1/7 Uhr:
Großer Elite-Ball.

Schillerlöschchen L.-Gohlis Mendestraße Strahlenb. 6, 12, 13
Sonntag 5 Uhr, Montag 7 Uhr:
Großer Elite-Ball.
Da ist Betrieb!

Tanz-Palast Friedrichshallen L.-Co. Besitzer: Eugen Schulz. Fernruf 35426.
Sonntag, von 4 Uhr, jeden Freitag von 1/2, 7 Uhr an
Der vornehme Ball.
Im Restaurant: Täglich Konzert.

Terrasse L.-Kleinschocher Inhab.: S. Dümpel, Fernruf 40634.
Strassenbahn 1 u. 3 bis zum Adler.
Morgen Sonntag **Ball im Jugendfestsaal.**
Jeden Freitag ab 7 Uhr Ball.

Voltshaus Heute in sämtlichen Räumen Lithographen und Steindruckerei
zur 150 jähr. Senefelder-Gedächtnis-Feier.
Morgen Sonntag ab 4 Uhr: **Ball.**

Hauschneiderei
Am 15. November beginnen wieder unsere neuen Kurse zur Erlernung der Hauschneiderei u. des Wehnähens
Anmeldungen nimmt entgegen die Geschäftsstelle d. Leipziger Hausfrau, Grimm-Str. 20, I

Grosslager Popp
gegr. 1863 Leipzig geg. 1863
Panorama, Rosplatz 5
Filiale
Mädler-Passage Neumarkt 14
Kinderwagen Gelegenheitskauf
in
Puppenwagen Kindermöbel Korbwaren
Es empfiehlt sich, jetzt schon für Weihnachten zu kaufen, da sämtliche Lagerbestände noch ohne Preisnachschlag verkauft werden.

Wenn Sie
wirklich reell und preiswert bedient sein wollen, decken Sie Ihren Bedarf in
Paletots, Schlüpfer, getrg. Maß-Anzügen, Hosen usw.
im altbekannten Geschäft
Schmerel, nur
Plauensche Str. 3/5.
Keine Filiale am Platze.
Tel. 10528. I*

Unipersum
Rosplatz 6 (Kaffee Bauer). Fernruf 18 193/96
Wochentags Einlaß 4, Anfang 1/5
Sonntags Einlaß 3, Anfang 1/4

Lya Mara
als **Tanja** (Die Frau an der Kelle).
Nach Motiven des Romans: Kreuzweg der Leidenschaft. 7 Akte.
Nachdem der 2. Chaplin-Film.
Chaplin
der Sträfling.

Wohin gehen wir morgen?
Ballhaus
„Drei Lilien“
Vom Augustusplatz u. Hauptbahnhof nur 5 Min.
Straßenbahnlinien: 5, 6, 8, 20 und 21
Sonntag 5 Uhr, Dienstag 1/7 Uhr
Der große Ball-Betrieb
mit dem erstklass. Künstler-Streichorchester
Neue Besetzung. Kapellmeister Mohner.

PH
Elegantes Wein- und Bierhaus
Tanz-Palast Sächsischer Hof
Leipzig-Schö., Löbauer Straße 2, Straßenbahn 17.
Morgen Sonntag
S.-H.-Ball
Kapelle: Reinh. Neumann
Anfang 1/5 Uhr
Fernruf Nr. 61356

Friedenfels
Windmühlenweg 51. Nähe Bayer. Bahnhof
Straßenbahn 18 und 19
Inhab. Jul. Schwarz Fernsprecher 13798
Jeden Sonntag und Freitag
Große Ball-Feste.
9 Uhr: Konter.

Gosenschlößchen
L.-Eutritzsch Strassenbahn 16 Tel. 13277
Sonntag und Montag:
Elite-Ball.
Montag: Damen-Ball, Tanzen frei

L.-Kleinzschocher, Spielvereinigung.
 Sonntag, 20. November: Großer Theater-Abend
 in Mählers Festhallen.
 Zur Aufführung gelangt: **Der Haß.** Schauspiel in
 2 Aufzügen von Walter Freymut.
Freie Bahn dem Flechtigen. Schauspiel in
 4 Aufzügen von Walter Freymut.
 Einfach 1/6 Uhr. Anfang 1/7 Uhr.
 Programme, numeriert 3 Mk., unnumeriert 2 Mk. An
 haben bei Max Georgie, Bld.-Geschäft, Dieskaustr., Emil
 Wiesenal, Fröb.-Gesch., Dieskaustr., Mählers Festhalle.

Gasthof Stünz
 Morgen Sonntag von 4 Uhr an
Großer Elite-Ball.

Neuer Gasthof, Mockau
 Morgen Sonntag, nachmittags 5 Uhr
Großer Ball-Betrieb 9 Uhr
 Ballmusik: Das verst. u. bel. Leibnitz-Orchester.
 Großer und kleiner Saal noch einige Sonnabende freil!

(G.H.) GOLDNER HELM
 L.-Eutritzsch, Inh.: Max Sonntag, Fernr. 17 483
 Jeden Sonntag und Freitag
Der vornehme Ball
 Original-Jazz-Band
 Die eleganteste Diele des Nordens
 Mittwoch (Bußtag) nachmittags und abends
 Frankes Künstlerspiele

Westendhallen
 L.-Blagwitz, 31. Oktoberstr. 41, Straben. 2, 3, 5. Tel. 40665
Moderner Saal Leipzigs
 Sonntag und Freitag **Die beliebten Ball-Feste**
 im renovierten Festsaal. Berühmt. Leitung: Karl Schumann.

Alt-Heidelberg
 Burghausen, ab Endstation A Gundorf 5 Min
 Heute Sonntag 4 Uhr
Elite-Ballfest
 Hermann Schwaneberg.
 (Tel. 44139)

Restaurant zur Schmiede
 L.-Anker, Breite Straße 18.
 Neue Bewirtschaftung! Neue Bewirtschaftung!
 Empfehle meine gemütlichen Lokalitäten, ff. Speisen und
 Getränke. Gesellschaftszimmer für 20 bis 40 Personen.
 Ergeben! **Max Hammer**
 früher zur Grenze, Kreuzstraße.

Sophienhöfchen, Neusch., Konradstraße
 Sonntagabend von 7 Uhr an
Verkündung der Wahlergebnisse.
 Paul Behne und Frau.

Herren-Damen-
 Hosen, Zoppen Röcke, Kleider
 Anzüge, Schläpfer Kostüme, Mäntel
Stiefel und Schuhe
 zu billigen Preisen
Brecher, Gerberstraße 43
 Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Wer noch preiswert und gut kaufen will
 in Nessel, Bettlinen, Hemdentuch, Barchent,
 Handtücher, Wischtücher, Woll-, Strümpfe,
 Schürzen, Stickerel, Wäscheleinen usw. usw.
 gebe hin F. Gläcker, Leutzsch Linden, Str. 49, k. Lad.

CREMONA EXTRA
 Feinster Schuh- u. Lederputz
 Silberne Medaille Leipzig 1910
 Höchste Auszeichnung Grimma 1910
Hans Günther & Co, Chemische Fabrik
 Leipzig-Körnerstr. 1/2. Fernspr. 31925

Lederschürzen
 empfiehlt
Lederhandlung Heinrich Berthold
 Leipzig, Nikolaistraße 20-26.

Plattenteiler
Zahnersatz
 in Gold und Kautschuk
Zähne von **15** Mk.
Plomben von **10** Mk.
 unter Garantie
 Umarbeiten schlechtsitzender Gebisse
 und Reparaturen in wenigen Stunden
Zahn-Praxis MEWALD
 Sprechzeit:
 Wochentags 8-7 Uhr
 Sonntags 9-2 Uhr
 Fernsprecher 12 534
 Ecke Dorotheenplatz / Reichelstraße 1a, I. / Ecke Dorotheenplatz

DU KOCHST SELBST

AUF DIESEM GASHERD IST ES EIN VERGNÜGEN
THÜGINA
 THÜRINGER GASGESELLSCHAFT
 INSTALLATIONS-ABTEILUNG
LEIPZIG
 Ditttrichring 15.

Schwarz wie die Sünde,
 Zart wie Creme
 Und im Gebrauch
 Höchst angenehm,
 Dem Schuh die beste Pflasterin:
 Das ist die Schuhkrem Perladin!

PERLADIN
 Fabrikniederlage A. Schönigen
 Tel. 11571. Leipzig, Brühl 51 Tel. 11571.

HEN-SCHU-Kautabak
 hergestellt von
Hendess & Schumann, Nordhausen
 Vertreter:
Fritz Merkelbach, Leipzig, Sophienstr. 41
 Fernsprecher 8318.

Billige Korsetts
 Weil kein Laden, große Auswahl! Anfertigung auch
 nach Maß, von melon oder auch zugegebenen Stoffen
Heinrichs, Leipzig-Schleußig, Könnertstr. 15. 1*

Pelz-Konfektion
 nur eigene Anfertigung, bill.
 Preise in Fächern usw.
Reicher
 Saintr. 29, 11. (kein Laden) u.
 Eisenbahnstr. 69. Tel. 15690.

Wo man hinsieht u. hinauft,
MÖBEL
 sind fast ausverkauft.
 Preise helgen Tag für Tag.
 Das es eine wahre Plage!
 Willst Du kaufen noch recht,
 Wende Dich an diese Stelle!
Wilh. Nebling, Tischlerm.
 Bayerische Straße 32.

ff. Lederabschnitt
 sowie billige Schuhbelohnung
 D.-Sohlen in Wägen 42 Mk.
 D.-Sohlen in Wägen 55 Mk.
 1 Post. hohe Kind.-Filschuhe
 empfiehlt Schnellbelohn.-Anstalt
 Lindenauer Str. 51.
„Ein Plan zur Sozialisierung der Landwirtschaft“
 von Karl Marchionni. - Preis 2 Mk.
Leipziger Buchdruckerei A. G.
 Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Ich will mich
 beliebt machen
 durch meine
 saubere und
 billige Arbeit.

Ferdinand Fischer
 Uhrmacher, Berliner Str. 11
 früher Tauchaer Straße 10.
Beliebte Uhren-
Reparat.-Anstalt
 empfiehlt
 ihr großes Lager an
 Uhren und Schmuck-
 sachen, Reparaturen mit
 einem Jahr Garantie.
Hanshelder, Tauch. Str. 10.

Alle Sorten Korbwaren
 Korbmöbel
 Reiskörbe
 Coupéköffe
 Waschkörbe
 Stubenwagen
 Transportkörbe
 Waschgefäße
 Arbeitskörbe
 Spankörbe
G. Weißflog
 Markt 3. Kochs Hof
 Tel. 17023. Gebr. 1849.

Zigaretten
 teils mit Preisdruck
 30-60 Pfg. veräußert zu
10, 15 und 30 Pfg.
allos goldgelber Tabak
 liefert in jeder Menge nur
 solange Vorrat reicht
Zigaretten-Spezialhaus
Leipzig, Blücherstr. 11.
 Der geehrte. Einwohnerhelfer
 von **Engelsdorf u. Umgeg.**
 gebe ich hierdurch bekannt,
 daß ich **Lindenstr. 5, III.**
 eine **Schuhmacherei**
 eröffnet habe. Anfertigung
 von eleganteren Arbeit
 sowie Reparaturen schnell
 und sauber.
 Um zeitige Unterfertigung
 bitten beachtungsvoll
Gottfried Fabian
 Schuhmacher.

Lichtspiele Alberthalle
 Nur noch bis Montag
 12 Akte! Doppelprogramm! 12 Akte!
Das grosse Radiumgeheimnis
 Vierter Teil
7 fabelhafte Akte voller Sensationen und Spannung

7 gewaltige Akte atemberaubend und spannend
Der Ueberfall auf den Stahltesor
 Außerdem
Die Maske als Skelett
 Italienischer Detektiv-Sensationsfilm
 in 5 hervorragenden Akten
 Anfang 1/5 Uhr nachmittags - Beginn der letzten
 Vorstellung 1/9 Uhr
 Kommen Sie rechtzeitig, damit Sie den ganzen
 Spielplan sehen!

Licht-UT-Spiele
Wollen Sie
 die schönsten Frauen Berlins sehen?
 die kostbarsten und neuesten Toiletten
 Berlins sehen?
 die elegante **Labowelt** Berlins sehen?
 Dann sehen Sie sich den Film
Die Geheimeisse von Berlin
 in 4 Teilen, 24 Akten
 an
 Sonntag Anfang 3 Uhr
 Durchgang Riebeckbräu
 Im Herzen der Stadt.
 Telef. 3187
 IMKünzel
 Hanstr. 19.

Zähne 16.-
 inkl. Platte u. Klammern pro Zahn von
Ohne Platte inkl. Spange u. Klammern von 25.-
 Unter schriftlicher Garantie.
 Plombierungen nur bestes Material von 10.- an
 Reparaturen in einem Tage.
B. Zihang Schützen-
 strasse 21.
Zigaretten
 zum alten Preis
Mk. 230 per 1000 mit Gold-
 Mundstück
Goldgelber oriental. Tabak liefert prompt
GLASER, Zigaretten-Grosshandlung
 Katharinenstrasse 17 und Neumarkt 12

Bitte täglich meine Schaufenster
 mit billigen **Hutpreisangaben**
 zu beachten!
Carl Emil Ahlemann
 Leipzig, Thomasgasse 11
 Größtes Spezial-Putzgeschäft Sachsens.